Heft 2 Februar 1989 6,- DM C 4143 E

Konkret

Politik & Kultur

- Der Streit: Brauchen die Linken die grüne Partei?
- DKP im Starrkrampf
- Aufschwung ohne Ende?
- Die DDR emanzipiert die Schwulen
- Eugenik in Europa
- Potente Homöopathen
- Henscheid
- Geissler
- Strobl
- Hacks
- Diederichsen

in konkret Februar 1989

Von Konkret

An Konkret

High Intensity von Gaby Gottwald

Vom Wesen des Unterkassierers von Georg Heinzen

Wortmeldungen gab es soviele wie noch nie, und der Streit um die politische Zukunft der Partei wurde mit bislang unbekannter Schärfe ausgetragen. Dennoch wurde der 9. ordentliche Parteitag der DKP für die »Erneuerer« zum Debakel

von Georg Fülberth

KONKRET dokumentiert den Diskussionsbeitrag des Delegierten Georg Fülberth für den 9 Parteitag der DKP, der aus Zeit- und Quotengründen nicht gehalten werden konnte

Vom Protest zum Infostand von Miriam Lang

Die Aktionen der streikenden Studentinnen sind vielfältig und manchmal widersprüchlich. Trotzdem hat die Protestgeneration '88 einen längeren Atem, als die ehemals selbst-bewegten SkeptikerInnen vorausgesagt haben. Ein Bericht über die Entwicklung an der FU Berlin

Es klärt auf - II von Günter Amendt

Am 14.12.88 hat die Volkskammer der DDR den Homosexualitätsparagraphen des DDR-Strafgesetzbuches ersatzlos gestrichen. Eine Woche später hat der Sexualwissenschaftler Günter Amendt in einem Gespräch mit dem Hamburger »ok-Radio« auf die Bedeutung dieser Entscheidung hingewiesen. KONKRET dokumentiert das Interview leicht gekürzt

Aktion »Lebensqualität« von Ludger Weß

Ein neues Forschungsprogramm der EG soll der »prädiktiven Medizin« zum Durchbruch verhelfen und die Qualität der europäischen Bevölkerung entscheidend verbessern: Nach dem Vorbild der HIV-Tests sollen genetische Reihenuntersuchungen gesundheitliche Risiken prognostizieren und die Überträger von Erbkrankheiten ausfindig machen. Die Bundesregierung hat ihre Zustimmung bereits gegeben.

Sommerpflanzen von Elisabeth Rieping

Steckt der Verfassungsschutz hinter den genetisch manipulierten Petunien oder in den Erbsen, die durch regulären pflanzlichen Geschlechtsverkehr zustande gekommen sind? Sollen die Namibierinnen lesbisch werden, oder dürfen ihre Partner Kondome benutzen, um ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden? Fragen, über die sich die Freundinnen der Roten Zora während ihres Kölner Treffens die Köpfe zerbrachen

Die Ausnahme als Regel von Oliver Tolmein

One day or another von Winfried Wolf

Gewerkschaftsfunktionäre, linke Sozialdemokraten, marxistische Wirtschaftstheoretiker – alle haben sie den Ausbruch der Krise spätestens für das Jahr 88 prognostiziert. Die kapitalistische Wirtschaft aber verbucht weiter hohe Wachstumsraten: ein Boom ohne Ende?

Buch des Monats: Fluch der Wissenschaft von Detlef zum Winkel

Richard Rhodes: Die Atombombe oder Die Geschichte des 8. Schöpfungstages. Verlag Greno, Nördlingen 1988, 915 S., 48 Mark

KONKRET-Streitgespräch:Die Grünen: ausgeströmt? Linke suchen neue Ufer von Thomas Ebermann; Wolfgang Gehrcke; Michael Stamm; Detlef zum Winkel

Verlassen die Linken die Öko-Partei? Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Thomas Ebermann, Hamburger Ökosozialist, ist Mitglied der grünen Bundestagsfraktion; Wolfgang Gehrcke, Hamburger DKP-Bezirksvorsitzender, Mitglied des Vorstands, gilt als »Erneuerer«~; Michael Stamm ist Mitinitiator des »Linken Forums«, eines Zusammenschlusses antikapitalistisch orientierter Grüner; Detlef zum Winkel, Journalist aus Frankfurt schreibt u.a. für KONKRET und den »Arbeiterkampf« (Zeitung des Kommunistischen Bundes)

Tschernobyl, geschüttelt von Gero von Randow

Kamille-Tabletten zur Beruhigung von Kindern, die ihr Spielzeug wegwerfen, Bilsenkraut-Pillen zur Bekämpfung der Eifersucht bei Frauen, die »sich gerne zur Unterhaltung nackt ins Bett« legen – seit 200 Jahren verbreiten die Homöopathen mit ihren skurrilen Tinkturen auch ein gesucht reaktionäres Welt- und Menschenbild. Unsere alternativen Wissenschaftskritiker sind begeistert

Weiße Flecken von Gunter Schmidt

Das neueste »Kursbuch« hat sich der Seuchen angenommen und zum Thema Aids erstaunlich ignorante Texte gesammelt

Der Ingrimm oder: Die Versammlung der Maulaffen von F. W. Bernstein

Wie der Karikaturmacher Chlodwig Poth anläßlich eines vergleichsweise nichtigen Anlasses zu großer Form auflief und wie angesichts dessen einige kulturkritische Vorurteile überprüft werden dürfen

Die kleinen Männer mit den Kugelköpfen von Peter Hacks

Über Evolutionäre, Reformatoren und die Aufklärbarkeit des Absolutismus

Kriegsgespräche von Christian Geissler; Oliver Tolmein

Romane, die den bewaffneten Kampf der RAF zum Thema haben, sind in den letzten Monaten einige geschrieben worden. Christian Geisslers »Kamalatta« ist der einzige, der sich von der RAF nicht abgrenzt, den Weg in die Illegalität nicht ausschließt – allerdings auch andere, legale Möglichkeiten der oppositionellen Arbeit gegen dieses System und die von ihm produzierten Zwangsverhältnisse thematisiert. »Ich werde schreiben, um klarzumachen, wie die verschiedenen Arten zu kämpfen zusammengehören und daß in den Klassenkämpfen die Frage nach dem bewaffneten Angriff immer mitenthalten ist«, beschrieb Christian Geissler in einem Gespräch, das für die Dezember-Ausgabe von KONKRET gedacht war, seine Arbeitsintention seit 1970.Das zweite Gespräch fand im Januar statt, nachdem er seine Lesereise beendet und etliche Besuche bei Gefangenen aus der RAF gemacht hatte. Es soll ein Beginn sein für die von Geissler vorgeschlagene Arbeits-Korrespondenz innerhalb der Linken, zwischen den Gefangenen, den legal und illegal agierenden Gruppen, eine Auseinandersetzung über linke Strategien und Taktiken, ein Streit über Aktionen und das ihnen jeweils zugrunde liegende Politikverständnis, ein Gespräch über die sehr verschiedenartigen Erfahrungen der verschiedenen linken Fraktionen

Opfer III. Klasse von Ingrid Strobl

Längst ist der großbürgerliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus als Gegenstand historischer Forschung etabliert. Auch jene Juden, die, obwohl assimiliert und akademisch gebildet, dennoch verfolgt wurden, haben sich unseres Gedenkens würdig erwiesen. Noch immer aber nehmen die bundesdeutschen AntifaschistInnen das Leben und Leiden der großen Mehrheit der subproletarischen polnischen Juden aus nicht zur Kenntnis: So werden die Opfer der »Endlösung« noch einmal selektiert

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Glatt bewältigt von Christoph Krämer
Es gibt kein Richtiges im falsch Gestalteten: Das neue Jüdische Museum in Frankfurt stellt die jüdische Geschichte aus wie eine Modeboutique ihre Pullover – in glitzernder Pracht und formaler Geschwätzigkeit

3.346m Film von Dietrich Kuhlbrodt
Der neue Film der polnischen Regisseurin Agnieszka Holland, »Der Priestermord«, ist ein mediales Produkt der frühen Reagan-Ära: Perverse Kommunisten killen keuschen Pater

Platte des Monats - Verbrannte Gaumen von Diedrich Diederichsen
Napalm Death: From EnslavementTo Obliteration (Earache / Rough Trade)

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 02/89, S. 4

Von Konkret

Aus einem Brief an den KONKRET-Herausgeber

Euer Hochwohlgeboren!

Die Porträtsammlung der Österreichischen Nationalbibliothek ist bemüht, ... auch Photos zu berücksichtigen. Indes steht der Möglichkeit, auf diese Weise den Anschluß an die Zeit zu wahren, die Schwierigkeit entgegen, mangels eines entsprechenden Marktes Lichtbilder zeitgenössischer Persönlichkeiten zu beschaffen. Die Porträtsammlung sieht als einzigen gangbaren Weg, die in ihren 800.000 Porträts vertretene Universalität menschlicher Leistung... weiterzupflegen, den der direkten Bitte an jene Persönlichkeiten, deren internationaler Rang die Widmung ihres Bildes an die Sammlung wünschenswert macht. Daher wendet sich die Sammlung heute auch an Sie...

Der Direktor

Wirkl. Hofrat

Dr. Walter G. Wieser

Mit der Erhebung in den Stand einer Persönlichkeit von internationalem Rang hat der KONKRET-Herausgeber seine frühere, unterbezahlte Arbeit sofort eingestellt: Gremlizas politische Kolumne erscheint in diesem Heft zum ersten Mal seit vielen Jahren nicht. In der Hoffnung, daß G. im nächsten Monat den Schock der Ehrung überwunden haben wird:

Die wirkl. geh.

KONKRET-Redaktion

Die Auswertung dar KONKRET-LeserInnen-Umfrage vom Oktober/November letzten Jahres wird in diesen Tagen abgeschlossen und kann in Form einer kleinen Broschüre gegen eine Gebühr von fünf Mark ab Ende Februar beim Verlag bezogen wer

den. Die Gewinner der Auslosung stehen allerdings bereits fest. Es haben gewonnen:

Eine Woche New York und Washington

Nicole Schönteich (41 Duisburg 14)

Auch am 16 Januar 89 hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem Schänder ihrer Symbole – vgl. KONKRET 1/89 – nicht gnadenlos abrechnen können. Der Hamburger Prozeß gegen einen »anständige Literatur schreibenden Liebhaber der Demokratie« (Tomayer über Tomayer) wg. Hymnen-Verunglimpfung wurde vertagt. Mit einem Urteil ist nun vor dem 7. Februar zu rechnen.

»Täglich eine linke, radikale Zeitung«, versprach die alternative »Tageszeitung« ihrer Leserschaft 1978. Heute wirbt sie mit dem Vorsatz, »radikales Trendsetting für die 90er Jahre« betreiben zu wollen. Dazwischen liegen 10 Jahre, in denen sie sich von allem verabschiedete, was der Linken wichtig war und ist: Im Konkret Literatur Verlag erscheint in diesen Tagen die erste politische Analyse der »Taz«: Oliver Tolmein, Detlef zum Winkel: tazsachen. Krallen zeigen – Pfötchen geben. 254 Seiten, 24 Mark

konkret 02/89, S. 6

An Konkret

Diffus

KONKRET 1/89: Gremlizas Kolumne »Volk ohne Kopf«

So nötig und richtig die inhaltliche Auseinandersetzung ist, so unnötig und mittlerweile auch ärgerlich ist es, daß Gremliza ständig Walser angiften muß. Diese Form der Polemik ist nicht unbedingt angebracht!

Walsers politische Standpunkte der letzten Jahre waren tatsächlich häufig diffus und unverständlich. Doch sollte man nicht vergessen, daß Walser einer der unermüdlichsten, konsequentesten, einfallsreichsten und schärfsten Kritiker des BRD-Systems war.

Andreas Steffen

Hürth

Herrn Gremlizas Anmerkungen zum Thema »Nation(alismus) und links« möchte ich hinzufügen, daß die Liste der Intellektuellen aus Medien-Kultur und Wissenschaft, die als Linke auftreten und dennoch nicht erröten, von nationaler Identität zu schwadronieren, erschreckend lang ist.

Ein wenig mulmig könnte einem schon dabei werden, schließlich zeigt dieses Symptom doch, wie wenig Verlaß auf die linken Zeitgeist-Repräsentanten ist.

Ingo Zander

Kerpen-Horrem

Pamphlet t

KONKRET 1/89: »Im Schatten von Stammheim« von Wolfgang Schneider

Ich lese eigentlich die KONKRET recht gern, solche dummen Pamphlete, wie die von Wolfgang Schneider allerdings verleiden mir dies.

Wie er aus dem Fakt, daß der israelische Geheimdienst Mossad mit BRD-Geheimdiensten zusammenarbeitet und es Menschen gibt, die das erwähnen und sich auch einen eigenen Kopf um die Ereignisse in Stammheim machen, einen Antisemitismusvorwurf konstruiert, ist wohl nur aus den Komplexen eines kleinbürgerlichen Metropolenbürgers zu erklären, der die Kämpfe im Trikont, z. B. die der palästinensischen Revolution, verachtet, der Imperialismusforschung statt Antiimperialismus betreibt, kurz er repräsentiert nur eine Form des neulinken Imperialismus –

die zwei Achsen, die Denunzierung des Antizionismus und damit der palästinensischen Revolution und die Diffamierung der revolutionären Gefangenen.

Der sollte besser in der »taz« schreiben – für KONKRET wärs besser.

Peter Nowak

Bielefeld

Schicke Aura

KONKRET 12/88: »Ästhetik des Kampfes« von Oliver Tolmein

Seit es einfach geworden ist, sich mittels der RAF wichtig zu machen, ist es schwer geworden, damit die schicke Aura von Gefährlichkeit und verfolgter Unschuld zu erzeugen, mit der man Parties, Talkshows und Medien so nett beleben kann. Man übertrifft sich darum gegenseitig, und so kann das jahrelang verdrängte schlechte Gewissen endlich fröhliche Urständ feiern. Oliver Tolmein gibt sich in seiner »Ästhetik des Kampfes« titulierten Besprechung des Geissler-Romans »Kamalatta« redliche Mühe, des »romantischen Fragments« längst in diese Gesellschaft integrierte Gedanken, Aktionsformen und deren Reflektion als todesmutigen Widerstand darzustellen (»In diese politische Landschaft hinein, in der schon das Reden über den militanten Widerstand Bundesanwaltschaft und Sondereinsatzkommandos auf den Plan ruft, hat Geissler seinen neuen Roman. . .«).

Sicher scheint er sich seiner Sache freilich nicht zu sein: »Ausgerechnet ein früherer Gefangener aus der RAF, der mittlerweile entlassene Christof Wackernagel« leiste Vorarbeiten zu einer Kampagne gegen Geissler, wie sie einst gegen

Böll geführt wurde, und Tolmein versucht, diese Vorstellung durch ein Zitat zu belegen. In diesem Zitat steht aber das Gegenteil: »...das heißt nur, daß man sich so etwas heute in der BRD leisten kann«, Geissler also nicht, wie Böll, eine solche Kampagne zu fürchten hat und sich deshalb erst jetzt zu Wort meldet. Um dennoch eine Bestätigung seiner Behauptung wenigstens zu suggerieren, muß Tolmein den Aufbau des zitierten Textes zerreißen und diesen Eingriff vertuschen, indem er keine Auslassungszeichen setzt.

Christof Wackernagel

Bochum

Innigst Kurt

KONKRET 1/89: »Musikplaudertasche« von Henscheid/Thierfelder

Lieber Plauderer, liebe Plauderinnen,

Ja, auch ich kam beim Lempertschen Satz »Die Lemper singt Kurt Weill« ins Grübeln? und das nicht nur, weil ein Feuilletonchef namensverwandt mit mir ist; selbstredend eine Quantité négligeable. Ja, die Lemper singt Kurt Weill! »Einst glaubte auch ich, als ich noch unschuldig war und das war ich grad...«

Nun, daß Weill heute neuinterpretiert wird, ist ein doppelter Schmarren; richtig, doch bei der geistlosen Gefräßigkeit des Publikums ist doppelt eben mehr und nicht, wie es korrekt sein müßte, weniger.

So gehört diese Linie Wecker, Wegner, Lemper zu jener Spezies, bei der sich das »Bestiarium philosophicum« mit dem Geschlechtsaustausch – nicht Verwehung – je nach Situation behilft: der, die, das Lemper, eine Spezies, die je nach Situation... und hier können individuelle Assoziationen nachfassen.

Nun weiß natürlich niemand, ob die Lemper einen Freund hat, innigst Kurt geheißen! Wäre das des Pudels Kern? Die Lemper singt, weil(l) Kurt?

Wenn dies wahr wäre, wäre dies, nach Adorno, der Sturz der Metaphysik im Anblick ihrer eigenen Wahrheit.

»Urgestein«, eine der besten Taschen: ich hoffe, dereinst Ihre gesammelten Taschen erstehen zu können.

Ja, was ein tief, tief, tief obszönes Leben, aber »tiefer als der Tag gedacht«? Vielleicht, aber nicht darüber hinaus: Denn was spricht die tiefe Mitternacht? Wer weiß, zumindest am 1. 1. um Null Uhr: Alles Gute für '89 und weitermachen, mit einer Serie, die zum Besten im Bereich des Musikfeuilletons gehört.

En dehors: kathartisches Denkmal, kataklastisch Trara...

Manfred Lesch

Frankfurt

»Irret Euch nicht...«

KONKRET 1/89: »Kahl macht

- **rnst«**

Wer auch immer für dieses Bild verantwortlich zeichnet, sollte eines nicht vergessen:

»Irret Euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten.«

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen sagen, daß Ihrem Blatt etwas mehr Sensibilität und Fingerspitzengefühl gut zu Gesicht stände.

Die deutsche Sprache ist reich an guten und klaren Worten – sie müssen nicht immer aus der untersten Niveauklasse stammen. Leider ist das bei Ihnen sehr oft der Fall. Oder irre ich mich?

Esther Schneider

Kassel

Geklaut

KONKRET 1/89: »Bargfeld revisited« von Manfred Vollmann

Am Ende des schönen Artikels erwähnt Vollmann die »Stürenburg-Anekdoten und die anderen sehr guten Stücke...«

Ein heikler Punkt – denn er fügt den Wechselbädern beim Lesen von Schmidt ein weiteres hinzu: Mindestens eine der Stürenberg-Geschichten ist – und zwar fast wörtlich – geklaut!

Die Geschichte »Sommermeteor« stammt aus seiner geliebten »Insel Felsenburg«, Verlag Borowsky, München, Band 1, S. 361.

Sowas trübt schon den Genuß, vor allem, wenn man Schmidts Tiraden gegen »Klauer« kennt!

Hennes Kinau

München

A-propos Erotik: Die »Handballenseligkeit«, wie sie z. B. im »Steinernen Herzen« beschrieben wird, bezieht sich ausschließlich auf Objekte (hier: Staatshandbücher), und auch in den anderen »formalistischen Hochkunst-Produkten« seines sog. »Frühwerks« konnte ich nicht ein Beispiel finden, in dem seine »Frauenfiguren« nicht bloß »zum Haareausraufen unmündig sind«, sondern auf eine sexistische und menschlich diskriminierende Weise vermittelt werden, die mich, wäre ich es nicht schon, »lesbisch werden« ließe, so daß »die Helden (Schmidt und Vollmann u.a.) doppelt abgeblitzt dastünden«.

Oder ist das (lt. Vollmann) die »basic philosophy« (nicht nur) unserer Zeit?: »eine Wohnung, Zeit, eine Frau und ein Dasein mit Büchern»?, ergänzt mit den Worten Arno Schmidts (wieder aus dem Steinernen Herzen):

». ..ihr hübsches Gesäß stieg vor mir stufenauf; die kräftigen Schenkel arbeiteten irdisch: Schlüssel zu einer Bücherkammer und ein strammes weißes Weib: was will man mehr als Mann? !«

Darauf (und nicht nur darauf), meine sehr geehrten Herren, kann ich mir nur noch den Kotzkübel holen.

Angelika Huber

München

konkret 02/89, S. 8

Gaby Gottwald

High Intensity

Am 22. August 1988 starb in El Salvador der Schweizer Internationalist Jürg Weis. Er sei bewaffneter Terrorist der FMLN gewesen und zusammen mit zwei anderen Guerilleros »im Gefecht gefallen«, lautete die Erklärung der Armee. Die Leiche von Weis wies neun Einschüsse im Rücken auf. Sein Kopf und sein Gesicht waren völlig zerstört.

Das Schweizer Außenministerium übernahm die Version der salvadoreanischen Armee. Lediglich angezweifelt wurde, daß Jürg Weis bewaffnet gewesen sei. Die Bundesregierung antwortete auf Nachfrage, daß nach ihren Informationen Jürg Weis durch einen Kopfschuß aus 50 m Entfernung getötet worden sei. Die US-Botschaft in San Salvador streute die gleiche Version. Offizielle Stellen wollten Beweise sehen, sollte der Tod von Jürg nicht folgenlos bleiben.

Am 10. Januar 89 präsentierte eine europäische Untersuchungsdelegation in San Salvador, Zürich und München die Ergebnisse ihrer Recherchen, die sie im September 88 in El Salvador durchgeführt hatte. Die Ergebnisse der Autopsie der Leiche und die Nachforschungen vor Ort ergaben:

Jürg Weis ist nicht im Gefecht gefallen, sondern ermordet worden. Er war noch am Leben, als ihm ein Stich in die Herzgegend versetzt wurde und als man ihm mit brutaler Gewalt wenigstens vier Rippen brach. Er hat wahrscheinlich noch immer gelebt, als sie ihm schließlich den Schädel völlig zertrümmerten. Die Einschüsse im Rücken erfolgten aus kurzer Distanz, wahrscheinlich auf den am Boden liegenden Körper. »Weiter ist erwiesen, daß der tote Körper von Jürg Weis durch Menschenhand geschändet wurde – durch Abziehen der Hals- und Gesichtshaut, durch Abschneiden der Ohren und Herausschneiden eines Teils der rechten Lende, sowie durch Abtrennung der Gehirnmasse... Die Art der Verstümmelung, die von geübter Hand vorgenommen wurde, verweist... auf Praktiken der als Todesschwadrone bekannten Spezialeinheiten von Armee und Sicherheitskräften.« Ein Kopfschuß ist ausgeschlossen.

Es gibt Indizien für eine Überwachung von Jürg Weis und Beweise für die vom Generalstab der Armee angeordnete Vertuschung des Mordes gegenüber der Delegation, der eine ausgefeilt falsche Version über die Umstände der Tode von Jürg und seiner Begleiter gebastelt und präsentiert wurde. Sollte der Mord von oben angeordnet worden sein, was die Delegation nicht ausschließt, sind seine Planer wahrscheinlich dort zu finden, wo auch die Vertuschung des Mordes verabredet wurde: im Generalstab der Armee selbst.

In ihrer abschließenden Bewertung der Ereignisse betont die Delegation, daß der Mord an Jürg Weis auf dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation in El Salvador interpretiert werden muß, die gekennzeichnet ist durch zunehmende Repression, Verhaftungen und Ausweisungen von Ausländern, gegen die von Seiten der Armee 1988 eine gezielte Denunziations-Kampagne eingeleitet wurde.

Jürg Weis ist der erste Ausländer, der unter der christdemokratischen Regierung ermordet wurde, deren Hauptaufgabe seit 1984 darin besteht, vor allem im internationalen Rahmen politische Unterstützung für die US-amerikanische Variante der Aufstandsbekämpfung einzuwerben. Die Ermordung von Jürg Weis muß als Alarmsignal für eine veränderte Politik begriffen werden, deren primäres Interesse die Effektivierung der Kriegspolitik ist und weniger die Sorge um die Aufrechterhaltung einer demokratischen Fassade des Systems. Weis' Tod war die Konsequenz eines Kräftemessens innerhalb der Armee und zwischen Regierung und Teilen der Armee, das zugunsten derjenigen entschieden wurde, die fernab jeden Bemühens um Legitimation freie Bahn für ihre Art der Kriegsführung beanspruchen.

Die zahlreichen Umbesetzungen im Militär während des letzten Jahres zugunsten der Hardliner, die in der Absetzung des regierungstreuen und US-loyalen Generalstabschefs Blandon gipfelten, hatten den Charakter eines kalten Putsches gegen die christdemokratische Regierungspolitik, die aufgrund ihrer inneren Spaltung und Korruption ohnehin am Ende ist. Der Wahlsieg der ultrarechten ARENA im März 88 bei den Kommunal- und Parlamentswahlen war das politische Äquivalent zur faktischen Machtübernahme der Falken in der Armee. Erwartungsgemäß wird ARENA die kommenden Präsidentschaftswahlen im März gewinnen, womit dann offiziell die christdemokratische Ära der »politischen Öffnung« und scheinbaren »Demokratisierung« besiegelt ist.

Die Reaktivierung der Todesschwadrone, die integraler Bestandteil der Armee und der Sicherheitskräfte waren und noch sind, ist sowohl Ausdruck des Unmutes über die militärische Erfolglosigkeit des US-amerikanischen Kriegskonzepts der »niedrigen Intensität«, als auch eine Machtdemonstration der Falken in der Armee gegenüber den USA, um diese zu einer Politik des »totalen Krieges« zu bewegen.

Ob unter Reagan oder Bush, die US-Regierung wird in jedem Fall jede Verschiebung des Kräfteverhältnisses in El Salvador zugunsten der Linken zu verhindern suchen, da ein Sieg der FMLN-Guerilla das Ende der US-Hegemonie in Zentralamerika bedeuten würde und weitreichendere Folgen hätte als der Sieg der Sandinisten in Nicaragua 1979. Angesichts der zunehmenden militärischen Stärke der FMLN und ihrer internationalen diplomatischen Offensiven sind die

USA gezwungen, die Fortführung des Krieges mit den Kräften zu betreiben, die sowohl politische Gegner ihrer jetzigen Bündnispartner sind, als auch Kritiker des US-Konzeptes des »Krieges der niedrigen Intensität«. Die ersten Annäherungsgespräche auf höchster Ebene zwischen den USA und der extrem nationalistischen und antikommunistischen ARENA-Partei haben bereits stattgefunden.

Sollte ARENA die neue Regierung stellen, was kaum jemand bezweifelt, kommen auch auf die Bundesregierung erhebliche Probleme zu. Parteipolitisch ist sie der Christdemokratie verbunden, die sie seit Jahren über die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert und mitdirigiert. Außenpolitisch ist sie ihrem Bündnispartner USA verpflichtet, dessen politischen Vorgaben in der Zentralamerikapolitik sie bisher stets bedenkenlos folgte. In Zukunft wird sie wohl das politische Kunststück vorturnen, sowohl die Opposition als auch die Regierung unterstützen zu müssen. Aber bereits jetzt, vor dem Regierungswechsel, ist sie ins Schleudern geraten.

Der Untersuchungsdelegation wurde auf Anfrage beim Auswärtigen Amt jede Unterstützung durch die Botschaft vor Ort für die Pressekonferenz in San Salvador am 10.1.89 verweigert. Genschers Ministerium entschied auf höchster Ebene, keine Hilfe zu geben, da die Botschaft schon genug Probleme habe (Anfang September wurde der bundesdeutsche Botschafter aus Sicherheitsgründen nach Bonn zurückgerufen. Er war von Todesschwadronen bedroht worden). Man riet der Delegation dringend, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Etwas konsterniert steht die Bundesregierung nun vor dem Produkt ihrer eigenen Politik. Seit 1984 hat sie mit mehr als 60 Millionen Mark pro Jahr »Entwicklungshilfe« die Kriegskasse der Regierung aufgefüllt. Alle Angriffe gegen Regierung und Armee in El Salvador hat sie stets abgewehrt und die Lüge von der Demokratie im Land verbreitet.

In nächster Zukunft muß mit einer weiteren Verschärfung der Repression und einer Zunahme der politischen Morde gerechnet werden, in deren Folge (halb)-legalisierte Strukturen der politischen Opposition nicht zu halten sein werden. Wie von den Todesschwadronen bereits angekündigt, wird sich der Terror nicht nur auf die linke Opposition beschränken, sondern auch all die »nützlichen Idioten« einbeziehen, die nach Sicht der Todesschwadrone indirekt der Guerillastrategie Vorschub leisten, »unwichtig, ob sie sich innerhalb der Regierung befinden oder in politischen Parteien mit demokratischem Anstrich« (Kommunique der »Revolutionären antikommunistischen Ausrottungsaktion« vom 21.12.88).

Gaby Gottwald ist Mitglied der Untersuchungskommission.

Der Untersuchungsbericht kann bezogen werden über: Informationsstelle El Salvador, Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 203, 53 Bonn

konkret 02/89, S. 10

Georg Heinzen

Vom Wesen des Unterkassierers

Wortmeldungen gab es soviele wie noch nie, und der Streit um die politische Zukunft der Partei wurde mit bislang unbekannter Schärfe ausgetragen. Dennoch wurde der 9. ordentliche Parteitag der DKP für die »Erneuerer« zum Debakel

Lenin, Stalin und Honecker fahren mit der Eisenbahn. Sie kommen an das Ende der Schienen, obwohl die Strecke längst fertig sein müßte. Was tun? Wladimir Iljitsch baut zusammen mit den Fahrgästen die Strecke weiter. Jossif Wissarionowitsch läßt den Mann erschießen, der dafür verantwortlich ist, daß der Plan nicht erfüllt wurde. Und was macht Genosse Erich? Der steigt zusammen mit den Parteimitgliedern aus und rüttelt an den Waggons, damit die, die im Zug sitzen, glauben, es ginge weiter.

Überträgt man das Muster dieses alten DDR-Witzes auf den Zustand der DKP nach ihrem Frankfurter Parteitag, ergibt sich folgendes Bild: Die Mehrheit der Delegierten ist in dem stehenden Zug sitzengeblieben und ruft den GenossInnen »Erneuerern« durch die Fenster zu, man möge doch bitte mit dem Rütteln aufhören – wenn es schon nicht mehr voranginge, sollte man doch bitteschön den Zug nicht beschädigen ! Oder anders ausgedrückt: Dafür, daß die »Erneuerer« dem Parteivorsitzenden-Gespann Herbert Mies / Ellen Weber ein ganz unglaublich schlechtes Wahlergebnis bescherten, revanchierte sich eine knappe Parteitagsmehrheit mit der Abwahl von drei prominenten »Erneuerern« aus dem Parteivorstand.

Dabei hatte dieser 9. ordentliche Parteitag der DKP, der unter dem Motto »Für die Erneuerung der Bundesrepublik. Neues Denken und Handeln in unserem Land und in der DKP« stand, zunächst ganz unordentlich, ganz im Stil der neuen Zeit begonnen, die auch in der DKP ausgebrochen ist, seitdem aus dem Osten der frische Wind der Perestroika weht: mit einer temperamentvollen Geschäftsordnungsdebatte. Man legte die Wahlen von Parteivorsitz, Vorstand-, Revisions- und Schiedskommission zusammen, einigte sich auf eine Quotierung von 43 Prozent gemäß dem Frauen-Anteil an der Parteimitgliedschaft und beschloß, die Personaldiskussion erstmals parteiöffentlich zu führen.

Es war der erste Parteitag nach dem verhängnisvollen Hamburger Parteitag, der zufällig mit der Katastrophe von Tschernobyl zusammengefallen war, die einen beispiellosen Exodus von 10.000 Mitgliedern auslöste. Begleitet wurde dieser Mitgliederschwund von einer erbitterten Auseinandersetzung zwischen sogenannten »Traditionalisten« und »Erneuerern« über die Rolle des Proletariats unter den sich verändernden Produktionsbedingungen, über die Verschiebung der Klassenfrage hin zu sogenannten »Gattungsfragen«, über die Aufarbeitung des Stalinismus in der Sowjetunion, aber auch unter den westdeutschen Kommunisten insbesondere über Formen innerparteilicher Demokratie. Es zirkulierten Minderheitenpapiere, die Parteiführung begann von »zwei Linien« zu sprechen und warf den »Erneuerern« vor, sie marschierten unter einer Fahne, deren Farbe alles andere als rot sei.

So versprach dieser Parteitag heftige Auseinandersetzungen. Grund genug für die Presse, ihm eine ungewöhnlich große Aufmerksamkeit zu schenken. Über 200 Journalisten, von denen viele mit dem DKP-Milieu nicht vertraut waren, suchten nun Halt an Zahlen und Namen und wurden nicht enttäuscht. Denn weil der Parteitag außer Wahlen wenig Inhaltliches zu bieten hatte, wurde der interne Streit personalisiert. »Alles ist ganz anders als sonst!«, war der am häufigsten geäußerte Satz dieses Parteitags, auch wenn er bloß den Umstand betraf, daß der Vorsitzende Mies erst mit 90minütiger Verspätung seinen Lagebericht vortragen durfte.

Dieser Bericht, der von einem »nicht dialektischen Einerseits und Andererseits« geprägt war, wie später die Bremer Delegierte Katja Barloschky unter Beifall kritisierte, war der Versuch, die »beispiellosen inneren Widersprüche«, in die die Partei geraten ist, mit einem Optimismus zuzudecken, der geradezu religiöse Züge trug. Das konnte wiederum Beobachter, die mit dem Milieu vertraut sind, nicht verwundern. Ungewöhnlich war jedoch, daß sich zum Schluß der Mies-Rede statt der gewohnten Ovationen nur ein dünner Applaus regte, der wohl weniger Zustimmung für den Vortragenden ausdrückte als eine Erleichterung, daß er endlich fertig war. Aber das furiose Tempo des Parteitags war erstmal gebremst, und als zur Mittagspause Helfer mit blauen Plastiktüten durch die Kongreßhalle zogen und zu den Klängen der Golden Oldies der Arbeiterbewegung den Müll der Delegierten wegräumten, schien die Zeit doch wieder stehengeblieben zu sein. Das änderte sich auch nicht, als der Vorsitzende der Zentralen Revisionskommission ein kleines Referat über das Wesen des Unterkassierers als Beitrag zum Ausbau und Erhalt der innerparteilichen Demokratie hielt. Aber dann durfte endlich diskutiert werden.

Es gab so viele Wortmeldungen wie noch nie, und weil sie alle gleichzeitig abgegeben wurden, mußte man quotieren, Kontingente bilden, nach politischer Relevanz abwägen und wegen der Kürze der Zeit mehr als die Hälfte da RednerInnen streichen. Nun hatte die sicher zufällige Reihenfolge der Diskussionsbeiträge den Effekt, daß sie sich nicht aufeinander bezogen, sondern wie bei einem Dia-Vortrag das jeweils neue Bild den Eindruck des vorangegangenen auslöschte. Für die angeschlagene Parteiführung war das gut, für die »Erneuerer« schlecht. Als zum Beispiel Katja Barloschky in dem vielleicht klügsten Beitrag des Parteitages der Parteiführung vorwarf, man habe »über einen längeren Zeitraum die Theorie

hauptsächlich dazu benutzt, neue Realitäten zu negieren, statt sie zu erfassen«, habe die »Weiterentwicklung des Marxismus mit seiner Preisgabe verwechselt, und arbeitet deshalb eher daran, bei unseren Klassikern angebliche Beweise dafür zusammenzusuchen«, daß es sich bei den ökologischen Problemen »um einen im Zug der Umwälzung der Produktivkräfte zu lösenden Nebenwiderspruch handelt«, ließ anschließend eine Remscheider Friedensfreundin die abgestürzte Thunderbolt der US-Air-Force nochmal über den Delegierten kreisen. Ließ sie ein bißchen früher abstürzen, über Bayer Leverkusen, und ein bißchen später, über der Schule von Tochter Jenny. Und so kam in diesem Wettbewerb zwischen Analyse und Betroffenheit am Ende das unbestimmte Gefühl heraus, daß alles gar nicht so einfach sei.

Es folgten Berichte aus der Provinz. Da gab es wenig Erfreuliches, allerorten Niederlagen. Aber die meisten Vortragenden machten eine beruhigende Rechnung auf: Man habe zwar nicht den Abbau von soundsovielen Arbeitsplätzen verhindern können, dafür aber ein breites Bündnis des Widerstands geschlossen, von der Bäckersfrau bis zum Pfarrer.

Mitten hinein in diese Zeugnisse der Erfolglosigkeit bescherte die gütige Parteitagsregie den Delegierten und Gästen eine Showeinlage: Die Parade der internationalen Delegationen, angeführt von Alexander Jakowlew, dem Gorbatschow-Vertrauten, Politbüro-Mitglied, ZK-Sekretär für Kultur und Propaganda, in die Bundesrepublik gereist, um den Gorbatschow-Besuch im Frühjahr vorzubereiten. Dieser distinguierte Herr in staatstragendem Dunkelblau entführte, zwischen Genscher-Treffen und Kohl-Besuch, die Delegierten für zehn spannende Minuten aus der Tristesse der Flügelkämpfe in die bunte Welt der Perestroika. Verkündete Selbstkritisches – man habe »es nicht vermocht, den Prozeß der Entfremdung des Menschen vom Eigentum und von der Macht zu verhindern. Daß muß nun korrigiert werden, und zwar ganz entschieden« – und kam auch auf die DKP zu sprechen: »Nur die, die den Marxismus studieren ohne Bezug zur Realität und die keine direkte Verantwortung für das Schicksal von Menschen tragen, können sich selbst täuschen und Trost finden in der Illusion, die Unfehlbarkeit eines Dogmas sei wichtiger als Entwicklung und stehe über dem wirklichen Leben.« Am Ende seiner philosophischen Überlegungen spendete der Parteitag Jakowlew stehend Beifall, und jetzt war endlich die Atmosphäre da, die man von derartigen Veranstaltungen gewohnt ist.

Für ein gewisses retardierendes Moment sorgte zwar noch SED-Politbüromitglied Hermann Axen, immerhin aber erklärte er, daß »die SED die Verwirklichung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU« unterstütze. Danach hob der internationalistische Jet endgültig ab in sonnige Gefilde: Mit dem Commandante Jesus Montané Oropesa zog im Klatschmarsch ein leibhaftiger Companero der legendären Besatzung der »Granma« in die Halle ein. Was für eine Wirkung ging von diesem kleinen Mann aus der Karibik aus! Wer dachte da noch an die Klugscheißer von der deutschen Nordseeküste? »Marxismo-Leninismo o Muerte!« Das war genau der Ton, den man hören wollte.

Am nächsten Morgen ging es den Journalisten wie den Hunden vor der Metzgerei: Sie mußten draußen bleiben. »Eine Betriebsarbeiterin kann nicht so einfach vor laufenden Kameras sprechen!«, hatte Vorstandsmitglied Fritz Noll die Aussperrung begründet, offenbar noch vor der Quotierung. Jedenfalls ließ sich aus den Delegierten folgendes herausquetschen: Um eine Ausgrenzung von Minderheiten aus dem Parteivorstand zu verhindern, habe am Morgen die hessische Delegation einen Initiativ-Antrag eingebracht: Die Delegierten sollten dafür Sorge tragen, daß »Vertreterinnen und Vertreter der wesentlichen Positionen der Parteidiskussion in einer der politischen Realität der Partei entsprechenden Weise in den Führungsgremien« vertreten sind. Dieser Antrag sei einmütig angenommen worden. Danach habe eine schonungslose Personaldiskussion um das Vorsitzendengespann Mies/Weber eingesetzt. Ihnen sei Führungsschwäche und Ausgrenzung der »Erneuerer« vorgeworfen worden. Mies habe zugegeben, von »zwei Linien« gesprochen zu haben, habe aber den Vorwurf der Ausgrenzung zurückgewiesen. Ellen Weber wiederum habe eingestanden, daß das Gros der Kritik berechtigt sei und sich die Mängel-Liste sogar noch verlängern ließe. Die Parteiführung sei eben nicht immer auf der Höhe der Probleme gewesen. Einzelne Delegierte hätten ihre Bereitschaft, Mies/Weber zu wählen, mit personellen Optionen verknüpft. Mies habe dies mit dem Hinweis zurückgewiesen, die Parteiführung sei ein Kollektiv.

Dann wurde gewählt, und am späten Nachmittag brachten die Nachrichten das sensationelle Ergebnis: 72 Prozent statt 95 wie noch in Hamburg für Herbert Mies und 67 Prozent statt 97 für Ellen Weber.

Das Wahlergebnis, erklärte später ein DKP-Pressereferent, habe auch in dieser Größenordnung niemand überrascht, es entspreche den Erfahrungen der vorangegangenen Delegiertenkonferenzen. Trotzdem bedeutete diese Ohrfeige für die Parteiführung etwas anderes als die heftige Kritik, die man hinter verschlossenen Türen im Kreise der Familie vorgetragen hatte. Diese Demonstration der Uneinigkeit war öffentlich und mußte von der Öffentlichkeit als genau das verstanden werden, wovor Ellen Weber in ihrer Eröffnungsrede gewarnt hatte: »Frankfurter Grabenkämpfe«.

Für die traditionalistische Mehrheit bedeutete diese Demütigung der Parteiführung offensichtlich einen Verrat des am Morgen vereinbarten Tolerierungsabkommens. Die »Erneuerer« wiederum witterten eine Racheaktion und stellten prophylaktisch zusätzlich zu dem Personalvorschlag der Parteiführung weitere Kandidaten für die Vorstandswahl auf. Die Traditionalisten konterten mit eigenen Kandidaten. Welche taktischen Absprachen noch in der Nacht getroffen wurden, läßt sich nur vermuten.

Am nächsten Morgen erklärten kurz vor der Wahl drei der neu aufgestellten Kandidaten, sie würden im Interesse der Einheit der Partei ihre Kandidatur zurückziehen, wenn es die anderen auch täten. Was war geschehen? Offenbar waren sie unter Druck gesetzt worden, und dieser Druck war bis hinauf auf die Tribüne zu spüren, von wo aus ich, endlich im Besitz einer der begehrten grünen Einlaßkarten, zwei symbolträchtige Szenen beobachten konnte:

Der ehemalige MSB-Vorsitzende und Friedenslisten-Chef Uwe Knickrehm tritt ans Mikro und erklärt, er ziehe seine Kandidatur zurück, auch wenn das falsch sei. Aber er stehe vor der Alternative, daß, wenn er und die anderen »Erneuerer«, die zusätzlich zum Vorschlag des Parteivorstandes kandidierten, ihre Kandidatur nicht zurückzögen, auch die »Erneuerer«, die noch im alten Vorstand sind, herausgewählt werden würden. Knickrehm geht zurück in die Hamburger Ecke, nimmt seine Brille ab und bricht in Tränen aus.

Unmittelbar anschließend kommt es an Mikro 4 zu einer direkten Konfrontation der Väter und Söhne. Während »Erneuerer« Steffen Lehndorff dem Genossen Herbert Mies Ausgrenzung vorwirft, steht der Vorsitzende unmittelbar neben ihm. Aber Lehndorff macht seine Vorwürfe ins Mikro, sozusagen an Mies vorbei. Mies wiederum zeigt in dieser Situation, daß sich sein Neues Denken auf Formalitäten beschränkt. Er beugt sich zwar der Geschäftsordnung und wartet brav, bis der Parteitag per Abstimmung geklärt hat, ob er eine Erklärung abgeben darf. In dieser aber weist er noch einmal den Vorwurf der Ausgrenzung zurück, und unternimmt keinen Versuch, durch Unterstützung eines gerade vorgetragenen Antrags auf Erweiterung des Parteivorstandes um alle vorgeschlagenen Kandidaten die drohende Abwahl der »Erneuerer« abzuwenden und die Einheit der Partei zu wahren.

Einheit war plötzlich ein ganz wichtiges Wort. Aber es wurde hauptsächlich von den »Erneuerern« verwendet, die darunter sicher etwas ganz anderes verstanden als die Mehrheit des Parteitages. Die wünscht sich nämlich einen Vorstand ohne »Erneuerer« und lehnte deshalb den Erweiterungsvorschlag ab. Noch aber ließ sich dieses Votum ganz perestroikamäßig interpretieren: Die 651 Delegierten, die im Durchschnitt 39 Jahre alt waren, wollten endlich mal eine richtige Wahl, 98 aus 114.

Nachdem die Delegierten eine Entschließung zu den »Aufgaben der Partei für das Jahr 1989« verabschiedet hatten, die unerledigt gebliebene Arbeit auf einen Ein-Tages-Parteitag im Februar verschoben und einen Sonderparteitag im Frühjahr 1990 zur Verabschiedung des Programms »BRD 2000« vereinbart worden war, kam das Wahlergebnis: Mit Vera Achenbach, Dieter Gautier und Steffen Lehndorff wurden drei prominente »Erneuerer« aus dem alten Parteivorstand nicht wieder gewählt, obwohl die Parteiführung sie selbst vorgeschlagen hatte. Es folgten persönliche Erklärungen der Geschaßten: Steffen Lehndorff, Kreisvorsitzender in Köln, warnte alle GenossInnen, die für die Erneuerung der Partei kämpfen, vor »Kurzschlußreaktionen«. Vera Achenbach aus Dortmund erklärte Sibyllinisch, sie hätte ihre Erklärung schon vorbereitet, weil sie die Partei sehr genau kenne. »Unglücklich« sei sie vor allem, »weil dieses Ergebnis die Lage in der Partei gravierend verändert«. Ähnlich interpretierte auch der unterlegene Bremer Bezirksvorsitzende Dieter Gautier das Wahlergebnis. Statt Anstrengungen zu unternehmen, die Parteiflügel zusammenzubringen und gemeinsam mit den Problemen fertig zu werden, hätte der Parteitag »ein anderes Zeichen« gesetzt. Dieses »andere Zeichen« gehe nicht auf Zusammenführung, sondern auf Ausgrenzung. Man müsse sich »darüber klar sein, daß die Wirkungen dieses Wahlergebnisses von großer Bedeutung und, ich glaube von schlimmer Bedeutung für den weiteren Weg unserer Partei sein können.«

Herbert Mies »weigerte« sich in seiner Antwort, »aus der Abwahl dieses oder jenes Genossen oder dieser oder jener Genossin, und wenn es auch der Parteivorsitzende gewesen wäre, abzuleiten, es gäbe eine gravierende Veränderung der Lage der Partei. Wenn man zu einer solchen Feststellung kommt, dann muß man das genau analysieren, oder man hat vielleicht sogar die Absicht, eine gravierende Veränderung der Lage der Partei herbeizuführen.« An dieser Stelle wurde Mies von Gelächter, Buh-Rufen und Pfiffen unterbrochen.

Ein historischer Moment. Es war das erste Mal in der 20jährigen Geschichte der DKP, daß ein Parteivorsitzender von fast der Hälfte der Delegierten eines Parteitags ausgelacht wurde.

Und trotzdem hat Mies recht. Eine »gravierende Veränderung der Lage der Partei« hat sich in Frankfurt nicht ergeben. Eine Spaltung, wenn diese Möglichkeit überhaupt je bestanden hat, ist abgewendet worden. Es wird zwar weitere Austritte geben und Rückzüge in die innere Emigration. Solange aber die »Erneuerer« programmatisch so wenig zu bieten haben wie gegenwärtig, solange sie noch mit dem Gefühl nach Hause fahren können, zumindest die Partei-Strukturen aufgebrochen zu haben, wird sich die Abwanderung in Grenzen halten. Denn die »Erneuerer« werden dafür sorgen, daß der Streit um die innerparteiliche Demokratisierung von der politischen Perspektivlosigkeit der DKP ablenkt. Sie werden das Geisterhaus weiter mit Leben füllen.

Die DKP wird es immer geben, notfalls ohne Mitglieder. Diese Wahrheit sprach in Frankfurt ein anderer Wahlverlierer aus, das erste Opfer der Quotierung. Gustav Trambowsky, der nach 60jähriger Parteimitgliedschaft nicht mehr in die Revisionskommission gewählt wurde, erklärte vor dem Parteitag: »Ich bin auch nicht der Auffassung, daß, wenn dieser oder jener Genosse nicht gewählt wird, damit die Partei gefährdet wird. Die Partei ist stärker als dieser oder jener Genosse,

der sich als Erneuerer der Partei fühlt.« Drei Tage lang hatten die Delegierten in den brodelnden Abgrund der Perestroika geblickt. Am Ende wollten sie ihre Ruhe. So flogen schließlich nicht nur die prominenten »Erneuerer« aus dem Vorstand, auch einige traditionalistische Hardliner wurden mit außerordentlich schlechten Wahlergebnissen bestraft.

Trotzdem, richtig zufrieden war niemand an diesem Sonntagabend im Januar in Frankfurt am Main . Die westdeutsche Linke hatte eine weitere Schlacht verloren, während die dunkelblauen Mercedes-Limousinen der Aussteller irgendeiner Konsumartikel-Messe auf das Messegelände rollten. Fast lautlos, nur die Reifen rieben sacht über das nasse Kopfsteinpflaster, und das klang, man kann es nicht anders sagen, ungeheuer selbstbewußt.

konkret 02/89, S. 12

Georg Fülberth

KONKRET dokumentiert den Diskussionsbeitrag des Delegierten Georg Fülberth für den 9 Parteitag der DKP, der aus Zeit- und Quotengründen nicht gehalten werden konnte

Genossinnen und Genossen.

Kommunistische Parteien sind niemals komplett. Seit dem Jahre 1903 gab es in Rußland die bolschewistische Partei. Im Februar 1917 hatte sie erst 24.000 Mitglieder. Innerhalb weniger Monate wuchs sie auf das Zehnfache. Aber erst im Juli 1917 vervollständigte sie sich um eine wichtige Gruppe hervorragender Revolutionäre, die ihr bis dahin nicht angehört hatten, nämlich um die Organisation Meshrajonka mit Anatoli Lunatscharskij, Wladimir Antonow-Owssejenko und Leo Trotzki. Im Unterschied zu damals ist heute allerdings noch lange nicht ausgemacht, wer der Berg ist, und wer der Prophet: andere Linke oder wir.

Wir müssen davon ausgehen, daß wichtige progressive Sektoren, sogar kommunistische, mindestens aber linkssozialistische Kräfte, sich oft außerhalb des Rahmens der sozusagen offiziellen kommunistischen Parteien befinden. Es wäre ein Jammer, wenn die Fundamentalisten und Ökosozialisten auf ewig ein Rand-Dasein bei den Grünen fristen müßten. Zu uns kommen sie nicht, denn sie sind mehrheitlich keine Kommunisten. Es wird künftig wohl auch neue linke Bewegungen geben, die heute noch niemand kennt. Ein wirkliches politisches Gewicht – so vermute ich – können sie alle nur gewinnen, wenn die Linke in der Bundesrepublik insgesamt umstrukturiert wird, und darum sollten wir Kommunistinnen und Kommunisten uns bemühen. Um das tun zu können, müssen wir uns selbst ändern. Dies gilt für zahlreiche Punkte, ich nenne hier nur zwei.

Erstens: Wir brauchen eine zwar solidarische, zugleich aber völlig eigenständige Haltung zu den sozialistischen Ländern. Wie kommt es eigentlich, daß eine kommunistische Partei mit intelligenten Mitgliedern zum Beispiel in der Kernkraft-Frage eineinhalb Jahrzehnte hinter der Realität hergelaufen ist? Wir hatten Loyalitätsprobleme, hier im Kapitalismus eine Technologie-Politik zu bekämpfen, die in ähnlicher Weise im Sozialismus ebenfalls betrieben wird.

Zweiter Punkt: Wir müssen uns darum bemühen, die strukturelle Verengung aufzubrechen, in die unsere Partei seit der Mitte der siebziger Jahre hineingeraten ist. Wenn ich mir die über zwanzigjährige Geschichte der DKP betrachte, bleibt mein Blick am dritten Parteitag, dem Hamburger Parteitag von 1973, hängen. In dieser Zeit muß etwas mit uns passiert sein, was nicht gut ist. Seitdem wurden die Delegierten zu den Parteitagen nicht mehr von den Kreisen, sondern von den Bezirken nominiert. In der Frage der Wahl-Kandidatur zu den Parlamenten haben wir damals einen Weg eingeschlagen, den wir erst dann wieder halbherzig verließen, als alle Züge abgefahren waren. Daß da etwas nicht stimmt, zeigte sich fünf Jahre danach, ironischerweise wieder in Hamburg. Unsere spätere Geschichtsschreibung wird zu überprüfen haben, ob nicht etwa die Hamburger Bürgerschaftswahl 1978 ein Knotenpunkt war, an dem die letzten Chancen einer vernünftigen Wahl-Politik unserer Partei verlorengingen .

Vielleicht sagt jetzt jemand, wir hätten manches ja inzwischen korrigiert. Darauf antworte ich: In der Politik kommt es nicht nur darauf an, irgendwann das Richtige zu tun, man muß das Richtige auch im richtigen Moment tun.

Nun ist unter uns eine sogenannte zweite Linie entstanden, die Minderheits-Position der dreizehnten Parteivorstands-Tagung. Inhaltlich stehen diese Genossinnen und Genossen wohl hinter dem Entwurf »BRD 2000« . Er geht davon aus, daß der Kapitalismus zu Frieden, Umweltverträglichkeit und zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung gezwungen werden kann, ohne daß er aufhört, Kapitalismus zu sein. Hier wäre zu klären, ob es sich um das Ergebnis einer gründlichen Analyse oder nur eines heftigen Wunsches handelt. Wer eine solche Perspektive entwirft, sagt damit aber noch etwas anderes: Er – oder sie – muß auch die Frage stellen, mit welcher veränderten Arbeitsweise eine kommunistische Partei klassischen Typs überhaupt noch eine Existenzberechtigung hat. Gegenmacht-, Kontroll- und Transformations-Potentiale könnten dann ja eher im linken Flügel der SPD, bei den Grünen und in den Gewerkschaften wirksam werden. Die DKP wäre nicht viel mehr als eine Art rote Freimaurerloge oder – bestenfalls – ein Kristallisationskern für gelegentliche Bewegungen, die von den etablierten Parteien und Verbänden nicht schnell genug integriert werden können.

Ich wende mich jetzt der sogenannten Vorstandsmehrheit zu. Konzeptionell hat sie wohl kaum eine einheitliche Auffassung. Teilweise billigen diese Genossinnen und Genossen das Dokument »BRD 2000«, teilweise sind sie dagegen, anderen ist es egal. Wer vor dem Hintergrund solcher Gedankenarmut eine stramme Personalpolitik durchziehen wollte, bewiese damit allerdings einen etwas eigentümlichen Mut.

Wird die Mehrheit nicht fähig zur Konzeptionsbildung, dann gibt es zwei Möglichkeiten:

Variante 1: Die Partei versteinert – und zwar umso gründlicher, je schneller die Minderheit davonläuft.

Variante 11: Die jetzige Vorstandsminderheit wird über kurz oder lang zur Mehrheit. Ich sage das nicht, weil mir diese zweite Variante etwa gefiele, im Gegenteil: Ich bin da sehr mißtrauisch, ob wir auf diese Weise nicht einen Reformismus

bekommen, der die Partei zum fünften Rad am Wagen der SPD und der Grünen macht und dabei die Chancen einer selbständigen kommunistischen Partei vergeigt.

Ein Mehrheitswechsel hätte vielleicht nur einen einzigen Vorteil: Es könnte dann eine linke Opposition in der Partei entstehen, und hier möchte ich allerdings gern dabei sein. Die bisherige Führungs-Mehrheit müßte sich in der Opposition darüber klar werden, was sie eigentlich will. Der vielleicht wirklich reformistische Flügel würde sich recht bald umgruppieren und verlöre seine Mehrheit auch wieder. Die Partei käme über schmerzvolle Zwischenstationen zu sich selbst.

Manche sagen: die DKP dürfe nicht zum Debattier-Club werden. Einverstanden. Aber ein Experimentierfeld linker Politik sollte sie wohl doch sein dürfen. Vielleicht würde dadurch der linke Rand des westdeutschen Parteien-Systems wieder in Bewegung geraten.

konkret 02/89, S. 14

Miriam Lang

Vom Protest zum Infostand

Die Aktionen der streikenden Studentinnen sind vielfältig und manchmal widersprüchlich. Trotzdem hat die Protestgeneration '88 einen längeren Atem, als die ehemals selbst-bewegten SkeptikerInnen vorausgesagt haben. Ein Bericht über die Entwicklung an der FU Berlin

Der Stern auf dem Wipfel des Weihnachtsbaums ist original Daimler-Benz. Anstelle von Kerzen stecken kunstgerecht gedrehte Joints zwischen den Tannennadeln. Luftballons und eine Plastikfolie geben dem Weihnachtsbaum die glitzernde, farbenfrohe Note. Bei Kerzenschein und Tofu-Gulasch aus Plastiktellern feiern etwa dreißig StudentInnen Weihnachten am Lateinamerika-Institut der Freien Universität in Westberlin (FU). Die Sekretärinnen, die ihnen den Baum fürs Fest gestiftet haben, können seit nunmehr vier Wochen ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen: Das Lateinamerika-Institut ist besetzt. Und seit Streikbeginn Anfang Dezember sind die Uniräume so gut und ausdauernd besucht, wie sonst nie. Wie in längst vergangen gewähnten Zeiten wird dort gemeinsam gekocht, geschlafen, gegessen und diskutiert. Großmarktausweise werden für Masseneinkäufe kollektiviert, und in der U-Bahn tauschen Freunde neue Telefonnummern: zu erreichen in der Universität. Nach Hause fahren viele nur noch, um den Briefkasten zu leeren oder wenn das Bedürfnis zu duschen, dringend wird.

Die Rostlaube und andere Institutsgebäude haben mittlerweile ein neues Gesicht: Ganze Gänge, ehemals grau, haben sich in Gemälde verwandelt, Tische blockieren Eingangstüren, vor den Büros leidiger Persönlichkeiten türmt sich der Müll. Auf so manchem Dach weht eine schwarz-rote Fahne, vor den Fassaden hängen Transparente mit der Aufschrift »besetzt«. Streik-Cafés entstehen überall und schmälern den Mensa-Umsatz durch Dumping-Preise.

Der so entstandene Freiraum zieht jedoch auch ganz andere Gruppen an, die mit den Ideen der streikenden StudentInnen wenig gemeinsam haben: Nach einem abendlichen Rockkonzert ist die Rostlaube übersät mit Hakenkreuzen und faschistischen Parolen, die von den BesetzerInnen eilig wieder entfernt werden. Anfang Januar wird ein Student von einer Bande Neonazis krankenhausreif geschlagen, und erst nach der dritten Vergewaltigung in den Gängen der »befreiten« Uni beginnen Frauen, nächtliche Patrouillen zu organisieren.

So ausgetrocknet war der Hochschulbetrieb im Herbst letzten Jahres, daß der Funke, der in Westberlin am Lateinamerika-Institut geschlagen wurde, sofort einen Flächenbrand entfachte und auf alle Westberliner und viele bundesdeutsche Hochschulen übergriff. Innerhalb einer Woche waren alle 36 Fachbereiche der FU besetzt und im Streik, die Technische Universität und die Hochschule der Künste stimmten in überfüllten Vollversammlungen ebenfalls für Streik und Aktionen, die Fachhochschulen ließen nicht lange auf sich warten, Kollegs, Gymnasien, Gesamtschulen und sogar die Charlottenburger Volkshochschule schlossen sich an. Vierzehn Tage nach der ersten Besetzung zogen 30.000 DemonstrantInnen vor das Rathaus in Schöneberg und forderten dort die Universitätspräsidenten, den Wissenschaftssenator und die Schulsenatorin zum Rücktritt auf.

Diese ließen sich zunächst nicht erschüttern. Gemeinsam mit den bürgerlichen Medien beteuerten sie ihr Verständnis für den Unmut der StudentInnen und bemühten sich gleichzeitig, ihn auf rein materielle Bedürfnisse zu reduzieren: überfüllte Hörsäle, fehlende Lehrstellen und die mangelhafte Ausstattung von Laboratorien und Instituten wurden in den Vordergrund gestellt, an die politischen Forderungen der StudentInnen: 50prozentige Quotierung für alle Stellen, Faschismusforschung an den Fachbereichen und viertelparitätische Mitbestimmung, verschwendete man, so Wissenschaftssenator Turner zur »taz«, »keinen Gedanken«. Als handle es sich bei den Protesten nicht um das Ergebnis der Bildungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte, sondern um eine schicksalshaft hereinbrechende Naturkatastrophe, bewilligte das Land Berlin ganz schnell und unbürokratisch 10 Millionen Mark für neue Stellen und Sachmittel, die pathetisch als »Soforthilfeprogramm« deklariert wurden. Mit Zuckerbrot und Watte sollten den StudentInnen die Mäuler wieder gestopft werden, noch bevor sie sie ganz aufgerissen hatten. Turner ging in seiner Umarmungspolitik sogar so weit, bis zum 1. Januar 1989 offiziell »Streikerlaubnis« zu erteilen. Daß ausgerechnet diese Generation von StudentInnen, die seit Jahren die Verschlechterung der Studienbedingungen und die Ausgrenzung immer neuer sozialer Gruppen vom Studium geduldig hingenommen hatte, sich nicht mit schnellen Zugeständnissen abspeisen lassen würde, schien dem Senator genausowenig denkbar wie vielen in der Kommentierung des politischen Geschehens längst abgehärteten Linksradikalen, die über die Proteste abfällig urteilten: »Eine phantasievolle Bittprozession geprellter Sozialfälle, deren äußerster Radikalismus in der Drohung besteht, eine Art Winterhilfswerk auf eigene Faust zu organisieren.«

Doch wie jede Spielwiese hierzulande wurde auch diese mit einem Zaun umgeben: Für den Fall, daß sich die Verhältnisse an der FU nach der Weihnachtspause immer noch nicht normalisiert haben sollten, beschloß die Universität einen »Maßnahmekatalog zur Sicherstellung des Studienangebots bei Fortführung des studentischen Streiks«, der, wie im »Tagesspiegel« vom 20. Dezember zu lesen war, »von vorneherein die Anforderung präventiven Polizeischutzes« vorsah.

Zum Vorlesungsbeginn am 9. Januar waren die medizinischen Institute, die als Angelpunkt für das Aushebeln der gesamten Streikfront ausgewählt worden waren, tatsächlich weiträumig von der Polizei abgesperrt. In städtischen Bussen und später auch in Polizeiwannen wurden ein paar Dutzend »Studierwillige« durch die Ketten der etwa 3000 blockierenden StudentInnen geprügelt. Diese zeigten sich in der direkten Konfrontation mit der Staatsgewalt, deren rigiden Durchsetzungswillen viele zum ersten Mal an den eigenen Knochen zu spüren bekamen, entschlossener als vom Senat und den linken BeobachterInnen vor dem Fernsehbildschirm erwartet. Über vier Tage hielten sie sich zwölf Stunden vor den Absperrungen und ließen sich weder durch den Einsatz von Sondereinheiten noch durch die große Zahl von Verletzten zum Einlenken zwingen. Schließlich gaben Senat und Universitätsleitung den Versuch auf, die Wiederaufnahme des Studiums mit Brachialgewalt durchzusetzen.

Eine neue Bewegung?

Wenn die Kriterien für eine neue Bewegung nur Breite, Vielfalt und die immer gern beschworenen »phantasievollen Aktionen« sind, dann erfüllen die StudentInnen sie mit ihren Protesten allemal. Sie veranstalten Happenings, öffentliche Vorlesungen in U-Bahnhöfen, dichten Weihnachtslieder in Protestsongs um, sie demonstrieren zu Dutzenden in Nikolausgewändern und geben »ihren« Instituten neue Namen: Bertrand Russell steht für die Mathematik, Winnie Mandela für die Ethnologie, Ulla Penselin für die Geographie und Rudi Dutschke für die Soziologie. Doch obwohl sie mit ihren Aktionen auch aus dem Außenbezirk Dahlem in die City ziehen und dort mal eine Kreuzung blockieren, bleibt ihr Protest vom politischen Leben in der Stadt weitgehend isoliert.

Die einzigen nennenswerten Versuche, diesen Rahmen von sich aus zu sprengen, waren die von StudentInnen und Teilen der Kreuzberger Szene gemeinsam durchgeführten drei Hausbesetzungen im Dezember. Doch obwohl die Wohnungsnot in Westberlin seit der Aufhebung der Mietpreisbindung akut geworden ist und so manche Erstsemester noch jetzt in Autos und Notunterkünften schlafen müssen, blieb die Beteiligung aus Unikreisen an den Besetzungen gering. Die StudentInnen besetzen eben lieber pressewirksam die Bettenabteilung im Kaufhaus des Westens als eine seit Jahren leerstehende Villa – denn damit würden sie die bisher noch überwiegend beschrittene symbolische Ebene des Protests verlassen und sich auf eine Ebene der grundsätzlichen Konfrontation begeben, die den meisten nicht angemessen scheint.

Auch das Klima in der besetzten Universität hat zumeist nichts Konfrontatives an sich, sondern ist bestimmt von freundlichem Austausch und Toleranz. Auch offen reaktionäre RednerInnen dürfen auf Vollversammlungen zu Ende sprechen, ausgebuht werden die ZwischenruferInnen, die sie unterbrechen. Unübersehbar ist auch die Lernbegierde der Streikenden: Sie haben sich einen eigenen Lehrbetrieb aufgebaut, sogar ein kommentiertes Vorlesungsverzeichnis wurde erstellt. An allen Fachbereichen finden seit Streikbeginn autonome Seminare statt, insgesamt sind es bis zu 300 täglich. Neben fachspezifischen Themen unter einem neuen Blickwinkel – wie »Mathematik und Ideologie«, »Beziehungen Lateinamerika-USA« oder auch »linker Fußball« bei den SportlerInnen – werden auch allgemeinpolitische Fragen diskutiert. So geht es z. B. um neokonservative Strömungen oder die Situation der politischen Gefangenen in der BRD. Eine dritte Kategorie von autonomen Seminaren befaßt sich mit den Strukturen und Mißständen an der eigenen Universität, und allmählich bilden sich auch Gruppen heraus, die über die weiterreichenden politischen Perspektiven reden.

So sind Besetzung und Streik keineswegs Ausdruck einer grundsätzlichen Ablehnung des universitären Lehrbetriebs oder der Wissenschaft an sich. Die StudentInnen wollen unbedingt konstruktiv sein und experimentieren mit ihren Utopien einer »demokratischen Universität«. Dabei stehen die Forderungen nach Mitbestimmung, Interdisziplinarität von Forschung und Lehre sowie nach kritischer Wissenschaft im Vordergrund, ohne daß diese allerdings konkretisiert werden.

»Alle Macht den Fachbereichen«

Die StudentInnen haben sich auch Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen geschaffen: der »Besetzungsrat« soll Entscheidungen koordinieren, der »Inhaltsrat« die politischen Forderungen vertiefen, der »Presserat« nimmt den Kontakt zur Medienöffentlichkeit in die Hand und der »Kulturrat« sorgt für abendliche Unterhaltung. Täglich erscheint eine Streikzeitung, »Besetzt«, mit aktuellen Informationen, Einschätzungen und Kommentaren, eine Videozeitung wird stündlich in der Rostlaube gezeigt (und soll demnächst ins Russische übersetzt und auf einem Filmfestival in Leningrad gezeigt werden).

Alles folgt dem Gedanken der Basisdemokratie, selbst die »Räte« haben keine Entscheidungsbefugnis, die Delegierten sollen lediglich die Beschlüsse und Vorschläge der Plena in den einzelnen Fachbereichen zusammenbringen. Vollversammlungen der gesamten FU finden alle zwei oder drei Tage statt, auch dort wird jedoch nichts entschieden, sie haben eher den Charakter riesiger Informations- und Akklamationsveranstaltungen. Statt »alle Macht den Räten« heißt es nun »alle Macht den Fachbereichen«, die GermanistInnen oder BiologInnen repräsentieren erst in zweiter Linie bestimmte Studieninhalte, sie werden als Fachbereiche zu politischen Machtfaktoren. Ein Graben tut sich allmählich auf zwischen

Geisteswissenschaften als den politischen Vorreitern und vielen Naturwissenschaften als der kritischen Masse in Sachen Streik.

Die Trägheit und Komplexität einer solchen basisdemokratischen Struktur bekommen die Streikenden bald zu spüren: In tagelangen Diskussionen, in denen viele mangels konkreter Ergebnisse die Nerven verlieren, geben sich die »Räte« eine Art eigener Verfassung: Beschlußfähig ist der Besetzungsrat erst dann, wenn mindestens zwei Drittel der Delegierten verbindliche Voten aus ihren Fachbereichen mitbringen. Ein aufschiebendes Vetorecht wird eingeführt, längere Auseinandersetzungen gibt es in dieser Streikphase vor dem »Unimut«-Kongreß auch darum, ob der Frauenvollversammlung eine Stimme gewährt werden soll. Die Bewegung stagniert, Kräfte gehen verloren. Es fällt, auch mangels sonstiger politischer Erfahrung schwer, den Rahmen, der durch den Streik und die Besetzungen geschaffen wurde, mit neuen Inhalten und Perspektiven zu füllen. Die allgemeine Ratlosigkeit in den neu geschaffenen Gremien macht es manchen sehr leicht, den gesamten Prozeß gezielt zu blockieren.

Verschiedene Register wie Veto, Mehrheitsentscheidung oder Konsensprinzip werden nach rein funktional-taktischen Kriterien gezogen. Formal noch demokratische Entscheidungsmodelle wie das Konsensprinzip verkommen zu undemokratischen Obstruktionsinstrumenten an Punkten, wo unter den StudentInnen nicht annähernde Übereinstimmung, ja nicht einmal Klarheit über längerfristige strategische Ziele besteht. Eine Tendenz, sich jeweils für pragmatische Lösungen zu entscheiden, bildet sich heraus. Um der Ineffizienz und dem Leerlauf zumindest scheinbare Erfolge entgegenzusetzen, setzen die BesetzerInnen sich selbst unter den Zwang, immer mehr Entscheidungen pro Zeiteinheit zu fällen. Autoritäre Entscheidungsmodelle und sogar die Einführung eines freien – also nicht imperativen – Mandats in den »Räten« werden wieder diskutierbar. Auch unter der Hand kommt einiges in Bewegung:

Während im Besetzungsrat gerade erste Überlegungen zur Bildung einer zentralen – also demokratisch kontrollierten – Kommission für Verhandlungen mit dem Senat über die studentischen Forderungen einlaufen, werden in den Fachbereichen ganz andere Fakten geschaffen. ProfessorInnen und Universitätsleitung sind schnell dahintergekommen, daß die Bereitschaft zu informellen Gesprächen und Mauscheleien an manchen Instituten proportional zum Frust in den »Räten« wächst, und genau dort bringen sie gezielt ihre Offerten ein.

Angeboten wird meist eine Minimallösung in Sachen Mitbestimmung: eine viertelparitätisch besetzte Kommission auf Fachbereichsebene, die lediglich Empfehlungen an den offiziellen Fachbereichsrat weiterleiten kann, der mit nur 2 studentischen von insgesamt 11 Stimmen weiter bestehen bleibt.

Selbst bei den PolitologInnen am Ingrid-Strobl-Institut (ISI), die zum radikaleren Flügel der Streikbewegung gehören, gelingt es den DozentInnen, sich mit diesem Angebot wieder Zugang zu ihren Büros zu verschaffen, von denen sie bis kurz vor Weihnachten zwei Wochen lang ausgesperrt waren. »Als DozentInnen sind sie VertreterInnen eines Systems, dessen Grundlagen Selektion, Leistung und Hierarchie sind. Auch der vorgegebene 'linke' Anspruch von Teilen des Leerkörpers wird angesichts ihrer objektiven Rolle im HERRschenden Wissenschaftsbetrieb zur Farce«, so hatten die PolitologInnen die Abriegelung ihres Instituts in einem Flugblatt selbstbewußt begründet. Doch nachdem Dekan Gerhard Kiersch brieflich zu einer offiziellen Vollversammlung eingeladen hat, auf der das Mitbestimmungsangebot geschickt mit Räumungsdrohungen verknüpft wurde, beteiligten sich auch StudentInnen an den Diskussionen, die als StreikgegnerInnen bislang zu Hause geblieben waren. Sie setzten die Öffnung des Institutsgebäudes für Lehrkräfte schließlich in einer Abstimmung durch, an der viele ISI-BesetzerInnen gar nicht teilnahmen, da sie auf Konsensentscheidungen beharrten. Daraufhin überließ die linke Fraktion ReformistInnen und ProfessorInnen das Feld und zog sich frustriert in den Keller des Nebengebäudes zurück.

Mit der kategorischen Ablehnung des Dialogs mit den ProfessorInnen standen die ISI-StudentInnen ohnehin ziemlich alleine da. An den meisten Instituten dürfen Lehrkräfte an den Vollversammlungen teilnehmen und auch mitdiskutieren. Auch der von den StudentInnen in der ersten Streikwoche entwickelte, vierzehn Punkte umfassende Forderungskatalog wurde in erster Linie schnell aufgestellt, um die Protestaktionen vor den Profs und der Öffentlichkeit zu legitimieren, lange bevor die StudentInnen sich selbst über die Ursachen ihres Unmuts klargeworden waren. Entsprechend uneins war man sich anschließend über den Umgang mit den eigenen Forderungen und ihre Gewichtung. Die pragmatische Strömung betrachtete sie als wörtlich zu nehmenden Lösungsvorschlag und hätte am liebsten sofort die Verhandlungen über einzelne Punkte in die Wege geleitet. Für andere stellt der Forderungskatalog nur eine Grundlage für die Fortsetzung des Streiks und vor allem für die Vertiefung der inhaltlichen Diskussion dar, sie denken gar nicht an praktische Umsetzung.

Der Umgang mit Frauen und ihren Forderungen in der »Befreiten Universität« verdeutlicht, daß viele Entwicklungen sich lediglich auf formaler, ja verbaler Ebene abspielen und das tatsächliche Bewußtsein der meisten weit hinter dem offiziellen Konsens zurückbleibt. Noch nie wurde so sehr auf weibliche Endungen in Wort und Schrift geachtet wie seit der Besetzung der Universität. Plötzlich gibt es auf Flugblättern, in Zeitungen und Redebeiträgen StudentInnen, DozentInnen, ja sogar PolizistInnen. Wer in den alten Sprachgebrauch zurückfällt und die Innen vergißt, wird umgehend gemaßregelt. Diese Selbstverständlichkeit verhindert jedoch keineswegs, daß Frauen, die auf Vollversammlungen feministische Inhalte einklagen, mit Zwischenrufen wie »Emanzen raus!« quittiert und mit Pfiffen vom Mikrophon verabschiedet werden.

Seitdem Frauen an den besetzten Instituten eigene Räume und Cafés beanspruchen, wird ihnen der Vorwurf gemacht, »die Bewegung spalten« zu wollen. Auch der Frauenblock auf der Demonstration am 13.12.88 war ununterbrochen Beschimpfungen, Drohungen und immer wieder dem Spaltungsvorwurf ausgesetzt und mußte in handgreiflichen Auseinandersetzungen seine Stellung an der Spitze des Zugs verteidigen.

Noch viel Unmut

Aus der Notwendigkeit, den Protest nach der Weihnachtspause wieder zusammenzuführen und ihm neue Kraft zu verleihen, entstand die Idee, kurz vor dem Wiederbeginn der Vorlesungszeit einen großen StudentInnenkongreß in Westberlin zu veranstalten. Der »UNIMUT«-Kongreß, der vom 6. bis zum 9. Januar nach nur dreiwöchiger Vorbereitungszeit mit rund 5000 TeilnehmerInnen aus dem In- und Ausland stattfand, bot auch die Gelegenheit, eine Zwischenbilanz des Protests zu ziehen. Das Selbstverständnis und die Perspektiven wurden unter anderem auch mit StudentInnen aus Spanien und Frankreich diskutiert, die von ihren Protesten im Winter 1986/87 berichteten.

Die Selbsteinschätzungen der StudentInnen fallen sehr unterschiedlich aus: Sie schwanken zwischen Selbstüberschätzung – als hätten sie durch Streiks und Besetzungen die alten universitären Herrschaftsstrukturen nicht nur vorübergehend weggedacht, sondern auf immer abgeschafft – und dem weitgehenden Verzicht auf allgemeinpolitische Inhalte, begründet mit der angeblich notwendigen Rücksicht auf die »Unpolitischen«, die noch überzeugt werden müßten. Diese verbreitete Position verhinderte vor allem die Festigung und den Ausbau des labilen Minimalkonsenses.

Der Kongreß hat auch die kritische Reflexion mancher studentischer Forderungen ermöglicht. So wurde thematisiert, daß Interdisziplinarität an sich auch einen Modernisierungsschub des Ausbildungsbetriebs entlang den Verwertungsinteressen des Kapitals bedeuten kann; daß auch »kritische Wissenschaft«, solange Art und Inhalt der Kritik nicht benannt werden, stabilisierend wirken kann; schließlich, daß eine »demokratische Universität« reine Fiktion ist, solange die gesellschaftlichen Verhältnisse unangetastet bleiben. Diese Erkenntnis, auf die alle Arbeitsgruppen zum Thema »Universität und Gesellschaft« gekommen waren, brachte für viele den Schritt über ein rein ständisches Selbstverständnis hinaus. In einem Redebeitrag der StudentInnen am letzten Kongreßtag heißt es: »Die Universität kann als Institution dieser Gesellschaft nur der Ort, nicht aber das Ziel unseres Widerstands sein. Wir müssen erkennen, daß wir als StudentInnen selbst einen Beitrag zur Herrschaftssicherung leisten, und diesen Beitrag in Zukunft verweigern«. Statt dessen solle die Vernetzung mit den gesellschaftlichen Gruppen gesucht werden, die sich bereits im Widerstand befinden.

Doch das aktive linksradikale Spektrum, seit fast zwei Jahren durch die Anti-IWF-Vorbereitungsarbeit auf Internationalismus eingeschworen, sah in den studentischen Auseinandersetzungen offensichtlich kein lohnendes Betätigungsfeld. Wichtige Erfahrungen gerade aus der Zusammenarbeit sehr unterschiedlicher Gruppen in der Anti-IWF-Kampagne wurden so nicht weitergegeben. Es kam noch nicht einmal zu einer praktischen Unterstützung der in militanten Auseinandersetzungen weitgehend unerfahrenen StudentInnen in ihrer harten Konfrontation mit der Westberliner Polizei. Dieses behäbige Zurücklehnen, das unter Verweis auf die weitgehend reibungslose Integration der 68er Generation studentische Proteste heute und für immer als von vornherein staatstragend abqualifiziert, ist ein Grund dafür, daß es nicht gelang, die gesellschaftspolitischen Ansätze der Streikbewegung gegenüber den ständischen Elementen in den Vordergrund zu rücken. Dabei bieten gerade die modernisierten Universitäten genügend Möglichkeiten, die bekannte Begrenztheit eines studentischen Protests zu überwinden: Sie sind nicht nur Stätten der Lehre, sondern in ihren Instituten wird auch von der Wirtschaft finanzierte, hochbrisante Forschung auf dem Gebiet beispielsweise der Gentechnologie betrieben.

konkret 02/89, S. 22

Günter Amendt

Es klärt auf - II

Am 14.12.88 hat die Volkskammer der DDR den Homosexualitätsparagraphen des DDR-Strafgesetzbuches ersatzlos gestrichen. Eine Woche später hat der Sexualwissenschaftler Günter Amendt in einem Gespräch mit dem Hamburger »ok-Radio« auf die Bedeutung dieser Entscheidung hingewiesen. KONKRET dokumentiert das Interview leicht gekürzt

Beginnen wir mit der juristischen Seite. Um welche Paragraphen handelt es sich, und wie lautet die Neufassung?

Betroffen von der Strafrechtsänderung sind die Paragraphen 149, 150 und 151 des StGB der DDR. Ersatzlos gestrichen wurde der Paragraph 151. Er lautete: »Ein Erwachsener, der mit einem Jugendlichen gleichen Geschlechts sexuelle Handlungen vornimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung bestraft.« Korrigiert bzw. neu gefaßt wurden die Paragraphen 149 und 150, die die Ausnutzung eines Erziehungs-, Ausbildungs- oder Obhutsverhältnisses, mit anderen Worten: sexuelle Beziehungen mit Abhängigen unter Strafe stellen. Bisher wurden heterosexuelle bzw. homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen unterschiedlich behandelt. Jetzt – genau ab 1.7.89 – wird der Jugendschutz so gefaßt, daß nur noch von *Jugendlichen* die Rede ist, egal ob sie hetero- oder homosexuell empfinden. Begriffe wie »homosexuell« oder »gleichgeschlechtlich« tauchen im Strafrecht der DDR nicht mehr auf.

Das – in der Tat – ist die Einlösung einer Menschenrechtsforderung, denn die Bestrafung von Homosexuellen, ja schon die Strafandrohung, ist eine schwere Verletzung von Menschenrechten, egal in welchem Land, egal auf welchem Kontinent, egal in welchem gesellschaftlichen System.

Da drängt sich der Systemvergleich geradezu auf. Wie ist diese Strafrechtsreform in der DDR aus bundesdeutscher Sicht zu werten?

In der BRD werden mit dem Fortbestehen des Paragraphen 175 die Menschenrechte von Homosexuellen weiterhin verletzt. Die Abschaffung dieses Paragraphen, nicht nur von Homosexuellen-Organisationen, sondern auch von fast allen bundesdeutschen Sexualwissenschaftlern seit Jahren gefordert, konnte bisher nicht durchgesetzt werden. Das ist am Widerstand von CDU/CSU und SPD und am Opportunismus der FDP gescheitert.

Könnte die Strafrechtsreform in der DDR Rückwirkungen auf die Gesetzgebung in der BRD haben?

Das ist nicht auszuschließen. Bereits einmal hat sich der Gesetzgeber in der BRD an eine Reform des Sexualstrafrechts in der DDR drangehängt. Das war 1969. Erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick in die Geschichte des Homosexualitätsparagraphen, um die Bedeutung der DDR-Reform klar zu machen: Bereits in der Weimarer Republik gab es Bestrebungen, den Paragraphen 175 abzuschaffen. Hinter diese Forderung stellten sich nicht nur fast alle namhaften Kulturschaffenden jener Zeit, sondern auch die Parteien der Arbeiterbewegung: SPD und KPD.

Der Versuch scheiterte. Die Nazis haben 1935, zwei Jahre nach der Machtergreifung, den Paragraphen verschärft. Doch bereits 1950 wurde die verschärfte Fassung in der DDR zurückgenommen. Am 1.7.1968 entfiel auch diese Fassung, und es kam zu jener Fassung des Paragraphen 151, die nun – zwanzig Jahre später – endgültig gestrichen wurde.

Dieser Paragraph 151 mit seinem besonderen Jugendschutz für Homosexuelle ging von der »Verführungstheorie« aus, derzufolge Jugendliche besonders schutzbedürftig sind, weil sie zur Homosexualität verführt werden könnten. Eine unsinnige Theorie. Es gibt keine Verführung zur Homosexualität. An der Widerlegung dieser »Theorie« hat sich auch die Sexualwissenschaft der DDR beteiligt und damit die Grundlage für die endgültige Abschaffung des Homosexualitätsparagraphen geschaffen.

Um den Gleichheitsgrundsatz bzw. die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau auch im Sexualstrafrecht durchzusetzen, leisteten sich die DDR-Reformer 1968 eine besondere Pointe. Sie verschärften, wenn auch nur formal, den neuen Paragraphen 151, so daß von nun an auch Frauen, die es mit Mädchen unter 18 Jahren trieben, von Strafe bedroht waren, während das heterosexuelle Schutzalter allgemein auf 16 Jahre festgelegt wurde. Das ist nun vorbei. In der DDR. Hier jedoch – in der BRD – bleibt der Restparagraph, der noch immer die Nummer 175 trägt; nicht anders als zur Nazizeit, wo unter Berufung auf den 175 Homosexuelle in KZs verschleppt und umgebracht wurden.

Es ist zu hoffen, daß sich nun auch im Bundestag eine Mehrheit findet, die es der Volkskammer der DDR nachtut.

Sie sagen, die Streichung des Homosexuellen-Paragraphen sei bedeutsam auch im internationalen Vergleich.

Ja, und zwar in alle Himmelsrichtungen. Wir wissen, daß in England die Schraube angezogen wird und Homosexuelle verstärkt diskriminiert werden. Ähnliches ist auch aus einigen US-Bundesstaaten zu berichten. Und Bayern würde, wenn es könnte... Frau Thatcher wird von der DDR-Reform nicht zu beeindrucken sein. Da muß der Druck schon aus dem Lande selbst kommen.

Nicht unterschätzen sollte man die Auswirkungen dieses Reformwerkes auf die sozialistischen Staaten. Ich denke hier vor allem an die Sowjetunion und Kuba. Denn diese Reform in der DDR ist nicht nur juristisch beispielhaft, sie wird begleitet von einer Homosexualitäts-Diskussion, die ein beachtliches theoretisches Niveau hat. Das wird auch Wissenschaftler in anderen sozialistischen Staaten nicht unbeeindruckt lassen. Und da besteht – insbesondere in der Sowjetunion, aber auch in Kuba – ein erheblicher Nachholbedarf.

Gewöhnlich hat, wenn eine Strafrechtsreform vorbereitet wird, die Rechtspraxis das zukünftige Gesetz schon vorweggenommen. Welche praktische Bedeutung hatte denn der Paragraph 151 in der DDR noch ?

So viel ich weiß, wurde der Paragraph 151 gegen Frauen nie angewandt. Aber auch gegen Männer kam es kaum noch zu Anklageerhebungen. Als es dazu kam, und ein 3ljähriger wegen »sexuellen Mißbrauchs eines Jugendlichen« verurteilt wurde, hob das oberste Gericht der DDR das Urteil auf mit der grundsätzlichen Bemerkung, »daß Homosexualität ebenso wie Heterosexualität eine Variante des Sexualverhaltens darstellt. Homosexuelle Menschen stehen somit nicht außerhalb der sozialistischen Gesellschaft, und die Bürgerrechte sind ihnen wie allen anderen Bürgern gewährleistet.«

Damit hatte die Abschaffung des Paragraphen 151 wohl mehr symbolischen Wert?

Das kann man so sehen, wobei man die Macht von Symbolen nicht unterschätzen sollte. Wo es ein Recht gibt, gibt es immer auch eine Rechtserziehung. Das DDR-Strafrecht wird jedenfalls zukünftig zur Fehlerziehung – sprich Vorurteilsbildung gegenüber Homosexuellen – nicht mehr beitragen. Und das ist eine Errungenschaft.

Aber Vorurteile werden bleiben auch nach der Strafrechtsreform. Was geschieht in der DDR im Kampf gegen Vorurteile?

Man sollte die Frage ausweiten: Was geschieht im Kampf gegen Vorurteile und für die Emanzipation der Homosexuellen? Denn das muß das Ziel sein: Emanzipation. Sonst ist die Strafrechtsreform nichts wert.

Es geschieht einiges. Wie gesagt: Es gibt eine Homosexualitätsdiskussion. Gerade wurde ein Dokumentarfilm präsentiert, klar in der Aussage, eindeutig auf seiten der Homosexuellen. Ein Spielfilm ist bei der Defa in Arbeit. Thema: Leben und Probleme eines homosexuellen Lehrers, der mit einem Schüler eine Beziehung eingeht. Das Jugendradio DT 64 hat zwei hervorragende Sendungen zum Thema produziert. Homosexuelle kamen darin ausführlich zu Wort. Auch das Fernsehen hat sogenannte Betroffene zu Wort kommen lassen. Es ist auch ein Buch mit dem bombastisch-bescheidenen Titel »Homosexualität« erschienen. Wissenschaftlich ein totaler Flop. Es wird eben über Homosexualität nicht nur diskutiert in der DDR, es wird teilweise äußerst kontrovers diskutiert. Und das erwähnte Buch wurde in einer Preislage verrissen und wissenschaftlich auseinandergenommen, daß man einfach nur zustimmen kann.

Auch die Arbeiten des Hormonforschers Günter Dörner, der die DDR-Sexualwissenschaften international in Verruf gebracht hat mit seiner Gier, Homosexualität mittels Hormongaben wegzuspritzen, werden heftig kritisiert von Betroffenen, von Wissenschaftlern und von betroffenen Wissenschaftlern. Ich bin nach einem Gespräch beim ZK der SED davon überzeugt, daß Dörners Bemühungen, Homosexualität hormonell »abzuschaffen«, dort weder unterstützt noch gefördert werden. Auch nicht zugelassen. Im Frühjahr wird beim Aufbau-Verlag und bei Luchterhand ein Protokollband erscheinen. Biographien von Homosexuellen in einer Altersspanne zwischen 86 und 23 Jahren. Spannend!

Ich selbst werde ebenfalls im Frühjahr die wichtigsten Beiträge zweier wissenschaftlicher Tagungen – in Leipzig 1985 und Karl-Marx-Stadt 1987 – bei Pahl-Rugenstein herausgeben. Ebenfalls spannend. Es geschieht einiges.

Wie leben Homosexuelle in der DDR? Welche Möglichkeiten haben sie, ihre Homosexualität öffentlich zu machen? Wo können sie sich treffen? Gibt es Kneipen, Klappen, Kontaktanzeigen?

Es gibt alles, und im Falle von Kneipen und Treffpunkten alles zu wenig. Ich kann in einem solchen Gespräch nicht auf alle Details eingehen. Die Diskussion jedenfalls kennt keine Tabus. Auf den beiden erwähnten Tagungen wurde über alles gesprochen, referiert und reflektiert: Klappensex, Promiskuität, Partnerschaftsanzeigen, die Situation am Arbeitsplatz, in der Familie und in der Nationalen Volksarmee (NVA).

Die Streichung des Paragraphen hat natürlich zur Folge, daß Homosexuelle beispielsweise bei der Wohnungsvergabe nicht benachteiligt werden dürfen. So hat der Rat der Stadt Berlin in einem Erlaß festgelegt, daß homosexuelle Lebensgemeinschaften gegenüber heterosexuellen nicht benachteiligt werden dürfen. Mit anderen Worten: Ein homosexuelles Paar kann als homosexuelles Paar entsprechenden gemeinsamen Wohnraum beanspruchen.

Wie es scheint, gibt es aber noch immer große Widerstände, wenn Homosexuelle sich öffentlich treffen wollen zu Kulturveranstaltungen, Tanzveranstaltungen, egal was. Besonders staatliche Einrichtungen stellen sich oft stur. Anders die evangelische Kirche: Sie hat Homosexuellen Räume zur Verfügung gestellt, Treffpunkte angeboten.

Es gab Widerstände, es gibt Widerstände, und es wird noch lange Widerstände geben. Die DDR-Gesellschaft ist so straff nicht durchorganisiert, wie manche sich das vorstellen. Bei der Raumvergabe oder bei der Zulassung von Veranstaltungen entscheiden Provinzfürsten eigenmächtig und nicht selten von ihren Vorurteilen geleitet.

Ich will nicht darüber streiten, ob die evangelische Kirche ihre Räume »zur Verfügung« stellte, oder nicht vielmehr entschlossene Homosexuelle sich den Freiraum innerhalb der Kirche erobert haben. Unbestreitbar ist, daß es Pfarrer gab und gibt, die engagiert für die Rechte von Homosexuellen eintreten mit allen Konsequenzen und allen Möglichkeiten, die das Pfarramt bietet. Doch deren Rolle innerhalb der DDR-Kirche ist nicht unumstritten. Auch in der DDR-Kirche gibt es stockreaktionäre Evangelikale, die in der Homosexualität einen teuflischen Mißbrauch des Sexuellen sehen.

Lange hat sich die FDJ – der Jugendverband der DDR also – um die Frage herumgedrückt, wie er mit der Homosexualitätsfrage umgehen bzw. sich gegenüber Schwulen und Lesben in den eigenen Reihen verhalten soll. Da ist ein bemerkenswerter Kurswechsel zu registrieren. Schon seit einiger Zeit gibt es den »Sonntags-Club« in der Hauptstadt, aber auch in anderen Städten gibt es Homosexuellen-Clubs innerhalb der FDJ-Clubarbeit.

Aber das Vorurteil sitzt tief und fest auch in den Köpfen der DDR-Bevölkerung. Die Streichung des Paragraphen 151 ist politisch konsequent, mutig vor dem Hintergrund der Aids-Diskussion und bedeutsam auch im internationalen Vergleich. Die Emanzipation der Homosexuellen wird, wenn sie gelingt, eine Emanzipation der gesamten DDR-Gesellschaft sein. Eine Strafrechtsreform ist nur eine Etappe in diesem Emanzipationsprozeß. Was Günter Grau, Wissenschaftler, Homosexueller und DDR-Bürger, in einem Kommentar zum Urteil des obersten Gerichts sagte, paßt als Kommentar auch zur Streichung des Homosexualitätsparagraphen: »Auch in Zukunft sollte der Diskurs über Veränderungen nicht im Elfenbeinturm juristischer Selbstbescheidung, sondern unter Einbeziehung von Schwulen und Lesben stattfinden.«

konkret 02/89, S. 24

Ludger Weß

Aktion »Lebensqualität«

Ein neues Forschungsprogramm der EG soll der »prädiktiven Medizin« zum Durchbruch verhelfen und die Qualität der europäischen Bevölkerung entscheidend verbessern: Nach dem Vorbild der HIV-Tests sollen genetische Reihenuntersuchungen gesundheitliche Risiken prognostizieren und die Überträger von Erbkrankheiten ausfindig machen. Die Bundesregierung hat ihre Zustimmung bereits gegeben.

Biologie als Schicksal?

Am 29.12.1949 hielt der amerikanische Genetiker und Nobelpreisträger Hermann Joseph Muller auf einem Genetiker-Kongreß eine Grundsatzrede über die biologische Zukunft des Menschen und die daraus erwachsenden Aufgaben der Genetik. Muller warnte, bereits in wenigen Generationen werde die Menschheit in einem »Ozean von Auflösungserscheinungen und Gebrechen« untergehen, wenn sie sich nicht daran mache, ihre biologische Zukunft wissenschaftlich zu steuern. Bereits jetzt trage jeder Mensch eine »genetische Bürde« von mittlerweile acht schädlichen Genen mit sich herum, weil die natürliche Auslese in der modernen Zivilisation abgeschafft sei. Diese Gene, so Muller, seien beispielsweise dafür verantwortlich, daß jemand früh vergeßlich oder zum Rheumatiker wird, Bluthochdruck oder Krebs bekommt oder ganz einfach wenig belastbar ist.

Von den meisten Menschen werde diese Bürde freilich gar nicht verspürt oder ganz einfach den Lebensumständen zugeschrieben. Aufgabe der Genetik müsse es sein, Mediziner und Laien auf die Bedeutung der Gene für das Entstehen von Krankheiten hinzuweisen. Vor allem aber müsse man durch »umsichtiges und effizientes Herausgreifen« von Individuen mit besonders hohen genetischen Belastungen ein weiteres Anwachsen der »genetischen Bürde« verhindern: Mindestens drei Prozent der Bevölkerung müsse man »von der Fortpflanzung eliminieren«.

Damals waren die Genetiker noch weit davon entfernt, ein Instrumentarium zu besitzen, mit dem Träger und Überträger von »schädlichen« Genen und Genkombinationen hätten definiert werden können. Seit Mullers Rede hat sich die Genetik allerdings in atemberaubendem Tempo entwickelt. Der Durchbruch kam im Jahre 1953 mit der Beschreibung der Struktur des genetischen Materials, der DNS (= Makromolekül, das den genetischen Code für Wachstum und Vermehrung der Zellen enthält). Schlüssel zum Verständnis war die Anordnung von vier verschiedenen Grundbausteinen der DNS. Deren Abfolge, so lehrt die Molekulargenetik, macht die genetische Information, das Erbgut eines Organismus aus. Aus der Struktur der DNS können ferner Modellvorstellungen darüber abgeleitet werden, wie diese genetische Information in den Zellen benutzt, verdoppelt und verändert wird. Seit den sechziger Jahren sind die Molekulargenetiker in der Lage, den in der DNS-Struktur festgehaltenen »Text« zu lesen, und am Beginn der 70er Jahre wurden Möglichkeiten entdeckt, einzelne Gene unversehrt aus der DNS herauszuschneiden und in andere Organismen zu übertragen.

Die Pioniere der Molekulargenetik waren von Anfang an davon überzeugt, daß nicht nur sämtliche genetischen Vorgänge, sondern die Vielfalt des Lebens schlechthin auf die in der DNS festgeschriebene genetische Information zurückgeführt werden könne. »Nun können wir den Menschen definieren«, triumphierte bereits 1962 der 37jährige Genforscher und Nobelpreisträger Joshua Lederberg, und reduzierte ihn auf »I,80 Meter einer besonderen Molekülsequenz – der Länge der DNS, die eng gewunden im Zellkern des Eis ruhte, aus dem er hervorgegangen ist«. Das Ziel seiner Forschergeneration, so erläuterte Lederberg, sei die »Ausübung verantwortungsvoller Macht in biologischer Konstruktionstechnik«. Man werde in einigen Jahrzehnten nicht nur in der Lage sein, »die erwünschten Gene ... zu erkennen, auszusondern und zu integrieren«, sondern darüber hinaus auch korrigierend in die vorgeburtliche Entwicklung des Menschen, in seine Alterungsprozesse und Lernvorgänge eingreifen können und müssen. Lederberg war damit über den von Muller vorgetragenen Anspruch weit hinausgegangen und hatte die grenzenlose Zurichtung des Menschen zum Programm erhoben – ein Programm, das die Gen- und Reproduktionstechnologie der 80er und 90er Jahre Stück für Stück einzulösen beginnt.

Inzwischen hat das Menschenbild der Mullers und Lederbergs auch in Medizin und Sozialwissenschaft Fuß gefaßt. Die Medizin verdrängt massiv die soziale Dimension von Krankheit und stellt auch bei weit verbreiteten Alltagsleiden wie Herz/Kreislauf-Erkrankungen, Magengeschwüren, Zuckerkrankheit usw. die genetische Komponente in den Vordergrund. In verstärktem Maße gilt dies für Allergien und andere Krankheitserscheinungen, die durch Belastung mit Giftstoffen aus der Nahrung, am Arbeitsplatz usw. hervorgerufen werden. Ein neuer Zweig der Genetik, die »Ökogenetik«, beschäftigt sich damit, derartige Vergiftungserscheinungen als Problem der Betroffenen zu erklären: Als Ursache gilt die mangelnde Fähigkeit der Erkrankten, mit den Giftstoffen fertig zu werden.

Auch die Psychiatrie greift verstärkt auf biologische Erklärungen zurück, seit die Humangenetik für eine Vielzahl von psychischen Erkrankungen DNS-Abschnitte vorweist, die für das jeweilige Krankheitsbild typisch sein sollen. Auch vielfältige und schwer abzugrenzende psychische Störungen wie die Schizophrenie werden mittlerweile mit dem Vorhandensein eines oder mehrerer Gene erklärt und selbst Phänomene wie Spielsucht, Alkolhol-Abhängigkeit oder mangelnde Konzentrationsfähigkeit bei Fließbandarbeiten auf ererbte Stoffwechsel-Besonderheiten zurückgeführt. Solche

Deutungen klammern gesellschaftliche Ursachen aus der Betrachtung psychischer Erkrankungen nunmehr völlig aus. Darüber hinaus verspricht die psychiatrische Genetik die billige chemische Therapie für alle psychischen Erkrankungen, wenn diese einmal mit Stoffwechsel-Defekten erklärt sind.

Die Soziobiologie schließlich erhebt den Anspruch, menschliches Verhalten restlos und einzig auf genetischer Grundlage zu erklären. Soziologie und die anderen sozialen Wissenschaften sollen in die Biologie einbezogen werden: Führende Soziobiologen bedauern, daß »Philosophie und die als Geisteswissenschaften bezeichneten Fächer immer noch so gelehrt werden, als habe Darwin niemals gelebt.« Für sie sind Lebewesen, der Mensch eingeschlossen, eine bloße Überlebensmaschine für Gene, und alle menschlichen Verhaltensweisen sind Produkt seiner »egoistischen Gene« – so der Titel eines Bestsellers der Soziobiologie. Ihre eingeschworensten Vertreter schließen dementsprechend jede Freiheit ethischer Entscheidungen oder kultureller Entwicklungen kategorisch aus.

Projekt »HUGO«

Bisher können die Genetiker ihre Behauptungen über die Vererbung von Zivilisationskrankheiten, von psychischen oder sozialen Verhaltensweisen kaum belegen: Statistische Untersuchungen an Familien und Zwillingen sind bislang noch immer ihre argumentative Hauptstütze. Nach dem Verständnis der Molekulargenetik ist es für den »harten« Beweis nötig, die entsprechenden Gene des Menschen ausfindig zu machen und ihre Wirkungsweise zu verstehen. Bisher aber, so geben die Genetiker zu, sei über Anordnung und Funktionsweise der menschlichen Gene nicht mehr bekannt als man im 15. Jahrhundert über die menschlichen Organe gewußt habe.

Hier setzt die Genforschung zur Zeit international zum großen Sprung an. Theoretisch ist es nämlich mit den Mitteln der Gentechnologie heute möglich, die Reihenfolge der DNS-Bausteine im menschlichen Erbgut zu bestimmen, Karten anzulegen, aus denen die Lage der bereits bekannten Gene hervorgeht und ganze »Genbibliotheken« zu schaffen, mit denen bisher unbekannte Gene rasch zu identifizieren und zu lokalisieren wären. Darüber hinaus stünden dann eine Vielzahl von neuen »genetischen Sonden« bereit, mit denen im Erbgut eines Individuums nach einem bestimmten Gen gefahndet werden kann. Einige hochkarätige Molekular- und Humangenetiker begannen daher in den achtziger Jahren, für die Umsetzung eines solchen Programms zu werben und gründeten schließlich eine Vereinigung mit dem Namen *HUGO – Human Genome Organization,* um derartige Vorhaben international zu propagieren und zu koordinieren. Die westlichen Industrienationen, allen voran die USA, haben inzwischen die Bedeutung eines solchen gigantischen Projektes erkannt und mit der Planung und Finanzierung begonnen.

Zwei Ziele werden damit verfolgt. Zum einen erhofft man sich davon eine neue Ära der Medizin: Diagnosen könnten direkt aus der genetischen Beschaffenheit des Patienten gestellt werden, und zwar bereits bevor eine Krankheit zum Ausbruch kommt, für eine Vielzahl von Krankheiten wären Ursachen und Mechanismen angebbar und damit neue Therapien und »Reparaturmöglichkeiten« in Aussicht. Möglicherweise, so schwärmen Humangenetiker, werde dann auch die Gentherapie möglich, also die Korrektur genetischer Defekte direkt am genetischen Material. Aufschluß erhofft man sich auch über die Ursachen von psychischen Störungen und abweichendem Verhalten. Das zweite Ziel besteht darin, mit einem derartigen Großprojekt der Gentechnologie auf breiter Ebene zum Durchbruch zu verhelfen: Neue Technologien, Industrien und Märkte sollen geschaffen werden.

So wird denn auch die Dimension eines solchen Vorhabens in den USA bereits mit dem Apollo-Programm verglichen. Lautete damals die Vorgabe für US-Wissenschaft und -Industrie, ein Raumfahrtprogramm zu schaffen, das seine Leistungsfähigkeit mit der Landung amerikanischer Astronauten auf dem Mond unter Beweis stellen sollte, so geht es heute darum, die komplette Reihenfolge der ca. 3 Milliarden Bausteine des menschlichen Erbgutes, des Genoms, bis zur Jahrtausendwende zu bestimmen und auf dieser Grundlage eine möglichst genaue Gen-Karte zu zeichnen. Die USA haben sich verpflichtet, dieses Projekt mit dem Titel »Kartieren und Sequenzieren des menschlichen Genoms« mit den notwendigen Mitteln zu versehen. Allein für 1988 wurden 50 Millionen US-Dollar vom amerikanischen Kongreß bereitgestellt. Nach Schätzungen des amerikanischen *National Research Council* werden sich die Kosten bis zum Jahr 2000 auf ca. 3 Milliarden Dollar belaufen. Unterstützt wird das Vorhaben auch von zahlreichen privaten Forschungseinrichtungen so z. B. dem *Howard Hughes Medical Institute,* das 1988 5 Millionen Dollar stiftete.

Nach den USA begann auch Japan mit einem ähnlichen Programm, das den Titel »Die Grenzen des Menschen« trägt. In Europa gab es bisher nur isolierte Anstrengungen, vor allem in Frankreich und Italien. Seit 1988 versucht die EG nun, mit einem europaweit koordinierten Projekt Anschluß an die internationale Entwicklung zu finden. So soll das EG-Programm denn auch »eine Europäische Antwort auf die internationalen Herausforderungen durch die großangelegten Forschungsprojekte der USA (Kartierung und Sequenzierung des menschlichen Genoms) und Japans (das 'Human Frontiers Science Program')« sein.

»Prädiktive Medizin«

Das Projekt trägt den Titel »Prädiktive (voraussagende) Medizin« und ist Teil einer EG-Aktion mit dem beziehungsreichen Titel »Lebensqualität«, die unter anderem ein »Europa der Gesundheit« herbeiführen soll. Es ist nicht ganz so ehrgeizig angelegt wie das amerikanische und soll etwa ein Zehntel kosten. Die Ziele sind mittelfristig und auf praktische Verwertung ausgerichtet. Ein Teil der Mittel geht an ein Pariser Institut, das bereits seit geraumer Zeit an einer Grobkarte des menschlichen Genoms arbeitet und mit dem EG-Geld rasch in der Lage sein wird, die Auflösung dieser Karte zu verbessern. Das zweite Teilprojekt betrifft die Einrichtung einer Bibliothek des menschlichen Genoms, die Bruchstücke der DNS von den Chromosomen des Menschen zig-tausendfach vervielfältigen und für Forschungszwecke kostenlos abgeben soll. Geplant ist ferner, die kommerzielle Gentechnik in Europa voranzubringen und sie international konkurrenzfähig zu machen.

Alles in allem zielt der technische Inhalt des Programms darauf ab, möglichst rasch eine Reihe von Genen zu identifizieren, die mit einer Krankheit in Zusammenhang stehen: Hieraus soll sich »eine verbesserte Voraussage der Disposition für ein Erkrankungsrisiko ergeben«. Sind derartige Gene ausgemacht, so lassen sich »genetische Sonden« herstellen, die dann für genetische Tests breit eingesetzt werden können: Der potentielle europäische Markt für derartige Sonden wird auf 2 bis 4 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt; verwendet werden sollen sie zur Kontrolle von Embryonen, in der Routinediagnostik und zu Reihenuntersuchungen. Ihre kommerzielle Vermarktung impliziert aber auch mit Sicherheit den nicht ausdrücklich erwähnten Einsatz in der Arbeitsmedizin oder bei Einstellungsuntersuchungen.

Diese Sonden sollen eine neue Ära der Medizin und Sozialpolitik einleiten. Ein Beispiel: »Wenn die Gene identifiziert worden sind, die mit einem erhöhten Risiko für die gängigen Krankheiten wie Herzkrankheiten, Diabetes und Arthritis in Verbindung stehen, wird sich die Möglichkeit zu Reihenuntersuchungen der Bevölkerung ergeben. In Westeuropa, mit einer Bevölkerung mit zunehmendem Durchschnittsalter und einem damit verbundenen stetigen Kostenanstieg im Gesundheitswesen, sind die Aussichten sowohl auf billigere Tests als auch auf frühzeitiges Eingreifen, wodurch eine Abnahme der Erkrankungshäufigkeit möglich wird, äußerst attraktiv.«

Allerdings: »Verbesserungen auf den Gebieten der Diagnose und der Risikovoraussage werden der Entwicklung therapeutischer Mittel unweigerlich vorausgehen, wodurch eine wachsende Diskrepanz zwischen Diagnose und Behandlung entstehen wird.«

Parallelen zur Anwendung der HIV-Tests, die ebenfalls Beispiele für »prädiktive« Medizin sind, drängen sich auf: In beiden Fällen geht es darum, in Reihenuntersuchungen Risikopersonen ausfindig zu machen. Ein positives Testergebnis bedeutet keinesfalls, daß die vorausgesagte Krankheit tatsächlich ausbrechen wird. Bemerkenswert ist auch, daß die genetischen Tests selbst dann eingesetzt werden sollen, wenn für das betreffende »Risiko« keinerlei Therapie verfügbar ist. Derartige »prädiktive« Medizin bedeutet – noch dazu mit der Vorgabe, im Gesundheitsbereich Kosten einzusparen – unweigerlich eine Stigmatisierung der herausgerasterten Menschen. Sie werden zum Opfer einer Prognose, zum Objekt medizinischer Kontrolle und administrativer Maßnahmen, sei es, daß man ihnen eine bestimmte Lebensweise aufnötigt, sie aus bestimmten Berufen oder sozialen Zusammenhängen ausgrenzt oder sie mit zusätzlichen Kosten belastet. Welche Versicherung wird jemanden aufnehmen, dem eine Prognose für Herz/Kreislauferkrankungen gestellt wird? Welche Firma eine Sekretärin einstellen, der die Genetiker eine Disposition für Rückenleiden bescheinigen?

Allerdings war es nicht die Parallele zu den HIV-Tests oder das Kalkül mit Hilfe der Feststellung von Erkrankungswahrscheinlichkeiten Sozialpolitik betreiben zu wollen, die in den bundesdeutschen Tageszeitungen gleich nach der Veröffentlichung des Programms große Aufregung hervorriefen. Empörung herrschte bis in Teile der CDU darüber, daß die Programmautoren hineinschrieben, was seit Jahrzehnten akzeptierte Lehre der Genetik ist, sich aber in Deutschland kaum noch ein Vertreter dieser Disziplin offen zu sagen traut: daß es nämlich die Genetik, zumal die Humangenetik, als ihre Aufgabe betrachtet, Eugenik zu betreiben. Der vielzitierte Passus lautet: Viele Störungen (angeführt werden Herzkranzgefäßerkrankungen, Zuckerkrankheit, Krebs, Allergien und schwere Psychosen) »sind darauf zurückzuführen, daß von der genetischen Struktur her anfällige Personen oder Populationen bestimmten Umweltbelastungen ausgesetzt sind; die Krankheitsverhütung wird davon abhängen, inwieweit die Belastung der Population oder, was wahrscheinlicher ist, der anfälligen Personen vermindert werden kann. Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß wir in der Lage sein werden, die umweltbedingten Risikofaktoren vollständig auszuschalten, ist es wichtig, daß wir soviel wie möglich über Faktoren der genetischen Prä-Disposition lernen und somit stark gefährdete Personen identifizieren können. Zusammengefaßt zielt prädiktive Medizin darauf ab, Personen vor Krankheiten zu schützen, für die sie von der genetischen Struktur her äußerst anfällig sind, und gegebenenfalls, *die Weitergabe der genetischen Disponiertheit an die folgende Generation zu verhindern«.*

Besondere Aufregung herrschte bei der SPD: Dieses Programm sei »eine neue Eugenik, eine Rassenhygiene nach dem Stand von Wissenschaft und Technik« und: »Niemals darf ein deutscher Minister seinen Arm heben, um einem derartigen Programm zuzustimmen.« Wohl wahr. Aber man sollte nicht vergessen, daß es der SPD-Ministerpräsident Johannes Rau war, der im Dezember 1986 dem Düsseldorfer Psychiater Herwig Lange den Landesverdienstorden anheftete, weil er sich genau um die jetzt in Brüssel propagierte Linie verdient gemacht hatte.

Lange befaßt sich mit der »Chorea Huntington«, einer erblichen Nervenkrankheit, von der in der BRD ca. 6000 Menschen betroffen sind und die bis heute nicht heilbar ist. Die Krankheit beginnt frühestens im 35. Lebensjahr und führt etwa 15 Jahre nach den ersten Anzeichen zum Tode. Seit einigen Jahren gibt es eine »genetische Sonde«, die mit etwa 90prozentiger Sicherheit bereits vor der Geburt oder in der Jugend feststellen kann, ob ein Mensch Träger dieser Krankheit ist oder nicht. Der amerikanische Genetiker James Gusella, der sie entwickelt hat, wandte sich aufgrund negativer Erfahrungen mehrfach energisch gegen die Verwendung seiner Sonde zu diagnostischen Zwecken: Etwa ein Viertel aller Patienten unternahm nach einer Frühdiagnose einen Selbstmordversuch. Auch die internationale Dachorganisation der Choreatiker-Selbsthilfe-Gruppen warnt vor dem leichtfertigen Einsatz dieser Tests.

Lange ficht dies nicht an. Er vertritt ein Konzept der »aktiven Beratung« von Menschen, in deren Familie die Krankheit bereits ein- oder mehrmals aufgetreten ist. In einem Schreiben oder einem Anruf konfrontiert er sie mit dem Verdacht, Risikoperson zu sein, und legt ihnen nahe, sich selbst oder eigene Kinder testen zu lassen. Sein Ziel ist es, »die Anzahl der Kranken durch rückläufige Geburtenziffern zu erniedrigen, so daß hier ein wesentlicher und volkswirtschaftlich wichtiger Beitrag der präventiven Medizin geleistet werden kann.« Lange griff für seine Arbeit darüber hinaus mehrfach auf Karteien und Sippentafeln zurück, die während der NS-Zeit über 130 Choreatiker-Familien angelegt wurden. Diese Datensammlungen – damals Grundlage für Vergasungs- und Sterilisationsaktionen gegen die Betroffenen – lagerten im Staatsarchiv der DDR in Potsdam, wurden von Lange dort mehrfach eingesehen und ausgewertet und sind inzwischen im Rahmen des deutsch-deutschen Kulturabkommens wieder ins Bonner Rheinische Landeskrankenhaus gekommen, an den Ort also, wo die Erfassungsaktion der Nazi-Eugeniker 1935 ihren Ausgang nahm. Als Lange 1987 im »Stern« wegen seiner Methoden und Absichten angegriffen wurde, verteidigte Rau diese ausdrücklich in einem Leserbrief. Langes Klage auf Schmerzensgeld, weil er in die Nähe nationalsozialistischer Rassenhygiene gestellt worden sei, wurde abgewiesen.

Lange macht unbehelligt weiter, und auch das EG-Programm hat gute Chancen, ab 1989 verwirklicht zu werden: Die Bundesregierung hat ihm grundsätzlich und uneingeschränkt zugestimmt, noch bevor die zuständigen Ausschüsse darüber berieten. Der Bundesrat, der im November über die Vorlage beriet, beschränkte sich darauf, eine Technologiefolgenabschätzung zu fordern und die Selbstkontrolle von Forschung und Industrie zu beschwören. Im Januar entscheidet das EG-Parlament.

Bemühungen, Menschen nach vorgeblich angeborenen Unterschieden und Veranlagungen zu sortieren, um soziale Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu rechtfertigen, Krankheit, Gesundheit, Erfolg und Versagen zu erklären, haben vor allem in Krisenzeiten Konjunktur. Insofern sind die Vorstöße der Genetik nichts Neues. Die Gefahr des gegenwärtigen biologischen Determinismus liegt aber vor allem darin, daß sich der Humangenetik durch neue Technologien – von der Gentechnik bis zur Computertechnologie, ohne die die Bearbeitung von Gen-Karten völlig unmöglich wäre – gänzlich neue Dimensionen zur Erforschung des menschlichen Erbmaterials erschließen. Aus dem derart zusammengetragenen Material erwächst eine ungeheure Definitionsmacht über Gesundheit, Krankheit, Normalität und Abweichung.

Das historische Beispiel der dreißiger Jahre sollte für die Beurteilung der wissenschaftlichen Entwicklungen in Medizin und Genetik immer wieder Anlaß zu äußerstem Mißtrauen sein. Die damalige Wirtschaftskrise verhalf in Deutschland zunächst einem kruden Biologismus zum Durchbruch. Daß daraus schon bald ein furchtbar wirkungsvolles Instrument zur Ausgrenzung und schließlich Vernichtung von »unerwünschten Ballastexistenzen« wurde, hat zu einem großen Teil die Genetik zu verantworten, auf deren Theorien auch die heutigen Genforscher noch aufbauen.

konkret 02/89, S. 28

Elisabeth Rieping

Sommerpflanzen

Steckt der Verfassungsschutz hinter den genetisch manipulierten Petunien oder in den Erbsen, die durch regulären pflanzlichen Geschlechtsverkehr zustande gekommen sind? Sollen die Namibierinnen lesbisch werden, oder dürfen ihre Partner Kondome benutzen, um ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden? Fragen, über die sich die Freundinnen der Roten Zora während ihres Kölner Treffens die Köpfe zerbrachen

Zum Bundestreffen der Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie am 3. Dezember 88 in Köln kommen keine Massen. Nur die Freundinnen der Roten Zora, die beim Frankfurter Kongress gegen Gen- und Reproduktionstechnik den bewaffneten Kampf nicht diskutieren durften, jedenfalls nicht öffentlich. Die wollten uns nicht dabei haben, klagen die nach und nach eingetrudelten Frauen, als das Plenum mit einer Stunde Verspätung anfangt.

Die Forderung, das Treffen »Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik« in »Frauen und Lesben gegen Gen-, Reprotechnik und Bevölkerungspolitik« umzubenennen, wird zunächst heftig diskutiert, versandet dann aber in Lustlosigkeit. Drei Themen stehen an: Eine Solidaritätsdemo für Ingrid, ein Freilandversuch mit Petunien am Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln und das Krähenpapier, ein Epos zum bewaffneten Kampf, mit dem es so nicht richtig weitergeht.

Mit der Solidaritätsdemo steht es auch nicht zum Besten. Essen oder Köln kommen in Frage, und von Essen kann frau nur abraten. Es gibt bloß öde Latschdemos, die bestenfalls den Verfassungsschutz auf die Beine bringen. Aktionsdemos laufen nicht. Frau will keine schwarze Petra an die Wand malen, aber mit Demos in Essen kann frau sich nur blamieren.

Die Kölnerinnen würden eine gemischte Demo organisieren, schließlich kommt Ingrid aus gemischten Zusammenhängen. Das können die Essenerinnen und Bochumerinnen nicht mittragen. Sie mischen sich nicht, besonders nicht mit Männern. Keine will es ihnen verübeln, aber können sie nicht, nur für Ingrid, bei einer Latschdemo mitlatschen? Im Frauenblock?

Vielleicht im Frauen- und Lesbenblock. Sie wollen die Bewegung nicht spalten. Persönlich würden sie schon mitlatschen. Aber als Gruppe halten sie soviel von der Durchmischung wie andere von der Durchrassung.

Nach der Mittagspause steht das Max-Planck-Institut auf der Tagesordnung. Das MPI will nämlich genetisch veränderte Petunien auspflanzen. Dagegen hat sich ein breites Bündnis gebildet: *Bürger beobachten Petunien.* Die Kölner Frauen wollten sich sofort an die Spitze des Widerstandes setzen, aber die Gruppe will gar keinen konkreten Widerstand leisten, sondern beobachten und informieren. Was wollt ihr dann da?, werden die Mädels gefragt. Und könnte das Bündnis nicht wenigstens in BürgerInnen beobachten Petunien umbenannt werden?

Die Kölnerinnen gehen davon aus, daß das Bündnis scheitern wird, und daß sie das dann ausschlachten können. Ja, sagt eine der erfahrenen Kämpferinnen, es ist immer leicht, es zum Eklat kommen zu lassen. Aber was dann? Dafür brauchen wir ein Konzept. Für das, was kommt, wenn die Öffentlichkeitsarbeit gewirkt hat, für den aktiven Kampf in den Metropolen. Aber keine sagt was dazu. Trotz konspirativstem Verhalten weiß frau eben nicht, wer hier noch mithört.

Nach langer Pause bedauert eine Recklinghausenerin, die zum ersten Mal hier ist, sich selbst. In Recklinghausen gibts kein MPI, nicht mal eine Humangenetische Beratungsstelle, überhaupt kein Gebäude, das sie verschönern könnten. Das Einzige, was ihnen eingefallen ist, ist, eine Veranstaltung bei Profamilia zu machen. Dafür suchen sie noch Referentinnen, die inhaltlich Bescheid wissen. Es ist nämlich schwer, einen Vortrag zu halten, wenn frau das Thema nicht so gut kennt.

Das Problem kennen die anderen auch, aber Profamilia, was denkt sich die Recklinghausenerin dabei? Profamilia ist eine Organisation, die den Geschlechtsverkehr fördert. In seiner miesesten, penetrierendsten Form! Ist sowas frauenfreundlich? Hat sie sich darüber mal Gedanken gemacht? Die Frau ist beschämt. Ihr habt hier wenigstens eine Perspektive, entschuldigt sie sich.

Aber die Kölnerinnen freuen sich gar nicht auf die Petunien. Sie waren auf Reprotechnik und Humangenetik ausgerichtet, hatten ganz übersehen, welche Schweinereien ganz in ihrer Nähe am MPI laufen. Hinter unserem Rücken haben die damit angefangen. Da muß frau sich fragen: Haben uns die Männer die Reprotechnik gelassen, um in Ruhe ihren Stiefel bei der Gentechnik durchzuziehen? Warum haben wir die Gentechnik vernachlässigt? Und wenn wir was machen, was wollen wir tun? Und geht der Schuß auch nicht nach hinten los?

Vielleicht sind die Petunien auch vom Verfassungsschutz oder vom Gesundheitsministerium. Die warten, daß wir die Petunien angreifen, und daß die Leute sich dann mit den Petunien solidarisieren statt mit uns. Das ist nämlich manipuliert, daß es Petunien sind, die als erste ausgepflanzt werden sollen. In Wirklichkeit wollte der Winnacker mit seinen genetisch veränderten Erbsen schon viel früher ins Freie. Aber Frau Süssmuth hat ihn dann aufgeklärt, daß seine Erbsen durch regulären pflanzlichen Geschlechtsverkehr zustande gekommen wären. Dafür brauche er keine Genehmigung.

Das war ein Trick von der Süssmuth. Die wollte, daß das mit Petunien anfängt, statt mit Erbsen, weil Petunien ein unschuldigeres Image haben. Raffiniert, sagt eine, und eine andere, was sind überhaupt Petunien? Aber wir wollen uns hier

nicht mit wissenschaftlichen Scheindiskussionen aufhalten. Ganz egal, was Petunien nun genau sind. Die Frage ist, wozu sie benutzt werden. Und das ist bestimmt nichts Gutes. Obwohl es schwierig ist, die Taktik des Kapitals an dieser Stelle genau zu durchschauen. Wir schaffen es nicht.

Hilfesuchend beugen wir uns über das Krähenpapier, das anonym zugeschickt und von den Kölnerinnen vervielfältigt wurde. Eine Neue aus Berlin bedauert, daß die Schwarzen Krähen nicht angereist sind, um das Papier zu erklären. Die Kleine, bis auf einen einsamen Zopf trägt sie eine Glatze, ist ein bißchen doof.

Anwesend sind die Krähen wohl schon. Aber sie geben sich nicht zu erkennen, weil der Staat sie sonst kriminalisiert. Hier wird konspirativ gearbeitet. Merkt sie nicht, daß keine ihren Namen nennt oder damit angesprochen wird? Nur auf den Kaffeebechern, die, um den Abfall gering zu halten, beschriftet werden, kann frau die Vornamen ihrer Mitstreiterinnen lesen.

Die Berlinerin kapiert auch sonst nicht, was gemeint ist, wenn von anderen Aktionsformen als Öffentlichkeitsarbeit gesprochen wird. Munter erzählt sie von der Patrouillenaktion, die sie seit der Vergewaltigung einer Frau aus der Regenbogenfabrik jede Nacht von eins bis vier machen. Das schlaucht unheimlich, meint sie, und die Vergewaltiger, hinterhältig wie sie sind, gehen ihnen aus dem Weg. Die vergewaltigen jetzt woanders. In der S-Bahn hat sie es mal geschafft, einen Typ zu verprügeln. Also sie hält die S-Bahn für günstiger, wenn frau konkret gegen Männer vorgehen will. Wenn andere Frauen aus ihren Erfahrungen lernen wollen, ist sie gerne bereit, mehr zu erzählen.

Sie wollen nicht. Sie wollen das Krähenpapier diskutieren. Aber wie, wo jeder konkrete Widerstand so kriminalisiert wird? Vielleicht können wir wenigstens den Internationalismus diskutieren. Auch hierzu hat die Berliner Schwesternschülerin konkrete Vorschläge. Nach Paris fahren und da eine Demo machen mit deutschen Transparenten, würden sich die Pariserinnen da nicht wundern?

Als alternativer Betriebsausflug? Krähen auf Reisen? Nein, sie meint nicht den alternativen Tourismus, obwohl sie gerne mal nach Nicaragua möchte. Durch eine Ausbildung sollen wir uns auf unseren Einsatz dort vorbereiten. Kontakt mit den Frauen in Nicaragua könnte notfalls über die Post aufgenommen werden. Ein gequältes Stöhnen geht durch die Mädels. So haben sie sich ihren Nachwuchs nicht vorgestellt.

Die Frau vom Genarchiv hinter der Kaffeetasse Jutta, die das Papier so gut kennt, daß sie gar nicht mehr reingucken muß, seufzt. Sie weigere sich, das Papier hier zu diskutieren. In Frankfurt wären die Leute schließlich auch eingefahren, weil zuviele was gewußt hätten.

Wir kommen nicht weiter. Die Schwarzen Krähen können ihr Papier nicht vertreten, weil sie offiziell gar nicht anwesend sind, und die anderen trauen sich auch nicht, was zu sagen. Mühsam wird rausgefriemelt, was gemeint ist. Eine meint, Schwarze Krähen stünde für Afrikanerinnen. Oder für militante Katholen. Es ist zum Verzweifeln. Schwarz steht hier für Anarchismus, werden wir aufgeklärt. Und daß es gegen die Frauen geht, die in den »Beiträgen zur feministischen Theorie und Praxis« schreiben und viel reden, aber nichts tun. Die haben nämlich ihre Professoren- und Beamtenstellen und wir, was haben wir? Ständig von der Streichung bedrohte ABM-Stellen bestenfalls. Genau, warum bezahlt die der Staat und uns nur das Arbeitsamt?

Das muß frau mal aussprechen, daß wir hier konkret betroffen sind. Claudia von Werlhof, Dorothea Brockmann, Maria Mies, was ist der Unterschied zwischen denen und uns? Die schreiben, und wir müssen die Drecksarbeit machen. Sobald es ernst wird, ziehen die ihre Gebärmutter ein, aus Angst um ihren Pensionsanspruch. Maria Mies soll sogar gesagt haben, Anschläge wären taktisch falsch, und bei Vorträgen setzt sie sich immer in die erste Reihe, erzählt die Frau mit der Kaffeetasse Sybille. Dann erzählt sie von einer Veranstaltung mit Koreanerinnen. Die haben es Maria Mies aber gezeigt. Maria hat sie gefragt, wie die Anschläge bei Adler sich denn auf ihre Arbeit in Korea ausgewirkt haben. Da haben die Koreanerinnen sich bedankt für die Unterstützung, und Maria hatte ihr Fett. Taktisch falsch sind Anschläge nur für Marias Professorenstelle. Den Frankfurterinnen sind dagegen alle Gelder gestrichen worden. Sie sind nicht hier. Keine Kohle.

So ist es in Köln nicht. Für den Kongreß steht das gut geheizte Bürgerzentrum

Die Alte Feuerwache zur Verfügung. Aber ein Bürgerzentrum ist keine Lebensstellung. Und die Kosten für die Verpflegung der Teilnehmerinnen zu übernehmen, lehnt AStA-Uschi vom Frauen- und Lesbenreferat ab.

Wie verbleiben wir nun, wo wir nur noch so wenige sind? Viele sind auf dem Weg zum Klo gleich ganz abgeblieben. Die Forderung »Verbeamtung für alle« würde zwar eine breite Mehrheit finden, aber sie wird nicht erhoben. Abgesehen von den Petunien gibt es keinen Ansatzpunkt für die weitere Arbeit. Und auch bei diesem ist nicht zu erkennen, wie er in den Staatsdienst führt. Obwohl was mit freier Kost und Logis dabei rausspringen könnte.

Im Plenum taucht ein neues Problem auf. In der anderen Kleingruppe ist die Forderung einer Namibierin diskutiert worden. Wir sollen Kondome nach Namibia schicken. Wie stehen wir dazu? Wäre es nicht besser, den Namibierinnen vorzuschlagen, lesbisch zu werden? Oder ist das eine rassistische Bevormundung?

Neu oder gebraucht?, flüstert mir eine, die ihre Erfahrungen wohl in der Kleiderkammer der Caritas gesammelt hat, fragend ins Ohr. Für alle, die im Sexualkundeunterricht nicht aufgepaßt haben, wird noch mal festgestellt, daß ungewollte Schwangerschaften eine Folge patriarchalisch-penetrierenden Geschlechtsverkehrs sind. Allgemeine Zustimmung! Aber wie soll den Namibierinnen das vermittelt werden?

Es gibt kein Ergebnis. Die Lesben können sich mit Kondomen, neu oder gebraucht, nur schwer anfreunden, und die Petunien schlummern noch in der Samenruhe. Sie sind reine Sommerpflanzen, wie wir gerade gelernt haben, und schwer einzuschätzen. Ratlos und ohne Aussicht auf Verbeamtung verlassen wir die Feuerwache, die auch schon bessere Tage gesehen hat. Wenn Blüm jetzt auch noch ABM-Stellen streicht, müssen die Krähen sich womöglich einen nicht gemeinnützigen Job suchen.

Harte Zeiten für den bewaffneten Kampf!

konkret 02/89, S. 30

Oliver Tolmein

Die Ausnahme als Regel

Weil sie eine Veranstaltung »Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD« organisiert hat, ist die Münchnerin Janin S. kürzlich zu zehn Monaten Haft verurteilt worden. Gegen die Hamburgerin Ulla Penselin wird mangels Beweisen das Verfahren wegen Mitgliedschaft in der »Roten Zora« nicht eröffnet – für die acht Monate, die sie unter Isolationshaftbedingungen im Untersuchungsknast verbracht hat, erhält sie trotzdem keine Entschädigung. Gegen Ingrid Strobl wird Mitte Februar der Prozeß wegen Mitgliedschaft in den »Revolutionären Zellen« eröffnet, weil sie den Namen des Freundes, für den sie einen Wecker gekauft hat, der bei einem Anschlag Verwendung gefunden haben soll, nicht nennen will. Es gibt noch weitere Verfahren, die jetzt und in den nächsten Monaten eröffnet werden – die Bundesanwaltschaft hat sich zum Jubiläum »Vierzig Jahre BRD« offensichtlich einiges vorgenommen: Sie will die Verfolgung der radikalen Linken intensivieren.

Und das in einer Zeit, in der das Gerede von Freiheit und Democracy in diesem Land überhand nimmt, in der, nach dem Tod von Franz Josef Strauß und angesichts immer mal wieder aufflackernder koalitionsinterner Konflikte um weitere Gesetzesverschärfungen, allerorten die Normalisierung der innerstaatlichen Verhältnisse konstatiert und 1977 zum historischen Einzelfall verniedlicht wird: Was haben wir denn schon zu befürchten? Schließlich darf überall demonstriert werden, die Hafenstraßenhäuser stehen noch, die Wahlergebnisse der offen rechtsradikalen Law-and-Order-Parteien liegen weit unter fünf Prozent, und die CDU hütet sich, die befürchtete Politik der Massenverelendung zu praktizieren. Während viele, längst darüber beruhigt, daß hierzulande doch nicht, wie Anfang der 70er Jahre oftmals vorhergesagt, der Faschismus ausgebrochen ist, allmählich, vom zermürbenden politischen Alltag gelangweilt, einnicken, verfeinern die wachen Köpfe der Bundesanwaltschaft in Zusammenarbeit mit zahllosen Sonderkommissionen der Polizei und den in Bonn aktiven SicherheitspolitikerInnen das Konzept der »wehrhaften Demokratie«.

Nicht die aggressive, lautstarke SympathisantInnenhatz wird betrieben, die »Entführung aus dem Serail« darf auf den Oper-Spielplänen bleiben, spektakuläre Volksfahndungsaktionen und Massendurchsuchungen sind bis auf weiteres aus dem Programm genommen. Die bundesrepublikanischen Repressions-Strategen bemühen sich, internationale Kritik an ihrer Praxis von vornherein auszuschließen. Der Sicherheitsstaat setzt auch im Inneren auf ein Konzept des »low intensity warfare«: Die offene harte Konfrontation soll möglichst vermieden werden, die verschiedenen linken Fraktionen und Gruppen sollen isoliert angegangen und durch häufige, kleine, nur ausnahmsweise (wie beim Startbahn-Widerstand) größere Aktionen bekämpft werden. Dafür bedarf es keiner Krisenstäbe und keines Ausnahmezustands.

Die Bundesanwaltschaft und ihre ZuarbeiterInnen können mittlerweile strikt rechtsstaatlich agieren: Die GesetzgeberInnen haben die schleichende und selektive Verschärfung der Repression sorgfältig vorbereitet, handstreichartige Unternehmungen wie das Durchpeitschen des Kontaktsperregesetzes oder Verurteilungen auf der Grundlage nachträglich erlassener Gesetze sind nicht mehr nötig. Als wichtigstes Instrument erweist sich dabei der Paragraph 129a, der das Werben für sogenannte terroristische Vereinigungen, ihre Unterstützung und die Mitgliedschaft in ihnen unter Strafe stellt. Er ist 1976 auf Druck der CDU/CSU ins Strafgesetzbuch eingeführt worden, seitdem haben ihn vor allem die Staatsschutzkammern der Oberlandesgerichte beständig präzisiert, und der Bundestag hat ihn und das damit verbundene dichte Geflecht von Sondervorschriften für die Verfahren und Haftbedingungen immer wieder erweitert.

Der Paragraph 129a, das hat die Diskussion der letzten Jahre ergeben, ist ein Ermittlungsparagraph: In vielen Fällen ermöglicht sein unbestimmter Wortlaut Durchsuchungen, Beschlagnahmungen, die Ausforschung von Zusammenhängen und Strukturen des linken Widerstands, ohne daß die FahnderInnen sich die Mühe machen müssen, nach erfolgreicher Schnüffelei auch auf die Erhebung einer Anklage zu dringen. Die in den letzten anderthalb Jahren in Gang gesetzten Verfahren zeigen aber, daß der 129a noch eine sehr viel weitreichendere Bedeutung hat, daß das Verdikt »Ermittlungsparagraph« nur die Außenseite der bundesanwaltschaftlichen Strategie und Praxis beschreibt. Der mit der besonderen Gefährlichkeit der Roten Armee Fraktion begründete Paragraph wird mittlerweile gegen die politischen Aktivitäten aller Fraktionen eingesetzt, die sich in ihrer Praxis und in ihren Erklärungen nicht von jeder Form der Militanz strikt abgrenzen: ob das ein Buchhändler ist, der radikale Zeitschriften verkauft, ein Pädagoge, der presserechtlich für Broschüren verantwortlich zeichnet, eine Setzerin, die Leute kennt, denen nachgesagt wird, sie seien RZ-Mitglieder, oder einer, der in einer Bewegung aktiv ist, zu deren Aktionsformen auch das Strommastknacken gehört. Die Anwendung des Paragraphen 129a legalisiert langandauernde Inhaftierung ohne jedes Verfahren. Sie macht bei Bedarf den Prozeß selbst zum weniger wichtigen Anhängsel der Ermittlungen und die Verurteilung ohne individuellen Tatnachweis zum Standard.

Der Paragraph 129a, auch das lehren die bisherigen Erfahrungen, funktioniert darüber hinaus als Paragraph zum (Selbst-) Ausschluß der Öffentlichkeit: In den Redaktionen »kritischer« Magazine, Zeitungen und sonstiger Medien setzen sich die Kontaktleute der Sicherheitsdienste an die Maschinen, die Blätter werden weitgehend zu Verlautbarungsorganen der

Bundesanwaltschaft und zu Fahndungsgehilfen der Polizei. Nachdem Ulla Penselin und Ingrid Strobl Ende 1987 inhaftiert worden waren, berichtete die BRD-Presse ausführlich über den »großen Schlag« gegen die RZs – als die Anklage wenige Monate später bei Ulla Penselin restlos zusammengebrochen war und sie freigelassen werden mußte, war das den gleichen Medien nur noch wenige Zeilen wert. Auch über die angeblichen Indizien im Fall Ingrid Strobl wurde viel, über ihre Widerlegung so gut wie nichts geschrieben. Beim Startbahn-Verfahren ist diese Art selektiver Berichterstattung noch offensichtlicher geworden: Wochenlang konnten die Staatsschutzkräfte hier unbeobachtet und unkritisiert eine ganze Bewegung aushebeln, ohne dabei auch nur den Anschein erwecken zu müssen, als ginge es ihr tatsächlich um die Aufklärung der Todesschüsse. Die zahllosen auftauchenden Widersprüche in der offiziellen Version, die offen bleibenden Fragen (siehe KONKRET 7/88) interessierten in den bürgerlichen Medien offensichtlich niemanden.

Andererseits – auch das zeigen die Erfahrungen der letzten Monate – hat der »Terrorismus«-Vorwurf an Abschreckungswert eingebüßt. Die Solidarisierung mit Angeklagten und politischen Gefangenen ist heute leichter zu initiieren als Ende der 70er Jahre – ob das so bleibt und ob sie erfolgreicher sein wird, muß sich in den nächsten Monaten erweisen. Wichtig dafür wird sein, klarzumachen, daß Verfahren, wie sie jetzt unter Zuhilfenahme des 129a möglich werden, kein Mißbrauch der hierzulande verfügbaren juristischen Möglichkeiten sind, sondern deren Erfüllung darstellen. Was in der letzten Zeit immer mal wieder als skandalöser Einzelfall thematisiert und kritisiert wurde, wird über die Jahre zum Regelfall – deswegen muß zu der öffentlichen Kritik der einzelnen Verfahren die Auseinandersetzung mit der politischen Justiz und ihren Grundlagen kommen. Ein wichtiger Schritt dorthin ist die Forderung nach Abschaffung des Paragraphen 129a. Sie ist notwendig, nicht weil dieser Paragraph, wie neuerdings zu hören, von der Bundesanwaltschaft »überstrapaziert« würde, sondern weil sie, sollte die Entwicklung weiter in die jetzt eingeschlagene Richtung laufen, ihrem Ziel näher käme, diese juristische Vielzweckwaffe so gebrauchen zu können, wie sie von Anfang an konzipiert war: als ein Mittel, den Ausnahmezustand in den »Normalzustand« zu integrieren

konkret 02/89, S. 31

Winfried Wolf

One day or another

Gewerkschaftsfunktionäre, linke Sozialdemokraten, marxistische Wirtschaftstheoretiker – alle haben sie den Ausbruch der Krise spätestens für das Jahr 88 prognostiziert. Die kapitalistische Wirtschaft aber verbucht weiter hohe Wachstumsraten: ein Boom ohne Ende?

»Der Wert von Prognosen liegt nicht in ihrer Pünktlichkeit, sondern in ihrer Richtigkeit. Richtig ist, daß Dollarsturz und Wirtschaftskrise bald kommen müssen.«

Philipp von Bethmann, 10.10.1988

Die Sektkorken knallten in der Silvesternacht zum 1.1.1989 klassenübergreifend: Das Bürgertum begoß die Tatsache, daß die kapitalistische Krise *noch nicht* da ist. Der konsumfreudige Citoyen brachte einen Toast auf eine Gesellschaft aus, deren Krise es *gar nicht* gibt. »Der Alt-Neo-Marxist Ernest Mandel zusammen mit seinem Kompagnon Winfried Wolf hat einen Bösewicht dingfest gemacht: Der Kapitalismus sans phrase mit seinen bekannten Grundwidersprüchen... All diese gründlich durchgerührt ergibt den Börsenkrach.« Kurt Hübner reibt sich im Westberliner Szene-Blatt »Zitty« zum Jahresende 1988 die Hände: »Wer nicht gerade das Pech hatte, aus dem Börsenspiel mit bösen Verlusten aussteigen zu müssen, hat den 19. Oktober 1987 selbstverständlich längst vergessen. . . und die vielfältigen Spekulationen um ein 'neues 1929' verbannt.« Der »Crash und die Cracks« sind laut »Zitty« out.

Ich signalisiere ein dreifaches Einverständnis:

1: Von Cash, Crash, Crisis, der Abfolge eines Profitbooms, der in einen Börsenkrach und sodann in eine weltweite tiefe Rezession mündet, erlebten wir bisher nur die ersten zwei Drittel;

2: alle Prognosen, also auch die meinige, die für 1988 eine Wirtschaftskrise vorhersagten, lagen falsch;

3: im Jahr 1988 verbuchte der kapitalistische Weltmarkt ein unerwartet hohes Wachstum; in der BRD verzeichnete der bruttosoziale Umsatz eine Steigerung von 3,4 Prozent.

»Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten«. Dieser feinen Beobachtung Tucholskys ließe sich hinzufügen: Sie ist verflochten und zickig: Bei Stalins Tod sackten die Börsenkurse weltweit ab; bei Hirohitos Tod taumelten Dollar und Nikkei-Index nach oben. Doch jenseits solcher Weltmarkt-Eigentümlichkeiten halte ich an den *grundsätzlichen* Aussagen zur erhöhten Krisenanfälligkeit des Kapitalismus im allgemeinen und an der Überzeugung fest, daß diese in eine neue, nochmals tiefere internationale Rezession – einschließlich der Möglichkeit einer Weltwirtschaftskrise – zu münden droht. Diesbezüglich signalisiere ich einen sechsfachen »alt-neo-dogmatischen« Dissens zur postmodernen, Orbi et Gorbi praktizierten Gesundbeterei von Markt und Kapital.

1. Anarchie

»Da Lupus beständig Buch über unsere Krisenvorhersagen führte, so erzähle ihm, daß der *Economist* vom letzten Sonnabend erklärt, die Endmonate von 1853, das ganze Jahr 1854 und der Herbst 1885 und schließlich 'die plötzlichen Veränderungen des Jahres 1856' habe Europa immer nur die 'Rettung um Haaresbreite vom drohenden Krach gebracht'.« (Marx an Engels, 8.12.1857).

Dieser 135 Jahre alte Versuch Marx', zu erklären, weshalb seine Krisenprognosen jahrelang »daneben« lagen und sich erst stark verspätet als zutreffend erwiesen, wird durch dasselbe Moment kapitalistischer Realität gerechtfertigt, das auch heutzutage die Trefferquote unserer Prognosen über den Verlauf der Weltwirtschaft maßgeblich beeinflußt: die Anarchie der Produktion als Grundelement kapitalistischer Ökonomie. Diese hat nicht allein destruktive Auswirkungen auf die materielle Basis selbst; sie (zer)stört auch manche Kreise der Prognostiker im Überbau. Dies war in den vergangenen zwanzig Jahren so gut wie immer der Fall, wenn es um die Prophezeiungen des bürgerlichen Sachverstands (»Fünf Weise«, Wirtschafts-Institute etc.) ging, dem notabene ein imposanter wissenschaftlicher Apparat zur Verfügung steht.- Dies trifft auch auf eine Reihe von Prognosen zu, die auf Grundlage einer marxistischen Analyse erstellt wurden. Und es tritt auf *alle* Voraussagen zu, die nach dem Crash vom 19. Oktober 1987 formuliert wurden. Diese gingen *sämtlich* von einem Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums – viele von ihnen auch von einer neuen Rezession – aus.

2. Und sie dreht sich doch

»Man hat nur lange genug die These eines baldigen Kriseneinbruchs aufrechtzuerhalten, um letzten Endes doch Recht zu behalten«. Dieser Einwand, hier nochmals vorgetragen in »Zitty«, überzeugt zu Zeiten des Booms viele. Genau besehen wird damit jedoch ein historischer Bewußtwerdungsprozeß zum Ausdruck gebracht. Der »Einwand« besagt, was eigentlich bestritten werden soll: daß der Kapitalismus *immer* in Krisen mündet.

Diese Erkenntnis galt im Wirtschaftswunderland Bundesrepublik bis 1966/67 als widerlegt. Die danach stattfindenden Rezessionen wurden dementsprechend allesamt als Betriebsunfälle, für die *besondere* Faktoren verantwortlich seien

(»falsche Bundesbankpolitik«, »Ölkrise«, »Rohstoffpreisanstieg«), definiert. Wer diese Krisen als systemimmanent begriff und sie als Resultat seiner Analyse vorhersagte, wurde nicht ernst genommen.

Was die allgemeinen Grundlagen dieser Gesellschaft betrifft, möchte ich einen Schritt weiter gehen: Der Kapitalismus mündet, langfristig gesehen und Weltkriege, Verelendung der Dritten Welt, Naturzerstörung etc. einbezogen, in immer katastrophaleren Krisen; seiner eigenen Logik überlassen, ist sein wiederkehrender Endpunkt die Barbarei. Wir befinden uns erneut inmitten einer solchen historischen Entwicklung. Und es sind der Crash *und* der gegenwärtige Boom mit seinen Bestimmungselementen, die dies belegen.

3. Mosaikstein Crash

So gut wie alles, was den Kapitalismus als ordinären charakterisiert, haben wir erlebt. Und alles mußte den Gesundbetern dieser Gesellschaft von der Wirklichkeit erst eingebläut werden: Die Wiederkehr der Krisen, die Herstellung eines internationalen Krisenzyklus, das Eintreten von internationalen Rezessionen (1974/75 und 1980-82), die weltweit kontinuierlich steigende Massenerwerbslosigkeit, die Wiederkehr von Armut inmitten der imperialistischen Metropolen.

Ein Börsenkrach fehlte in diesem sich von Jahr zu Jahr komplettierenden Mosaik. Just diese spezifische Form der kapitalistischen Anarchie wurde als »überwunden«, als Bestandteil eines Kapitalismus erklärt, der noch nicht über jenes feine Instrumentarium verfüge, das heute zur Grundausstattung jedes Wirtschaftsministers und Notenbankpräsidenten gehöre.

Ein solcher Crash *hat* am 19. Oktober 1987 stattgefunden. Es kam zu einer Entwertung des international angelegten Aktienkapitals um 30 Prozent oder um 2 Billionen Dollar. Die Folgen dieses Crashs sind in Nordamerika und Westeuropa bis heute nicht überwunden – der Dow Jones oder der »FAZ«Aktienindex liegen auch heute noch um rund ein Fünftel unter dem zuvor erreichten Höchststand. Siemens- oder Deutsche Bank-Aktien lagen 1987 zeitweilig bei 751 bzw. 811 Mark und dümpeln heute (10.1.89) bei 558 bzw. 578 Mark. Wohlgemerkt: alles Standardwerte.

Richtig ist, daß der Börsenkrach nicht in einen Banken- und allgemeinen Wirtschaftskrach mündete. 1987 erlebten die USA »nur« die seit den dreißiger Jahren größte Zahl von Bankenpleiten (187 Institute meldeten Exitus). 1988 sahen die USA sich »nur« mit der De-facto-Pleite von 500 Sparkassen konfrontiert und der Notwendigkeit, das Sparkassensystem mit einem Betrag zu sanieren, der der Hälfte des Etats der bundesdeutschen Regierung entspricht. 1987 und 1988 erlebte die Bundesrepublik Deutschland »nur« zwei größere Bankpleiten (SMH- und Steinhaus Bank) mit zusammen rund einer Milliarde Mark Verlusten.

Richtig ist, daß der Crash vom 19. Oktober die Aktienkurse nicht ins Bodenlose fallen ließ. Die Börsenmärkte waren vielmehr »nur« »eine Stunde von dem Zusammenbruch entfernt«, wie der Bankexperte Felix Rohatyn von Lazard Frères erklärte: In einer »konzertierten Aktion« der US-Bundesbank Federal Reserve und einiger Großkonzerne wurden gezielt Aktien der Standardwerte aufgekauft, um jenen Sturz ins Bodenlose zu verhindern.

Doch es bleibt die Zwischenbilanz: Auch Börsenkrachs gehören wieder zum »Normalbild« des Kapitalismus und müssen in die wirtschaftswissenschaftlichen Standardwerke hineinredigiert werden.

4. Die Verlängerung des Booms hat Gründe

Das Ausbleiben einer Rezession ist keine Hexerei. Und schon gar nicht beweist die Verlängerung des Booms 1987 und 1988 »Machbarkeit und Erfolg einer internationalen Geld- und Währungspolitik« wie Rudolf Hickel, Mitglied der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik«, im »Vorwärts« postulierte. Auch in diesem achten industriellen Zyklus des westdeutschen Kapitals bestätigt sich *trotz* seiner beachtlichen Dauer die grundsätzlich rückläufige Dynamik dieser Produktionsweise. Die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten der industriellen Produktion und das Bruttosozialprodukt liegen in den Aufschwungjahren 1983 bis einschließlich 1988 bei 2 bzw. 2,5 Prozent. Die Wachstumsraten in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre lagen bei fünf und vier Prozent (BSP). Im vorausgegangenen Zyklus (1976- 1982) erreichte das BSP ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 2,3 Prozent – *unter Einschluß der Rezessionsjahre,* die zur Abrundung des gegenwärtig ablaufenden Zyklus noch fehlen.

Verallgemeinernd lassen sich als Gründe für das Ausbleiben der Rezession ausmachen: Keynes & Schulden. In völligem Widerspruch zur vorherrschenden Ideologie der »angebotsorientierten Wirtschaftspolitik« und der »Rückführung der Schulden« nehmen die Wirtschaftspolitiker von Washington über Tokio bis Bonn ihre Zuflucht beim Theoretiker des deficit spending, John Maynard Keynes: Die Politik der Rekorddefizite in den USA, mitursächlich für den Crash, wird fortgesetzt (Defizit 1988: 155 Milliarden Dollar). Tokio legte 1987 ein gewaltiges Konjunkturprogramm auf, das vor allem die Bau- und Autoindustrie stimuliert. Und Stoltenberg verantwortete 1988 das größte Haushaltsdefizit in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Staatsschulden (einschließlich Bahn und Post) stiegen unter der Regierung Kohl und allein in den Aufschwungjahren von 692 Milliarden 1982 auf 1.015 Milliarden Mark 1988. Als Anteil am Bruttosozialprodukt kletterten sie von 43 Prozent 1982 auf knapp 48 Prozent 1988. Das irritiert denn auch hartgesottene Fellow Travellers der Wende.

Helmut Maier-Mannhardt, Wirtschaftsredakteur der »Süddeutschen Zeitung«, kommt in Sachen Haushaltspolitik zur Schlußfolgerung, »daß diese Regierung (Kohl) im Vergleich zu der damaligen eher schlechter als besser abschneidet.«

Das aus dieser staatlichen Schuldenexpansion resultierende Mehr an Nachfrage wurde im Fall der Bundesrepublik ergänzt durch eine Reihe zusätzlicher Faktoren, die ebenfalls insofern »besondere« sind, als sie sich nicht oder nicht beliebig oft wiederholen lassen. Dazu gehören beispielsweise die enormen Überschüsse in der bundesdeutschen Handelsbilanz (mehr Exporte als Importe), die der imperialistischen Konkurrenz Lust auf protektionistische Maßnahmen machen. Die USA schufen sich 1988 mit der neuen »Trade Bill« die rechtliche Handhabe dafür und glauben, ihr Export des hormonell verseuchten Fleisches sei ein geeigneter Test für eine entsprechende Offensive. Auch der fortlaufende Rückgang der »Ölrechnung« bescherte der BRD-Ökonomie eine zusätzliche Binnennachfrage: Während 1985 noch 65 Milliarden Mark für die Ölimporte ausgegeben wurden, waren es 1986 noch 31 Milliarden und 1988 nur 23 Milliarden Mark. Und schließlich wurde und wird die wichtigste bundesdeutsche Branche, die Autoindustrie, durch dieselbe Zauberformel im Boom gehalten, die auch Stoltenbergs Expansion staatlicher Nachfrage zugrunde liegt: 1988 wurde bereits jeder zweite neu gekaufte Pkw auf Pump gekauft. Oder allgemeiner: Anfang der siebziger Jahre war jeder bundesdeutsche Haushalt im Durchschnitt mit 2.000 Mark verschuldet – 1988 liegt diese private Schuldenlast je Haushalt bei 14.500 Mark (jeweils ohne Hypotheken).

Summa summarum: Wir erleben eine »Beschleunigung und Steigerung der kosmopolitischen Aktivität des Leihkapitals.... das nun die Welt mit einem Netzwerk finanziellen Schwindels und gegenseitiger Verschuldung, der kapitalistischen Form 'internationaler' Brüderlichkeit, umspannt.« Jedoch, so derselbe Marx: »This pleasent method must one day or another terminate in an ugly catastrophe«.

5. Ein anderer Aufschwung

Sechs Jahre Aufschwung seien »ein Novum«, urteilt unter anderem auch Professor Hickel. Streng wissenschaftlich ließe sich einwenden: Wie war es denn 1968-1974? Doch solchem wenig fruchtbaren Disput ziehe ich den Schulterschluß vor: Ein unbestreitbares Novum sind, das meint auch Rudolf Hickel, ein sechsjähriger Aufschwung mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit 1983/84 und einem Verharren der Arbeitslosigkeit auf dem höchsten bisher erreichten Niveau (1984-1987). Ein Novum ist das erstaunliche BSP-Wachstum des Jahres 1988 von 3,4 Prozent – bei gleichzeitigem Anstieg der jahresdurchschnittlichen offiziell ausgewiesenen Arbeitslosigkeit. Ein Novum ist es, von einer wirtschaftlichen Blütezeit zu sprechen, wenn sich gleichzeitig die Ausgaben für Sozialhilfe von 16 Milliarden Mark im Jahr 1982 auf 30 Milliarden im Jahr 1988 knapp verdoppelten.

6. Business unusual

Im Unterschied zur seriösen bürgerlichen Wirtschaftspublizistik ist das Gros der linken Theoretiker längst wieder zur Tagesordnung übergegangen. Zwar wird die allgemeine Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft nach wie vor festgestellt, eine besondere, die ihren spezifischen Ausdruck im letzten Crash fand, jedoch ignoriert oder negiert. Es wäre eine Untersuchung wert, herauszufinden, welche psychologischen Gründe für diese Blindheit großer Teile der Linken und der Arbeiterbewegung verantwortlich sind. Denn genau besehen erlebten wir gerade im abgelaufenen Jahr I p. Cr. (post Crash) die Forcierung all jener Formen kapitalistischer Spekulation und Destruktion, die charakteristisch für den Niedergang dieser Produktionsweise sind. Bezeichnenderweise und völlig zu recht wurden gerade diese Formen unproduktiver Kapitalverwertung in den ersten Analysen als Teilursachen für den Börsenkrach dingfest gemacht und ihre Bekämpfung als eine Hauptaufgabe der kommenden Periode dargestellt.

Da sind die irrwitzigen Aktivitäten der neuen Spekulanten, die 1987 die Tokioter Börse auf Platz eins, vor Wall Street, katapultierten und 1988 den kometenhaften Aufstieg der Börse zu Taipeh vor solch traditionelle Plätze wie Zürich oder Paris oder Frankfurt/M. bewirkten (Kursanstieg in Taipeh 1988: 200 Prozent). Weil den internationalen Großspekulanten das Pflaster der fernöstlichen Kapital-Tempel zu heiß wurde, geht es auf diesen Märkten jetzt darum, »so viel wie möglich Einzelkunden zu gewinnen«, so der Chef eines großen japanischen Brokerhauses. Die »Dienstmädchen« stürmen die Börsen; Deregulierung und High Tech öffnen ihnen die Wege. Das im März 1988 von einem führenden Brokerhaus installierte »Sun-Line-II-Programm« etwa ermöglicht es den Kleinkunden, Aktien zu Hause per Computer zu erwerben und zu verkaufen. Eine Investition von 500 Mark (komplette Hard- und Software!) ermöglicht es derart jeder Hausfrau und jedem Rentner am großen Börsenrad die Dienstmädchen-Nummer mitzudrehen.

Des weiteren hat sich, als Phönix aus der Crash-Asche, die neue Wachstumsbranche der Aufkäufer rasant entwickelt. Vor dem Crash hieß es, die bis dahin vor allem in den USA praktizierte Politik des Firmenaufkaufs – für die dreißiger Jahre beeindruckend von Schumpeter beschrieben, für die achtziger Jahre hübsch als »Wall Street«-Thriller verfilmt – habe die Kurse unnötig hoch getrieben und damit zum Krach beigetragen. Der Crash werde diesen Raubrittern jedoch eine Lehre sein. Exakt das Gegenteil ist eingetreten: Die niedrigen Kurse treiben immer neues vagabundierendes Kapital in diese Branche und lösen regelrechte Übernahmeschlachten aus. 12 Milliarden Dollar für die Übernahme von Kraft oder 20 Milliarden Dollar für Nabisco werden »investiert«, ohne daß ein einziger Arbeitsplatz entsteht. Im Gegenteil: Da diese

Geschäfte zu 90 und mehr Prozent auf Pump finanziert sind, muß nach dem Kauf die übernommene Firma geplündert werden – zwecks Tilgung der Kredite.

Längst wuchert diese Sumpfblüte auch in Westeuropa: De Benedetti wurde knapp geschlagen, als er den führenden belgischen Finanztrust Societé Générale übernehmen wollte (er hält über 40 Prozent). Siemens und die britische General Electric (GEC) taten sich zusammen, um den britischen Elektronik- und Rüstungskonzern Plessey zu übernehmen, worauf dieser David sich mit der Barclay-Bank zusammentat... um den Aktionären des Goliath GEC selbst unsittliche Übernahmeangebote zu unterbreiten. In der BRD fielen die Unternehmen WMF, Pfaff, Ed. Züblin, die Kulmbacher Spinnerei und andere Teile der traditionellen Augsburger Textilindustrie in die Hände professioneller Aufkäufer und Ausschlachter. Und dies ist erst der Anfang.

Monat für Monat wird die Aufschwungslyrik durch die kleingedruckte Pleiten-Prosa unterbrochen: Coop, vielgerühmter Börsenneuling und erst 1987 dem Publikum als todsichere Aufstiegs-Aktie verhökert, erwies sich als neue Heimat für korrupte Bonzen; eine Schweizer Bankengruppe übernahm den Laden. Puma, ebenfalls Börsenneuling, mit dem Gütesiegel von Deutscher Bank und Bum-Bum-Becker versehen, steht am Rande der Pleite und wurde ebenfalls von einer Bankengruppe übernommen. Die Aktien von Nixdorf, des Shooting Stars der Elektronik-Branche, eines Unternehmens, das, so die gängige Berichterstattung bis 1987, durch klassischen privaten Unternehmergeist den Großen und vor allem Siemens immer wieder beweise, was erfolgreiches Management sei, erlebten 1988 einen spektakulären Fall. Und das führende Handelshaus Klöckner & Co., dessen Genußscheine (eine Art Vorzugsaktien ohne Stimmrecht) 1987 von der Deutschen Bank plaziert wurden, wurde Ende 1988 in einer Nacht- und Nebel-Aktion von der Deutschen Bank übernommen, erklärtermaßen um den Exitus zu vermeiden. Genußscheine im Wert von 135 Millionen Mark wurden für null und nichtig erklärt; Verluste von einer halben Milliarde Mark eingestanden.

Nur hinweisen möchte ich hier auf eine bislang kaum beachtete, aber entscheidende historische Veränderung: Die bisher führende imperialistische Weltmacht USA hängt mittlerweile am japanischen Tropf. Binnen weniger Jahre haben Reagan & Co. nicht nur eine gewaltige Binnenverschuldung aufgehäuft. Das vormals größte Gläubigerland ist auch zum größten Schuldner geworden, mit einer Auslandsverschuldung, die dem Vierfachen des brasilianischen Rekord-Defizits entspricht. US-Staatspapiere können nur noch zu erneut wachsenden Zinsen plaziert werden; die wichtigste Käufergruppe sind japanische Unternehmen und Privatiers. Japanische Dollarbesitzer haben bereits wachsende Schwierigkeiten, in den USA ausreichende Anlagemöglichkeiten zu finden. Drei Viertel der Büroraumfläche in Los Angeles befinden sich bereits in ihrem Besitz; alle großen Hotels auf Hawaii sind in japanisches Eigentum übergegangen. Schlagzeilen macht diese schleichende Eigentumsübertragung jedoch nur noch, wenn besonders spektakuläre Käufe anstehen – so etwa bei den Verkäufen des Exxon-Buildings, des Hauptquartiers von American Broadcasting und des Tiffany Buildings. Selbst Wall Street ist vor Japans Zugriff nicht mehr sicher: Bei drei großen US-Brokerhäuser (Paine Webber, Shearson Lehman und Goldman, Sachs & Co.) sind die japanischen Gläubiger im großen Maßstab eingestiegen.

Die Ablösung der USA als führende Wirtschaftsmacht kann jedoch nicht vonstatten gehen, ohne daß zusätzliche Widersprüche im Gefüge des Weltmarkts aufbrechen, die zu Handelskriegen mit ungewissem Ausgang führen werden. Schließlich bleiben die USA auch weiterhin die mit Abstand stärkste Militärmacht und ihr bedeutendster ökonomischer Rivale, der japanische Imperialismus, völlig von ihrer Militärhilfe abhängig.

konkret 02/89, S. 34

Detlef zum Winkel

Buch des Monats: Fluch der Wissenschaft

Richard Rhodes: Die Atombombe oder Die Geschichte des 8. Schöpfungstages. Verlag Greno, Nördlingen 1988, 915 S., 48 Mark

»Die Entdeckungen der Naturwissenschaften bieten den Stoff für große Literatur, wenn man sie als Geschichte menschlicher Leistung und Blindheit liest.« Den Satz von Robert Oppenheimer, den der wissenschaftliche Leiter des Manhattan-Projekts in einem Vortrag formulierte, hatte Richard Rhodes im Kopf, als er seine Geschichte der Atombombe schrieb. Nach dem Erscheinen des Buchs in den USA bestätigten dem Autor jede Menge Leute, daß er diesem Anspruch gerecht geworden sei: 1988 erhielt er dafür den Pulitzer-Preis. Und tatsächlich ist es ein imposantes Schaubild jenes Jahrhundertereignisses geworden, kompetent, ehrgeizig und ungeheuer materialreich.

Aber es gibt einen Haken, der gar nicht zu übersehen ist. Zwei Nobelpreisträger für Physik und ehemalige Mitarbeiter des Atombombenlabors Los Alamos in New Mexico lasen die Druckfahnen. Einer von ihnen, Luis W. Alvarez, äußerte sich begeistert: »Ein großartiges Buch. Richard Rhodes hat allerbeste Arbeit geleistet; ich kann mir nicht vorstellen, daß man es besser machen könnte.« Alvarez war als technischer Berater in Los Alamos. Er half mit, die konventionellen Sprengtechniken zu entwickeln, die zur Auslösung einer nuklearen Explosion nötig sind. Das war kein herausragender Beitrag, und entsprechend selten wird sein Name von Rhodes genannt. Gegen Ende des Buchs ist zu lesen: »Auch die weiter entfernten Wetterflugzeuge hörten das Funksignal... Es gab Luis Alvarez im Beobachtungsflugzeug das Zeichen, sich fertig zu machen, um die Oszilloskope zu filmen, die er dort aufgestellt hatte: er hatte spezielle Meßgeräte entwickelt, um die Sprengkraft von Little Boy zu messen. . .«

Das Flugzeug, das an seine Begleiter einen zuvor verabredeten Dauerton sendete, hieß nach der Mutter des Piloten »Enola Gay« und befand sich gerade im Zielanflug. 15 Sekunden später gab es Hiroshima nicht mehr. An den Meßgeräten las der Physiker ab, daß die »Little Boy« genannte Bombe eine Sprengkraft von 11 Kilotonnen TNT hatte. Wie die Amerikaner in 10.000 Meter Höhe über der Stadt agierten, was sie sahen und empfanden, als sie den Japsen gaben, was die brauchten, wie sich der Pilot ausdrückte, beschreibt Rhodes am Beispiel der Besatzung der »Enola Gay«, einem Dutzend Militärs. Warum nicht am Beispiel von Alvarez? In seiner Person nahm die Wissenschaft am Massenmord teil. In welchem Flugzeug er saß, machte für die Bewohner von Hiroshima keinen Unterschied.

Rhodes hat alles andere als ein unkritisches Buch geschrieben. Aber an entscheidenden Punkten fehlt es ihm an Schärfe. »Niemand sollte sich anmaßen, diese Männer zu verurteilen«, stellt der Autor zu den letzten Diskussionen fest, die die Verantwortlichen des Manhattan-Projekts Ende Mai 1945 über den Umgang mit der Bombe führten (in Washington waren die Würfel längst gefallen, das Militär hatte bereits japanische Großstädte als Ziele ausgewählt, aber im »Interim Committee«, das die Regierung beraten sollte, nahm man sich noch die Zeit zu moralischen Erörterungen mit den Physikern). Selbstverständlich maßen wir uns an.

Erst in der Mitte des Wälzers kommt Rhodes zur Schilderung von Los Alamos. Die erste Hälfte wendet er auf, um ein halbes Jahrhundert Wissenschaftsgeschichte vorzustellen: Ein nicht systematischer, sondern chronologischer Streifzug durch die moderne Physik und die Biographien ihrer Akteure, von denen nicht wenige später Oppenheimer nach New Mexico folgen sollten. »Eine tiefe und notwendige Wahrheit« ist dieser Teil überschrieben, und das meint, daß an der Entdeckung der Kernspaltung und der zerstörerischen Möglichkeiten, die diese birgt, kein Weg vorbei führte. Die These reizt zum Widerspruch. Haben sich die Bombenkonstrukteure nicht gerade so herausgeredet? Lautete nicht ihr Standardargument: Wenn wir uns verweigert hätten, hätten es die anderen gemacht?

Richtig ist, daß das Wissen um die Bombe zwangsläufig gefunden wurde. Es hatte keinen Sinn, daß Leo Szilard, ungarischer Jude, der 1933 Berlin verließ, um zunächst nach England und dann in die USA zu gehen, sich um Geheimhaltung bemühte, sobald er erkannt hatte, daß eine Energie freisetzende nukleare Kettenreaktion funktionieren könnte. Rasch fanden auch andere Physiker in Kopenhagen, Cambridge, New York und Berkeley, aber ebenso in Berlin und Tokio heraus, daß der Atomkern für den gerade ausgebrochenen Weltkrieg interessant war. Mit einiger Verzögerung merkten es auch ihre Regierungen und Generalstäbe. Falsch ist dagegen die Schlußfolgerung, die aus dieser Tatsache gezogen wurde und gezogen wird, um sich zu entlasten: Daß die Physiker keinen Einfluß auf den Bau, die Bereitstellung und den Einsatz der Atombomben gehabt hätten. Von der Einsicht in das Prinzip bis zum ersten Test vergingen sechs Jahre. Für den Krieg war das Tempo entscheidend, und das war beeinflußbar. Es hing von jedem einzelnen in Los Alamos ab.

Rhodes' Kapitel zur physikalischen Grundlagenforschung der ersten fünfzig Jahre dieses Jahrhunderts sind von der US-Kritik zu recht hervorgehoben worden. Mit etwas Schulbildung und etwas Interesse müßten sie auch für Laien verständlich sein. Eines aber überzeugt mich nicht: Daß es alles tolle Burschen waren, plus drei tolle Frauen, Marie Curie, ihre Tochter Irène Joliot-Curie und Lise Meitner, die den Geheimnissen des Atoms auf die Spur kamen. Das penetrante Rühmen der berühmten Wissenschaftler widerspricht ja der These, die Rhodes so gründlich beweist: Daß die Entdeckungen so oder so

gemacht worden wären. In dieser Hinsicht bleibt er ganz dem üblichen Wissenschaftsjournalismus verhaftet. Wir erfahren von gelegentlichen Irrtümern der Koryphäen, nie von ihren Dummheiten.

Enrico Fermi, nach Chicago emigrierter Italiener, der für das Manhattan-Projekt den ersten Atomreaktor zum Laufen brachte und damit einen entscheidenden Durchbruch schaffte, behauptete einmal, die Atombombe sei auch erstklassige Physik gewesen. Das ist es wohl, was Rhodes mit seiner detaillierten Darstellung der wissenschaftlichen Ursprünge unterstreichen will. Mein Eindruck ist eher, daß es nur wenige entscheidende Stationen gab: Die Entdeckung der radioaktiven Strahlung, der Atomstruktur und des Neutrons. Alles andere war ein Mosaik, bei dem mehr oder weniger Zufall und Schnelligkeit entschieden, wer das nächste Steinchen fand. Schließlich brüteten zum Jahreswechsel 1938/39 über ähnlichen Experimenten, wie sie am Kaiser Wilhelm Institut in Berlin-Dahlem gemacht wurden, auch Teams in Paris, Rom und Berkeley. Otto Hahn behauptete als erster eine Kernspaltung: Weil er die meiste Erfahrung in den chemischen Analysen hatte, die bei diesen Experimenten erforderlich waren, konnte er sich selbstbewußt gegen die allgemeine ForscherInnen-Meinung stellen, die ein solches Resultat für unmöglich hielt.

Der stürmische naturwissenschaftliche Fortschritt seit Beginn dieses Jahrhunderts verleitet dazu, alle einzelnen Beiträge überzubewerten. So kommt man leicht dazu, auch die Physiker des Manhattan-Projekts für eine Ansammlung von Genies zu halten, und Rhodes verstärkt diesen Eindruck eher, als daß er ihn bekämpft. Die wirklich guten Physiker wurden keine Experten für Massenvernichtung. Niels Bohr, Vaterfigur Oppenheimers und einer ganzen Generation von Wissenschaftlern, fiel die Rolle des guten Gewissens zu. Obwohl er wußte, woran seine Kollegen in den USA arbeiteten, und obwohl sie ihn gern hinzugezogen hätten, blieb er bis zum Vorabend einer großen antijüdischen Razzia der Nazis im besetzten Dänemark, um Verfolgten zu helfen. Den Bau der Atombombe unterstützte er politisch, weil er sich davon eine Abschreckung gegen den Krieg versprach – eine Haltung, die Rhodes ausdrücklich nicht als naiv gewertet sehen möchte. Da Bohr sehr klar einen Rüstungswettlauf und die damit verbundenen Folgen voraussah, versuchte er vergeblich, Churchill und Roosevelt zu überreden, die Sowjetunion frühzeitig und umfassend über die Arbeit an der neuen Waffe zu informieren. Er vertrat die Vision einer offenen Welt nach dem Vorbild der Offenheit und Internationalität, die in der Wissenschaft herrschen (solange sie als Wissenschaft und nicht als Rüstung betrieben wird.) Sein naturwissenschaftliches Komplementaritätsprinzip brachte er ziemlich unbeschwert auch in die Politik ein: Weil die Bombe so furchtbar sei, zwinge die gegenseitig drohende Vernichtung die Nationen zu einem anderen Umgang miteinander. Obwohl das Wettrüsten wie befürchtet eintrat, seien diese Überlegungen nach wie vor richtig, findet Rhodes und nicht nur er. Bohr kann als einer der Erfinder des neuen Denkens in der Außenpolitik gelten.

Einstein behielt die am wenigsten schmutzigen Hände in seiner Zunft. Seine Aktivität beschränkte sich darauf, einen von Szilard aufgesetzten Brief an Roosevelt zu unterschreiben, mit dem die US-Administration aufgefordert wurde, sich um die Kernphysik zu kümmern. Anders als Bohr tauchte der Mann, der von sich sagte, er habe die Relativitätstheorie deshalb entwickeln können, weil er möglichst lange eine kindliche Sichtweise beibehielt, nie zu Gesprächen in Los Alamos auf. Dort hätte man ihn auch an der ersten Kontrolle zurückgewiesen. Vannevar Bush, Vertreter der zivilen US-Behörden in der Projektleitung, erklärte dem Leiter des Institute for Advanced Study in Princeton, das Einstein bezahlte, damit er nachdachte, warum das so war: »Ich würde ihm die ganze Sache gern vortragen und ihn wohl ins Vertrauen ziehen, das ist jedoch völlig ausgeschlossen in Anbetracht von Leuten hier in Washington, die seine ganze Lebensgeschichte durchforscht haben.« Einstein war pazifismus- und zionismusverdächtig und wurde von den Geheimdiensten als politisch unzuverlässig eingestuft. Rhodes baut ein Kapitel über das Deutschland der zwanziger Jahre als Gegenüberstellung der Porträts von Einstein und Hitler auf, ein aufschlußreicher Blick von außen, den man in unseren Geschichtsbüchern kaum finden wird.

Anfang März 1939, kein Vierteljahr nach Hahns Entdeckung, fand Szilard bei einem Experiment in New York, wonach er zielstrebig gesucht hatte: Bei der Spaltung von Urankernen werden Neutronen freigesetzt, die wiederum neue Kerne spalten können. Damit lag die Möglichkeit der Kettenreaktion auf der Hand. Im August 1939 initiierte Szilard den Einstein-Brief an Roosevelt. Am 2. Dezember 1942 gratulierte er Fermi zur erfolgreichen Reaktor-Premiere: »Ich glaube, daß dieser Tag als schwarzer Tag in die Geschichte der Menschheit eingehen wird.« Zur gleichen Zeit übertrug die US-Administration General Leslie R. Groves das militärische Kommando über das Manhattan-Projekt. Im März 1943 wurde Los Alamos aus dem Boden gestampft. Von nun an stellten Politiker, Militärs und Industrielle alle Ressourcen des Landes zur Verfügung. In Hanford wurden Reaktoren zur Plutoniumproduktion gebaut, in Oak Ridge Anlagen zur Urananreicherung – alles in doppelter Auslegung.

Nichtsdestoweniger war den beteiligten Wissenschaftlern klar, daß von den vergangenen vier Jahren mindestens zwei verschenkt worden waren. Wenn man in Deutschland eine solche Verzögerung vermieden hätte, so ihr Argument, so könnten die Nazis einen Vorsprung haben. Gerade den jüdischen Flüchtlingen war es ernst mit dieser Befürchtung, und niemand mußte sie auffordern, Überstunden zu machen. Bis hierhin gilt Rhodes' Argument: Gegen Hitler mußte diese Arbeit getan werden. Im Sommer 1944 wußten die US-Militärs jedoch definitiv, daß die Nazis keine Atombombe bauen konnten. Die Spezialeinheit, die sie auf das deutsche Uranprojekt ansetzten, diente schon dem Zweck, Pläne und Materialien vor der Roten Armee sicherzustellen.

Zwischen der deutschen Kapitulation und der ersten atomaren Testexplosion am 16. Juli 1945 vergingen zehn entscheidende Wochen. Der Wettlauf mit der Zeit, dessen Ursache nun endgültig entfallen war, ging unvermindert weiter, aber die Wissenschaftler-Front war ein bißchen verunsichert. Oppenheimer trug den Vertretern der Administration die Bohrschen Überlegungen vor: Die Sowjets zu informieren, anstatt sie mit der neuen Superwaffe – und das hieß immer: mit einer abgeworfenen Bombe – zu erpressen. Während Bilder von der atomaren Zukunft im allgemeinen entworfen wurden, traf die Luftwaffe auf den pazifischen Stützpunkten der USA eilige Vorbereitungen. Eine kleine Schlamperei, ein paar falsche Berechnungen, ein Dienst nach Vorschrift – all das hätte zu diesem Zeitpunkt noch das Programm um Monate zurückwerfen können, und Japan stand ohnehin vor der Kapitulation. Aber in Los Alamos wurden die Prognosen pausenlos aktualisiert, wieviel zehntausend Menschen die Bombe über einer dichtbesiedelten Großstadt töten könnte.

Rhodes hat das amerikanische Gemüt nicht geschont. Seiten um Seiten zitiert er Überlebende aus Hiroshima, quälend genau. Sein Resümee kommt überraschend. Nicht die Wissenschaft, nicht den Umgang des Menschen mit den Naturkräften, nicht den Kapitalismus macht er für die Katastrophe verantwortlich, sondern den Nationalstaat. Ihn gelte es zu überwinden. Seinen beschwörenden Formulierungen, der drohende Untergang möge den Krieg zuletzt unmöglich machen und die Menschheit vereinen, haftet jedoch der Beigeschmack einer Rechtfertigung für Oppenheimer und seine Kollegen an. Einer immerhin nahm es mit der Offenheit etwas wörtlicher als andere: Klaus Fuchs. Er wanderte wegen Atom-Spionage für die Sowjetunion in ein englisches Gefängnis, und neulich in Rüsselsheim, wo er geboren wurde (er starb in der DDR), schien mirs fast, als würde man ganz langsam davon Abstand nehmen, ihn als Unperson zu behandeln.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags entnommen aus: Unsere Bombe. Fotos und Texte von Robert del Tredici. Verlag Zweitausendeins, Frankfurt 1988

konkret 02/89, S. 37

Thomas Ebermann; Wolfgang Gehrcke; Michael Stamm; Detlef zum Winkel

KONKRET-Streitgespräch: Die Grünen: ausgeströmt? Linke suchen neue Ufer

Verlassen die Linken die Öko-Partei? Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion: Thomas Ebermann, Hamburger Ökosozialist, ist Mitglied der grünen Bundestagsfraktion; Wolfgang Gehrcke, Hamburger DKP-Bezirksvorsitzender, Mitglied des Vorstands, gilt als »Erneuerer«~; Michael Stamm ist Mitinitiator des »Linken Forums«, eines Zusammenschlusses antikapitalistisch orientierter Grüner; Detlef zum Winkel, Journalist aus Frankfurt schreibt u.a. für KONKRET und den »Arbeiterkampf« (Zeitung des Kommunistischen Bundes)

Detlef zum Winkel: Meine erste Reaktion nach dem Parteitag der Grünen war, wann schmeißen die Linken endlich hin, wann verlassen sie die Partei; und das ist eigentlich immer noch meine Meinung, weil ich nichts erkennen kann, weder subjektive noch objektive Faktoren, die den Prozeß der Verbürgerlichung der Grünen aufhalten oder sogar umkehren könnten. Dieser Prozeß ist meiner Ansicht nach weit fortgeschritten, und bestenfalls wäre es möglich, ihn zu bremsen, d.h. er würde auf jeden Fall weitergehen, wenn auch eventuell in einem verlangsamten Tempo. Daher raus aus den Grünen, rein ins Vergnügen, raus aus dem Zwang des linken Flügels, einerseits den Kurs der Partei bekämpfen, andererseits ihr aber immer wieder gute Wahlergebnisse wünschen zu müssen, und rein in eine neue Debatte der außerparlamentarischen, antistaatlichen Opposition, rein in eine Debatte, die ganz sicher von der gesamten Linken gewünscht wird und, was wichtiger ist, für die es mittlerweile in allen linken Lagern, Fraktionen und Strömungen Ansprechpartner gibt.

Selbstkritisch muß ich zu meiner eigenen Meinung feststellen: 1. Es wäre kein guter politischer Stil, aus Anlaß einer verlorenen Vorstandswahl auszutreten. 2. Offenbar zeugt mein sehnlicher Wunsch, ein solches demonstratives Zeichen des Bruchs zu sehen, gerade von jener Fixiertheit auf die Grünen, von da ich eigentlich gehofft hatte, daß sie in der Linken überwunden wäre, d.h. auch ich starre noch auf die Grünen, starre auf ihren Flügelstreit, ihr internes Kräfteverhältnis, arbeite mich an den Reden der Abgeordneten ab, zittere bei Hochrechnungen mit, anstatt in aller Gelassenheit meine eigene politische Arbeit zu machen.

Trotzdem: Es ist mit dem Eintritt der Linken in die Grünen 1979/80 das für die gesamte Linke entscheidende politische Zeichen gesetzt worden, das wohl folgenreichste Zeichen, das damals gesetzt worden ist.Wir, in diesem Fall Wolfgang und ich, die wir draußen geblieben sind, haben das zum Teil damit bezahlen müssen, daß wir Rückzugsgefechte ausfechten und Schrumpfungsprozesse aushalten mußten. Wir haben ein Recht darauf, von euch, in diesem Falle also Thomas und Michael, zu verlangen, daß eine Bilanz aufgemacht wird und Konsequenzen gezogen werden.

Thomas Ebermann: Ich hatte jetzt nach dem Parteitag in Karlsruhe Zeit, mir alles noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Und die Reflektion dessen, was ich in den letzten Jahren erlebt habe, führt mich zunächst einmal zu der Auffassung, daß du wahrscheinlich Recht hast, daß die Tendenz der Anpassung der Grünen an Inhalt und Form bürgerlicher Politik, an bürgerliche Normen, eher unumkehrbar als revidierbar wird. Denn wir haben, und das macht in der Tat die Vorstandsabwahl relativ unwichtig, eigentlich auf nahezu allen Feldern öffentlicher Präsentation der Grünen eine kontinuierliche Rechtsverschiebung des politischen Auftretens und der Inhalte der Partei zu verzeichnen. Ich selbst bin in der Tat überrascht, wie mächtig – manchmal erscheint es mir übermächtig – die ideologischen und materiellen Integrationsinstrumentarien dieser sehr reichen Gesellschaft und ihres Staates sind.

Ich bin vor zwei Jahren in den Bundestag gegangen nicht etwa in der Hoffnung, mich durchsetzen zu können, sondern in der Hoffnung, über einen integrativen Linkskurs in relevanten Fragen häufiger mal in der Mehrheit zu sein, auch in der Bundestagsfraktion. Das muß ich jetzt als gescheitert bilanzieren, denn das, was die Grünen an dem zentralsten Ort grüner Politikpräsentation, in der Bundestagsfraktion, machen, ist eigentlich Konsens der Demokraten im schlechtesten Sinne. Ob man das aus den scheinbar kleinen Ereignissen ableitet, wie etwa dem Vorschlag aus der Fraktion, Biedenkopf zum Bundestagspräsidenten zu machen, um endlich eine integere Persönlichkeit zu haben, die für uns alle spricht, oder eher aus der Zustimmung zu Lafontaines Verzichtsideologie: Mehrheitlich haben die Grünen diesen negativen Kurs beschritten. Dennoch hoffe ich, daß ich ein Stück weit Unrecht habe, daß ich politische Niederlagen, die ich analytisch konstatiere, subjektivistisch übertreibe und daß diejenigen, die sagen, daß der Prozeß umkehrbar sei, Recht haben. Ich weiß, daß der dramatisch zu inszenierende Abtritt aus der Partei ein nicht nur wahrscheinlich verdammt einsamer Schritt wäre, sondern auch einer, der sehr enge persönliche und politische Freunde von mir vor den Kopf stoßen würde, so daß ich kollektive Beratung und kollektive Prozesse trotz meiner negativen Gesamtsicht vorziehe.

Dann will ich noch etwas zu deinen Eingangsworten sagen: 1979 nicht in die Grünen gegangen zu sein und heute zu sagen, dafür mußten Detlef zum Winkel und Wolfgang Gehrcke viel Schmähung und Isolierung und Gegen-den-Strom-Schwimmen ertragen, das finde ich irgendwie absurd. Wenn ich das ganz unzynisch an Wolfgang bebildern darf. Er hat sich damals mit der Frage rumgequält, ob Atomkraftwerke ungefährlich sind ab Magdeburg, und so hätte er damals in einen gesellschaftlich vorantreibenden Prozeß, seien es die Grünen oder was anderes, schlicht und einfach nicht

reingepasst, weswegen es überhaupt nichts bringt, die Position »Ich-geh-nicht-in-die-Grünen«zu adeln, ohne zu untersuchen, welche politischen Positionen und Inhalte man zu dem Zeitpunkt vertreten hat.

zum Winkel: Es kann doch nicht darum gehen, bestimmte Verletztheiten wieder aufzuwärmen. Das ist sicher nicht meine Absicht gewesen. Es geht darum, daß mit Recht oder mit Unrecht vertreten worden ist und vertreten wird: Die Grünen sind der Kristallisationspunkt, an dem sich die Linke sammelt, und das sind sie ja auch faktisch geworden. Das ist ein Prozeß, der vielleicht von jeder Menge objektiver Faktoren begünstigt worden ist, der aber auch subjektiv beispielsweise von euch vertreten worden ist. Dieser Standpunkt, diese Hoffnung, diese Einschätzung der grünen Partei hat sich geändert.

Michael Stamm: Ich will noch einmal auf deine These über die »Draußengebliebenen« eingehen. Die DKP-Freunde, die jetzt am Erneuern sind, und andere aus dem Spektrum auch, haben inzwischen ihre Position geändert und zwar – wie es ein unverdächtiger Mann wie Fülberth sagt – , weil sie von der Ökologiebewegung und den Grünen Feuer untern Arsch bekommen haben. Im »Arbeiterkampf«, der ja aus deiner Familie kommt, Detlef, lese ich Kommentare über die Perestroika und Interviews zur Entwicklung in der Sowjetunion, in denen eine ganz starke Identifizierung der Interviewer mit den dortigen Grünen stattfindet, die ihrerseits sich durch einen extrem positiven Bezug auf unsere Grünen auszeichnen; in allen Kommentaren in eurem Blatt zu internationalen Fragen, wird immer wieder eure Abhängigkeit von den Grünen deutlich. Das Problem ist also, daß die »Draußengebliebenen«, die meinetwegen im Abseits standen und darunter gelitten haben, in dem Prozeß selber, da seitdem vergangen ist, eine erhebliche Veränderung ihrer Positionen vollzogen haben. Deshalb ist für mich diese Debatte unfruchtbar.

Fruchtbar ist für mich die Debatte: Was war an den Erwartungen von Thomas Ebermann, Rainer Trampert und anderen vielleicht falsch in Bezug auf die grüne Partei. Haben sie überhaupt ein instrumentelles Verhältnis zu der Partei gehabt? Haben sie gesagt: Das ist ein Mittel für bestimmte und dann genau zu bestimmende Zwecke, meinetwegen für begrenzte Zwecke, das erlaubt uns, die Verbindung von bestimmten Themen, von Fragen, von Zielen, die wir für richtig halten, mit anderen. Haben sie eine Analyse vorgenommen, welchen begrenzten Nutzen eine parlamentarische Partei haben kann, ja oder nein? Ich behaupte, daß das nicht stattgefunden hat. Ich behaupte, die Linke, jedenfalls in Gestalt ihrer bekanntesten Figuren, hat einen Prozeß der Überidentifizierung mit den Grünen vorgenommen. Thomas und seine Freunde haben den Prozeß der Überidentifizierung so weit getrieben, daß sie linke Zusammenhänge außer- und sogar innerhalb der Grünen für nicht weiter wichtig erklärten, weil es schien, als gäbe es eine gute Möglichkeit, weitgehend Elemente linker Politik in den Grünen stabil zu verankern. Darüber sind kleine Organisationen und Gruppen gespalten worden, und ich kann Thomas nicht verstehen, daß er jetzt ein derart negatives Urteil fällt wegen dieser Abwahlsituation und wegen der Art und Weise der Aktion der Bundestagsfraktion.

Es war doch schon seit langem klar, daß Joschka Fischer mit seiner These von 83/84, daß die Tendenz der Grünen auf Parlamentarisierung, Bündnis und Kompromiß gehe, den Hauptstrang der Grünen auf der parlamentarischen Ebene richtig beschrieben hat. Das kann einem stinken. Mir hat das gestunken, aber die Beschreibung dieser Tendenz war richtig, und als wir das in der damaligen Zeit, als das von Joschka forciert wurde, diskutiert haben, ist von euch die Meinung vertreten worden, das sei eine völlig falsche Sicht der Dinge. Die These, die grüne Partei sei selber ein Instrument auch von ideologischer Anpassung, wurde als absurd beschrieben, als eine falsche Wahrnehmung, die grüne Partei sei in ihrer Existenz im Gegenteil ein Beleg für die Nichtversöhnung mit den bestehenden Verhältnissen, für die Aufkündigung des Konsenses der Demokraten. Ihr habt 1984 gegen eure damaligen linken Freunde innerhalb der grünen Partei argumentiert: »Wir haben uns für diesen Weg der Mitarbeit bei den Grünen entschieden, als Baldur Springmann und Herbert Gruhl noch als möglicherweise hegemoniefähig bei den Grünen galten. Heute gelten Cohn-Bendit, Fischer, Schily, die wohl eher reformistische Linke sind, als unsere hauptsächlichen Widersacher. Das ist doch ein beachtlicher Fortschritt. Selbst wenn diese Strömung in nächster Zeit die mehrheitsfähige Strömung der Partei werden sollte, gäbe es unseres Erachtens keinen Grund, über Unsinn ökosozialistischer Politik bei den Grünen zu räsonieren.« Dieser »beachtliche Fortschritt« ist jetzt schlechtestenfalls eingetreten. Das dürftest du, Thomas, gar nicht bejammern. Schließlich hat Fischer seine Position nicht geändert.

Wolfgang Gehrcke: Ich kann mich von meiner Seite her eigentlich mit einer ganz einfachen Position einbringen. Ich habe schon die ganze Zeit geknobelt, was mir an der generellen Fragestellung des Gespräches – Brauchen die Linken die Grünen? – so fremd oder nicht präzise genug ist. Ich glaube, daß das eigentlich gar nicht die Frage ist, über die man diskutieren sollte, sondern die eigentliche Frage ist doch: Brauchen die außerparlamentarischen Bewegungen, die Menschen, die Veränderung wollen, für diese Veränderung die Grünen? Wenn das der Fall ist, dann sind die Grünen auch nützlich für Linke. Zwar nicht in der Form, daß die Linken sich vollständig aufgehoben oder eingebettet fühlen könnten in den Grünen. Das war nie meine Position, deswegen bin ich auch nicht Mitglied der Grünen geworden, aber wenn sie einen gesellschaftlichen Nutzen haben, dann werden sie auch Bestand haben, ob die Linke bei den Grünen nun in dieser oder jener Form arbeitet. Wenn allerdings die Frage negativ zu beantworten ist, dann werden die Grünen selber ihren Rückgang nicht stoppen können, und dann sind die Grünen für die Linken auch nicht relevant.

Stamm: Ist das nicht ein bißchen zu ökonomistisch? Die Richtung des Nutzens müßtest du schon noch sagen.

Gehrcke: Ja, natürlich. Ich habe ja erst einmal dargestellt, worum es aus meiner Sicht geht. Ich will das belegen und dann auf die Gründungsgeschichte der Grünen kommen und auf die unterschiedlichen Standpunkte und Konsequenzen, die wir damals daraus gezogen haben. Thomas hat gesagt, solche Leute wie ich hätten ihre Positionen geändert und das sei dem Druck, den die Grünen in den gesellschaftlichen Bewegungen entwickelt haben, mit zu verdanken. Das weise ich gar nicht von mir, sondern ich bekenne mich zum Positionsverändern. Was haben wir damals nicht begriffen, als die Grünen sich herausgebildet haben? Wir haben sehr stark auf der subjektiven Ebene über bekannte Figuren der Linken diskutiert, die in die grüne Partei gegangen sind, und wir haben nicht begriffen, daß die Grünen Ausdruck einer bestimmten Grundströmung waren, die in der Bevölkerung objektiv herangereift war aufgrund politischer Veränderungen. Wenn wir das begriffen hätten, hätten wir als Kommunisten von Anfang an eine andere Position zu den Grünen entwickeln können. Unsere Position war zu Anfang ablehnend, feindlich, und wir haben uns über viele Etappen herangearbeitet an eine Normalisierung unseres Verhältnisses.

Woran würde ich die Nützlichkeit der Grünen festmachen? Ich würde fragen, ob sie sich nach wie vor in den Parlamenten der Probleme außerparlamentarischer Bewegungen annehmen können und ob sie im Parlament Teil der außerparlamentarischen Kämpfe bleiben, beziehungsweise zur Entwicklung solcher Kämpfe beitragen. Das würde ich von meiner Seite nicht generell verneinen wollen. Weiter würde ich fragen, ob sie eine gesellschaftliche Trennschärfe in die politischen Auseinandersetzungen hineinbringen – denn die Entwicklung gesellschaftlichen Bewußtseins, Klassenbewußtseins, ist ja ebenfalls Aufgabe der Linken – oder ob sie zur Verkleisterung gesellschaftlicher Widersprüche beitragen. Die dritte Frage, die ich an die Grünen habe, ist, ob sie auch den neuen Bedingungen der Internationalisierung politischer Bewegungen Rechnung tragen. Das halte ich für ein wichtiges Thema, über das wir reden müssen als Linke, auch um das Perestroika-Thema aufzunehmen und nicht nur zu sagen, Perestroika – alles klar! All diese Fragen bringen mich eigentlich dazu, anzunehmen, daß die Grünen gesellschaftlich Bestand haben derzeitig, daß sie für die Linke aber nicht alles sein können, daß die Linke heute vielmehr gefordert ist, einen Dialog über neue Möglichkeiten miteinander zu führen.

Ebermann: Ich glaube, daß man mit der Fragestellung – Sind die Grünen nützlich oder schädlich? – eine falsche Frage stellt. Richtig muß die Frage lauten: Sind die Grünen mehr nützlich als schädlich, oder umgekehrt. Tragen die Grünen insgesamt mehr zur Reintegration in die Ideologiemuster dieser Gesellschaft bei, als daß sie Widersprüche aufbrechen? An der Stelle möchte ich Michael entschieden widersprechen. Ich glaube, es ist eine unvorstellbare Beschönigung oder Selbstberuhigung, zu sagen, es habe sich gar nichts geändert, oder zu sagen, bestimmte Akteure hätten sich gar nicht geändert, weil das einfach die Analyse der Integrationsmechanismen dieses Staates als etwas Absurdes, Unnötiges erscheinen ließe. Ich habe doch erlebt, wie aus meinem relativ engen politischen Umfeld Menschen und Gruppen bei den Grünen ihre Auffassung massiv geändert haben. Es ist doch kein Einzelfall, daß etwa Tom Janssen, der sich 1982 mit der Frage herumgequält hat, ob Wählen nicht überhaupt eine schlimme Verirrung linker Politik ist, daß der jetzt als Boulevard-Journalist bei der »Hamburger Morgenpost« auf alles, was links ist, Dreck kübelt. Und Hubert Kleinert, der mal den Anspruch hatte, linkssozialistische Positionen mitzuentwickeln, kämpft heute mit roten Wangen für die kapitalistische Verfaßtheit dieser Gesellschaft.

Wenn ich nun feststelle, daß derartige Biografien keine Einzelfälle sind, dann muß ich zugeben, daß ich mich über die politische und ideologische Stabilität vieler Menschen getäuscht habe, nicht nur von Menschen, die sich als Linke bezeichnen – ich hatte ja auch biographisch eine sehr gute Zeit der Zusammenarbeit mit Thea Bock und habe ihr sehr viel politische Stabilität zugetraut. Aber besonders in der Stabilität linksorientierter, marxistisch-anarchistisch orientierter Menschen hab ich mich geirrt. Es muß etwas geben, einen Zusammenhang zwischen der permanenten bürgerlichen Beschimpfung und dem Angebot: Wenn du dieser Beschimpfung erliegst, ist dir ein Weg der Reputation und des mittleren Erfolges offen, das sehr viele Menschen politisch gezüchtigt hat. Eure Strömung, Michael, hat im großen und ganzen den politischen und ideologischen Kampf gegen diese Rechtsentwicklung der Grünen eingestellt zugunsten der Schuldzuweisung an diejenigen, die man öffentlich Fundamentalisten nennt.

Richtig ist, wir sind in die Grünen gegangen und haben zu euphorisch und zu vehement dafür geworben, daß alle Linken diesen Schritt mitmachen sollten. Aus heutiger Sicht bin ich ein stückweit froh, daß unsere Appelle nicht hundertprozentig gefruchtet haben. Denn aus heutiger Sicht muß ich feststellen, daß es Gruppen gibt, die nicht in die Grünen gegangen sind, sondern sich mehr Eigenständigkeit bewahrt haben, die durch dieses Bewahren der Eigenständigkeit vielleicht praktische Interventionsfähigkeit eingebüßt haben, die dafür aber uns alle, die wir das wollen, mit Analysen politischer Auseinandersetzung und Theorie bedienen. Zugleich sage ich aber, diejenigen, die damals die Gründung der Grünen wahrgenommen haben und sich erschöpft haben in dem Gestus: Da kommt sowieso nichts Gutes bei heraus, stehen bei mir in dem Verdacht, jede Chance zu verschlafen. Denn es gehört wahrscheinlich zu den notwendigen Fehlern linksradikaler Politik unter den Bedingungen, wie wir sie machen, kleine Chancen euphorisch überzuinterpretieren, um sie wenigstens wahrzunehmen.

zum Winkel: Alles, was du, Michael, an Kritik meines und anderer Leute Sektierertums vorgebracht hast, das betrachte ich erst einmal alles als Kompliment, weil, so wie die gesellschaftlichen Verhältnisse heute sind, ist dieser Vorwurf des

Sektierertums in den allermeisten Fällen nur als Kompliment zu verstehen. Zu deiner eigenen Einschätzung der Grünen möchte ich gerne zwei Punkte festhalten. Der erste Punkt ist derjenige, daß du ja selbst auch starke Wandlungen deiner Position durchgemacht hast. Tatsache ist, wir haben seinerzeit sozialistische Konferenzen erlebt, die eigentlich eher ökologische Konferenzen waren, und dort hast du ja gerade die Spitze derjenigen vertreten, die uns gesagt haben, nur mit der Ökologie kommt der Sozialismus weiter, und die eine Theorie vertreten haben, wonach es eine linke Weiterentwicklung nur über die Grünen geben kann. Und das ist etwas völlig anderes, als wenn Du jetzt sagst, es gelte die Begrenztheit der Grünen zu erkennen, die beschränkten Möglichkeiten zur politischen Intervention zu sehen, es komme darauf an, zu erkennen, daß das ein radikal-demokratischer Verband ist, wo man einen gewissen Einfluß als Linker geltend machen kann. Zweitens: Wenn man in einem politischen Konflikt eine bestimmte Niederlage erlitten hat, und das ist ja wohl unstrittig, dann ist es nichts anderes als eine Sublimierung, zu sagen, das sei doch von vornherein klar gewesen. Wer sich jemals etwas anderes vorgestellt habe, der habe doch von Anfang an völlig falsche Vorstellungen gehabt. Das ist eine Argumentation des Glättens. Das ist eine Argumentation, wo man der notwendigen Erkenntnis aus dem Weg geht.

Stamm: Du redest wirres Zeug. Diese Behauptung, ich würde im Rückblick das Gewicht der Grünen kleiner machen, als ich es mal gemacht hätte, ist schlichtweg falsch. Ich habe in der damaligen Auseinandersetzung mit Trampert, Ebermann und anderen argumentiert, daß es unabhängig von den vermeintlichen oder wirklichen Erfolgen der grünen Partei neben dem positiven Bezug auf sie im parlamentarischen Raum zugleich auch einen negativen Bezug geben müsse, weil diese Parteiform selber den Mechanismus in sich birgt, die Integration der Leute in das System hinzukriegen. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir die materielle Substanz dieser Partei, der Bewegung, untersuchen müssen und daß es ein Fehler ist, die Beschlüsse der grünen Partei, sei es zu AKWs, zu Pershings oder zu anderen Fragen, als einzigen Bewertungsmaßstab zu nehmen. Das war und ist immer noch meine These: Wenn nach Tschernobyl oder auch in vorherigen Phasen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Raketenstationierung, die grüne Partei radikale Beschlüsse faßt, dann bedeutet das in der konkreten Praxis, wenn es zum Schwur kommt, nichts. Die grüne Partei ist eine Wahlpartei – also eine parlamentarische Partei mit Erfolgszwang – mit einer Beziehung zu außerparlamentarischen Bewegungen, und sie wird nur, wenn sie operationale Konzeptionen entwickelt, die diese Dimension ihres Seins berücksichtigen, einen optimalen Nutzen für gesellschaftliche Prozesse haben können. Und da behaupte ich, daß Thomas, Rainer und andere massenhaft falsches Bewußtsein produziert haben über die grüne Partei, indem sie dem radikalen Selbstwertgefühl der Leute geschmeichelt und die Empörung und die Betroffenheit nach Tschernobyl, die Betroffenheit über die Raketenfrage, für bare Münze genommen haben und dann wie betröppelt dastehen, wenn etwa die SPD – wie in Hessen – was anbietet und dann alles wegbricht und die radikale Pose mit einem Schlag nichts mehr wert ist.

Meine These ist also, daß eine Partei, die kein richtiges Verhältnis zwischen inhaltlichen Anliegen und den parlamentarischen Notwendigkeiten herstellt – z.B. zur Regierungsbildungsfrage was zu sagen – , scheitern wird. Die Fundis dagegen haben gesagt, es gibt einen Ablösungsprozeß von der SPD, die SPD geht kaputt, die Grünen können machen, was sie wollen, sie gewinnen. Sie haben selber die Illusionen geschürt, daß die grüne Partei praktisch etwas Neues repräsentiert. Trampert sagte immer, die Grünen seien die Antwort auf die neuzeitlichen Krisen, der Trend arbeite für uns, und sie haben selber die Illusion in der Mitgliedschaft geschürt, daß alles, was gemacht wird in der grünen Partei, praktisch zu einer wahlmäßigen Zustimmung führt. Als sich dann bestimmte Konzepte der grünen Partei als nicht in der Lage erwiesen haben, gesellschaftlichen Druck auszuüben, sind massive Abkehrbewegungen von den Fundi-Positionen entstanden. Da kann man sich doch jetzt nicht hinstellen und sagen: Ich habe eine Enttäuschung erlebt, viele meiner Freunde, ehemalige Linke oder auch Nicht-Linke, sind auf der Strecke geblieben. Was ist denn das für eine Analyse?!

Gehrcke: Liebe Genossen, findet ihr nicht, daß ihr euch zu sehr in eure Biographien verbeißt? Was bringt es zur Beantwortung der Frage, ob die Grünen eher nützlich oder eher schädlich sind, wenn wir uns rechthaberisch gegenseitig unsere möglichen früheren Illusionen um die Ohren schlagen? Mir selbst hat das Projekt Grüne ja nie so nahe gestanden, weil es nicht meine gesellschaftliche Perspektive ist und war. Ich trete für eine marxistische Organisation ein, die sich in Bewegung/Veränderung befindet. Ich habe aber nie versucht, nachdem ich angefangen hatte, zu begreifen, was sich da tut, die Grünen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung wegzuschieben und mich mit dem zufrieden zu geben, was wir nun eben darstellen. Für mich ist völlig klar, daß wir keine von den gesellschaftlichen Bewegungen unabhängigen Sonderinteressen haben, und daß wir immer wieder fragen müssen, was bringt die gesellschaftliche Bewegung voran?

Ich kann jeden gesellschaftlichen Kompromiß verteidigen, wenn er gleichzeitig ein Stückchen mehr Einsicht in die Zusammenhänge der Gesellschaft vermittelt und meine Kampfposition verbessert und wenn er den Leuten etwas nützt, ganz materiell etwas nützt. Damit gebe ich kein Stück meines Marxismus auf, sondern ich komme überhaupt zu den Wurzeln des Marxismus zurück; nicht in Form einer Glaubenstheorie, sondern in der Form von möglichen gesellschaftlichen Veränderungen. Denn der Sozialismus wird sich nicht als Glaubensvorstellung durchsetzen können – wenn er nicht beweisen kann, daß er den Menschen nützlich ist, der gesellschaftlichen Entwicklung nützlich ist, dann hat er keine Perspektive. Diesen Beweis heute anzutreten, da steht die Perestroika in ihrer Art für, und dem müssen sich auch die Linken in der BRD stellen. Wir sind doch allesamt irgendwo in der Krise. Die Linken in den Grünen, die Linken in der Sozialdemokratie, die Linken in den Gewerkschaften und die Kommunisten. Der Problematik kann sich doch eigentlich

keiner entziehen. Da können wir uns noch so frohreden und darauf bestehen, daß wir aber schon damals recht gehabt hätten.

zum Winkel: Darf ich das noch mal auf eine etwas konkretere Ebene bringen? Ich habe mich nun über Jahre hinweg mit ökologischen Problemen in Hessen befaßt, obwohl ich mich nicht als Ökologe bezeichnen würde. Aber ich habe mir ein ziemliches Spezialwissen angeeignet, und aufgrund dieser Erfahrung und des ständigen Engagements in dieser Frage komme ich zu dem Schluß, daß die ganz reale Politik von Joschka Fischer als Umweltminister nicht besser war als die im Moment von Herrn Weimar. Erhebt sich dazu Widerspruch? Es ist die Frage, was nutzt uns das? Diese Frage kann man auf zwei Ebenen stellen. Einmal, was nutzt es der Bevölkerung, der Mehrheit, zum zweiten, was nutzt es den Linken. Und da jetzt immer wieder unterstellt wird, daß es der breiten Mehrheit der Bevölkerung nutzt, wollte ich mal wirklich diese Frage stellen, ob ihr da übereinstimmt?

Gehrcke: Ich kann es für Hamburg sagen. Ein überzeugender Beweis des materiellen Nutzens der GAL in der Hamburger Bürgerschaft war für mich die Schließung der Firma Boehringer, weil zum ersten Mal bewiesen worden ist, daß die Stillegung eines Unternehmens erreicht werden kann, was ja eine viel weitergehende Forderung war als die nach Verstaatlichung, wo wir uns immer dran gebunden haben, weil wir nicht begriffen haben, welche Unterschiede zwischen staatlichem und gesellschaftlichem Eigentum bestehn.

zum Winkel: Aber die GAL ist in einer schweren Krise. Wenn ich es nicht völlig falsch sehe, ist es der Landesverband im Moment mit der schwersten Krise. Wenn ich Michael richtig begriffen habe, existiert diese Krise, weil die GAL eben ihre Möglichkeiten überschätzt hat, dank der Fundis.

Stamm: Die GAL ist ein Beweis dafür, daß das Sich-nicht-anpassen-wollen keineswegs ausreicht, um nützlich zu sein. Die GAL will sich in der Mehrheit nicht anpassen. Die GAL ist in da Mehrheit entschlossen, den Kurs wie in Hessen nicht zu gehen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß im Augenblick Nützliches von der GAL nicht ausgeht, und da, behaupte ich, besteht ein Zusammenhang zwischen dem aktuellen Zustand dieses Landesverbandes und seiner euphorisierten Verarbeitung des Wahlerfolges von 1986, wo so getan wurde, als wäre das jetzt eine Option für die von der GAL propagierte Politik. Da glaube ich, daß diese Pose des Wir-sind-radikal und Wir-machen-alles-sofort und Das-muß-als-unerläßliche-Voraussetzung-für-eine-Tolerierung-gedacht-werden usw., daß das anschließende Scheitern dieses Projektes und die Quittung dafür auf der Wahlebene, daß dieses alles dazu geführt hat, daß zwar auf den Sonntagstreffen die radikale Gesinnung noch da ist, aber praktisch die Interventionsfähigkeit verlorengegangen ist. Dabei käme es gerade darauf an, die Interventionsfelder neu zu finden. Ich glaube, wenn wir sie finden, besteht eine Möglichkeit, die anpasslerische Mehrheit in der grünen Partei in die Bedrouille zu bringen. Nicht auf der Ebene der ideologischen Schlacht, sondern indem wir sie mit unseren praktischen Initiativen konfrontieren, z.B. in der Friedensfrage. Da, glaube ich, sehen sie vollständig alt aus, wenn sie mit ihren Pro-Nato-Bekenntnissen und mit ihrem Zeug kommen, das auf sicherheitspolitische Ideen der SPD abfährt. Da, glaube ich, haben wir Chancen, die Mehrheit der Partei, die auf der parlamentarischen Ebene eher mit der Realo-Mehrheit sympathisiert, zu gewinnen.

Ebermann: Wolfgang, deine Haltung finde ich falsch, weil ich glaube, daß du selbst allergrößten Wert darauf legst, bestimmte historische Fehler kommunistischer Parteien, auch deiner Partei, recht präzise aufzuarbeiten. Du würdest es falsch finden, wenn sich Leute dagegen ignorant verhalten und sagen würden, was bringt es überhaupt, auszuforschen, wer mit falschen Begründungen, mit demagogischen Begründungen in den 50er Jahren aus der KPD ausgeschlossen wurde, sondern deine Haltung dazu ist, daß es wichtig ist. Wenn wir zu einer Bilanz oder Zwischenbilanz von Erfolgen und Mißerfolgen grüner Politik auch ein Stück weit Aufarbeitung treiben, dann, weil ich glaube, daß man nur daraus die jetzt entstandenen unterschiedlichen Haltungen ableiten kann.

Nun ist es aber so, daß, wenn Linke gebeutelt werden – und ich bin ein Stück weit gebeutelt – , daß dann sowieso die große Stunde der Kommentatoren ist, die sich an bestimmten Auseinandersetzungen schlicht und einfach nicht beteiligt haben und deswegen methodisch gesprochen den Vorteil haben, nachträglich behaupten zu können, sie hätten alles gewußt. Die Situation ist gradezu absurd. Ich diskutiere, was meine Strömung falsch gemacht hat, und mir sitzt Michael Stamm gegenüber, der sich in die Position verbeißt, er habe schon immer alles richtig gemacht. Das finde ich deswegen so absurd, weil Linkssein ja seinen ersten Grund haben muß in dem Beziehen politischer Positionen. Und da haben wir in der grünen Partei zunächst einmal das Phänomen, daß man sagen muß, die grüne Linke ist vielleicht nicht aufgespalten, aber deutlich differenziert in zwei Lager. Das kränkt alle, denn dann bin ich in dem Lager mit Jutta Ditfurth und Michael in dem Lager mit Eckhart Strathmann und Ludger Vollmer. Was uns trennt, sind zunächst einmal politische Differenzen, die in konkreten Situationen sehr manifest sichtbar geworden sind. Michael ist verbündet mit dem recht relevanten Block der Trotzkisten. Die haben in der Zeit, über die wir teilweise diskutieren, wie verrückt Wahlaufrufe für die SPD geschrieben, in einer Zeit, als es Alternativen gab, GAL und GRÜNE und AL in Berlin, haben die wie verrückt dazu aufgerufen, SPD zu wählen. Ich sitze nun seit zwei Jahren mit Ludger Vollmer in einer Fraktion. Der hat Positionspapiere geschrieben zum Bruch mit den sogenannten militanten Teilen der Bewegung, zur Gewaltfreiheit der Grünen, die politisch so sehr der verheerenden Resolution von Waltraud Schoppe – »Werft die Masken weg« – und Otto Schily – »Keine Bündnisse mit denen« –

entsprechen, daß ich erst einmal feststelle, diese politischen Positionen sind inhaltlich rechts von mir. Strathmann läuft rum als einer der Väter des Umbauprogramms, also geradezu als einer der Väter der Steuerbarkeit kapitalistisch verfaßter Wirtschaftsweise zugunsten sozialer und ökologischer Erfordernisse. Läuft rum als Halbprotagonist Oskar Lafontaines, was den Lohnverzicht betrifft. Kurz: Immer nur zu sagen, man müßte mal das diskutieren, und man müßte mal Initiativen finden, aber in der Praxis immer politisch zu paktieren mit der sich nach rechts entwickelnden Mitte und den Realos in der Partei, ist natürlich selbstbeschönigendes Gesülze. Das denke ich, ist eigentlich das, was mir den Eindruck macht, daß ihr Erbschleicher seid, ihr habt euch aus bestimmten Kontroversen schlicht und einfach herausgehalten.

Gehrcke: Was ja heißt, daß jemand verstorben ist

zum Winkel: Der Patient ist doch die Partei.

Ebermann: Natürlich. Ich meine auch, daß die Niederlagen sehr schwer sind, die wir erlitten haben. Ich meine zugleich, es gab viele Konflikte in der grünen Partei, wo man zunächst mal, das bebildere ich taktvoll nicht an mir, sagen muß, diejenigen, die überhaupt widersprochen haben, haben das erste Verdienst. Jutta Ditfurth beispielsweise, über die ich von Leuten der undogmatischen Linken oder des linken Forums im Laufe der letzten Jahre schon so oft gehört habe, man müsse sie fallen lassen, um andere zu retten, hat erst einmal das Verdienst, dem ganzen Versöhnungsgesülze aus Anlaß der RAF-Amnestie-Debatte entschieden widersprochen zu haben. Wenn es richtig ist, daß eine marxistische Maxime lautet, dem deutschen Spießbürger immer wieder den Spiegel vorzuhalten, dann haben das im großen und ganzen ausnahmslos diejenigen getan, die jetzt in der Partei gebeutelt werden.

Im übrigen kann es ja auch mal richtig sein, sich zu dem w bekennen, was einem permanent und in der Regel in demagogischer Absicht vorgeworfen wird. Warum sollten wir uns nicht dazu bekennen: Mit uns gehen keine Koalitionen, wir wollen ins Parlament, um da Infos rauszuholen und ein bißchen aufzumischen, aber zur Mehrheitsbildung sind wir, so wie wir verfaßt sind und so, wie die SPD verfaßt ist, überhaupt nicht fähig. Leute, wenn es euch nur darum geht, Mehrheitsverhältnisse im Parlament w ändern, ist die Stimme an uns eine verschenkte, unabhängig davon, wieviel Prozent wir kriegen. Wäre ja eine denkbare Position, mit der man versuchen könnte, der Anpassung und Verparlamentarisierung entgegen w wirken. Das hätte so ein bißchen den Gestus: Wir wissen, daß wir zusammengeschossen werden sollen von der bürgerlichen Öffentlichkeit, und deswegen stellen wir uns dem Feuer und machen ein Stück weit Propaganda mit ausgewiesenen politisch radikalen Inhalten. Also nicht als Show, sondern unter dem Motto: Dieser Staat verdient Opposition, hier sind wir, wer die Opposition vergrößern will, soll uns wählen.

Stamm: Wenn ich Thomas' Methode übernehmen würde, hätten wir ein anderes Thema. Seine langjährige Bündnispartnerin Jutta Ditfurth lügt z.B. im »Arbeiterkampf«, daß sich die Balken biegen. Soll ich das jetzt beweisen? Christian Schmidt tritt inzwischen offen für eine Koalition der GAL mit der SPD ein. Mit Strathmann war Thomas selbst heftigst im Bündnis. Was soll das? Wenn ehemalige GIMler früher zur Wahl der SPD aufgerufen haben und das jetzt nicht mehr tun – was will er damit beweisen? Das bringt absolut keinen Gedanken rüber. Eins ist wahr: Unser »Linkes Forum« ist heterogen und wird es bleiben. Damit bietet es aber als streitender Zusammenhang weit mehr Möglichkeiten zur Korrektur anpasslerischer Tendenzen als eure Heldenpose.

zum Winkel: So sehr ich einverstanden bin mit dem, was Thomas gesagt hat, fehlt meiner Meinung nach eines, und das macht das Dilemma aus, in dem die Grünen heute sind. Es ist ja nicht mehr so, als gäbe es eine freie Wahl für die Mitglieder der Grünen, ob sie eine Systemopposition im Parlament haben wollen, oder ob sie eine Koalition mit der SPD anstreben, weil völlig klar ist, daß die SPD auf keines dieser Angebote eingehen wird. Die Option, die von Fischer, Schily und der Mehrheit der Grünen vorgeschlagen worden ist, ist ja auf Sand gebaut. Da gibt es ja nicht das geringste Echo, nicht die geringste Erfolgsaussicht. Und das Dilemma ist, daß die Grünen glauben, nur dann politikfähig zu sein, wenn sie diese aussichtslose Option verfolgen. Wenn wir nun die Meinung vertreten, das müsse auch notwendig so sein, weil die Gesellschaft so ist, wie sie ist, dann kommen wir ganz schnell dazu, ganz kleine, ganz alte und steinharte Brötchen zu backen. Und da sind nicht etwa nur die Grünen betroffen, sondern es ist überhaupt ein Problem der Linken, daß unsere Leidensbereitschaft, unsere Genügsamkeit, unsere Bescheidenheit ein Ausmaß angenommen haben, daß man sich wirklich fragt, wo hier noch die Kraft vorhanden ist, eine Anstrengung w einer grundsätzlichen Änderung w unternehmen oder wenigstens geistig vor Augen w haben.

Gehrcke: Mein festes Gefühl ist, daß wir es heute nicht nur mit einem gesellschaftlichen Umbruch zu tun haben, mit beginnenden Neuformierungsprozessen in der Linken im weitesten Sinne, mein festes Gefühl ist, daß wir es mit einer gewissen Renaissance oder der Möglichkeit einer gewissen Renaissance des Marxismus und sozialistischer Strömungen w tun haben. Ein paar Belege dafür: Von außerordentlichem Interesse waren für mich die Auseinandersetzungen um das Stahlwerk Rheinhausen und wie dort die Betroffenen in einem Lernprozeß w neuen Positionen gekommen sind . Auch das neue Verhältnis zur Sowjetunion halte ich für ein wichtiges Thema. Ich will keine Plakate von Gorbatschow haben, das interessiert mich nicht. Mir geht es um neue gesellschaftliche Inhalte. Ich habe den Eindruck, daß wir am Beginn eines Veränderungsprozesses stehen, der von einem Teil der Linken alleine nicht bewältigt werden kann, und deswegen müssen

die verschiedenen linken Gruppen kooperieren, müssen ihre Unterschiedlichkeit akzeptieren und ihre jeweiligen Monopolansprüche aufgeben.

Meine Sorge ist, daß die Linke diesen Prozeß verschläft, weil sie w sehr mit sich selbst beschäftigt ist, in den Grünen, in der DKP etc., so notwendig das alles auch sein mag. Ich habe ja in meiner Partei selbst ganz stark die Forderung nach Erneuerung vertreten. Ich meine aber damit nicht nur die Kommunistische Partei, sondern mir schwebt schon etwas vor wie die Erneuerung der Linken in der BRD und ihrer Bezüge zueinander. Ich finde die Grundposition, die der Thomas vertreten hat, dieser Staat verdiene Opposition, völlig richtig. Ich glaube, daß dafür ein gesellschaftliches Terrain vorhanden ist. In der Verbindung des Rebellischen und des Realen ist eine Option für die Linke drin, und damit muß man sich konkreter auseinandersetzen. Keiner soll von sich behaupten, daß er dieses Konzept bereits erarbeitet hat, weil ich glaube, daß ein solches Konzept nur gemeinsam zu erarbeiten ist.

Stamm: Um deinen Hinweis auf die Veränderungen in der Sowjetunion aufzugreifen und gleich einen konkreten Vorschlag für linke Kooperation zu machen: Warum soll es nicht möglich sein, die in der bundesrepublikanischen Bevölkerung rapide abnehmende Akzeptanz von Militär, von Atomwaffen, von Tiefflügen, von Bedrohungsthesen bezogen auf den Osten, in einer gesellschaftlichen Initiative aufzunehmen und zu sagen: Wir machen einen Kongreß mit Vertretern aus der Sowjetunion. Wir schlagen vor, dem Gerede über das gemeinsame europäische Haus, was auf der Politikerebene stattfindet, etwas entgegenzusetzen, indem die westdeutsche Linke, die Grünen die Alternativen mit Vertretern der Sowjetunion, Mitgliedern der KPdSU sowie der informellen Gruppen, die in der Ökologie- und in der Friedensfrage mit der KPdSU an einem Strang ziehen, in Verbindung mit einem Kulturkongreß in West-Berlin die Debatte führen und zugleich in so einem Kongreß demonstrieren, wie lebendig und spannend die Diskussion in der Sowjetunion ist. Das wäre eine Perspektive, an der massenhaftes Interesse besteht, weil wir so versuchen können, den Legitimationsdruck auf unsere Politiker, auf die SPD genauso wie auf die die Aufrüstung vorbereitenden Politiker in unserer Regierung, zu erhöhen. Es hat noch nie eine internationale politische Lage gegeben, mit der wir so viel arbeiten können, ganz unabhängig von der Bewertung der sowjetischen Politik in Einzelheiten.

Gehrcke: Das ist doch ein Fazit. Denn natürlich ist mir der Perestroika-Prozeß in der Sowjetunion aus verschiedenen Gründen ungeheuer wichtig. Er ist mir wichtig, weil er Antwort geben kann, ob die kommunistische Partei der Sowjetunion in der Lage ist, Deformationsprozesse, im Kern ja noch ein verharmlosendes Wort, im Sinne eines schöpferischen Marxismus aufzubrechen. Der Marxismus wird nie völlig losgelöst von der Realität in den sozialistischen Ländern betrachtet werden. Deswegen sage ich erst einmal ja zum politischen Denken der Perestroika, wie skeptisch man einzelne innenpolitische Maßnahmen der Sowjetunion auch beurteilen mag. Ich empfinde die Perestroika als starken weltweiten Impuls revolutionärer Strategie und Taktik, der auch der Linken in der BRD größere Bewegungsmöglichkeiten bietet. Heute betrachten viele ungeheuer interessiert, was sich an konkreter Demokratisierung in der Sowjetunion vollzieht, welche gesellschaftspolitischen Lösungen dort entwickelt, ausprobiert, verworfen werden und was sich dort an Erneuerung des Marxismus tut. Das ist eine Chance für uns, dort mit einzusteigen, nicht in Form neuer Abhängigkeiten, sondern in Form der eigenen Positionsentwicklung.

Ebermann: Bevor ich widerspreche: Wenn ich sagen sollte, was mir in Hamburg in der letzten Zeit hoffentlich begründeten Optimismus verliehen hat, dann war das die Demonstration gegen das Nato-Parlamentariertreffen. Das war erstens eine sehr große Demonstration und zweitens eine, wo Wolfgang Gehrcke, Mitglieder des KB, Autonome, linke GALier gemeinsam was organisieren konnten und gemeinsam dem Distanzierungsdruck widerstanden haben. Die Demonstration unterschied sich politisch und optisch von vielen Demonstrationen der Friedensbewegung zuvor. Sie war optisch schmuddeliger und politisch radikaler und hatte viel weniger das, was Fülberth einen Flair von Wohlstandsbewegung nennt. Ich würde sagen, man kann zunächst mal feststellen, daß in bestimmten voneinander getrennten Sektoren linker Politik so etwas gewachsen ist wie wechselseitiger Respekt für die Anstrengung auf Feldern, wo man selbst nicht oder kaum präsent ist. Es wächst in der DKP eine Strömung, ich sage das jetzt übermäßig beschönigend, die sozusagen die Betonphase Breshnew und Mies überwinden will, ohne sozialdemokratisch zu werden. Diese linke Strömung verfolgt das, was wir machen und was politische Autonome machen, mit einem gewissen Respekt und nicht mehr so geißelnd wie früher. Es gibt Vertreter und politische Strömungen der alten Radikalität von Bürgerinitiativpolitik, ob sich das jetzt ausdrückt in Zeitungen wie »Radiaktiv« und »Atom« oder in Interpreten wie Walter Mossmann, die auch nach gemeinsamen politischen Arbeitsmöglichkeiten suchen. Es gibt die linken Grünen, die schweren Erschütterungen unterworfen sind und deswegen auch ein Stück Selbstüberschätzung und zeitweise gepflegte Arroganz gegenüber dem, was außerhalb lief, ablegen mußten. Es gibt analysierende Zirkel und politikmachende Zirkel wie den KB, die nicht gerade sehr stark sind, wenn es um politische Interventionen geht, die da aber was einbringen könnten. Durch die Vorstöße von Lafontaine ist ein gewerkschaftslinkes Betätigungsfeld freigelegt worden, was ziemlich neue Frontverläufe in der innergewerkschaftlichen Diskussion produzieren wird. Es ist wahnsinnig schwer, sich vorzustellen, wie diese Kräfte zusammenfinden sollen. Aber es lohnt! Dieser Prozeß muß auch dann in Angriff genommen werden, wenn wir zu der Auffassung kommen, wir bleiben dort, wo wir im Moment arbeiten, um überhaupt die Identifikation mit dem Arbeitszusammenhang oder der Partei, in der wir stecken, aufzubrechen zugunsten eines Bewußtseins: »Ich gehöre zur

bundesrepublikanischen Linken« . Denn dies zu sagen, ist etwas anderes als zu sagen: »Ich bin Grüner«. Es ist etwas anderes, auch wenn ich das scheinbar psychologisiere.

Dann glaube ich im Gegensatz zu Wolfgang und Michael, daß die innenpolitische Entwicklung in der Sowjetunion für diese neuen Chancen nichts hergibt, im Gegenteil eher ein Stück weit die neuen Chancen, auch die des Marxismus, zurückdrängen wird. Was bedeutet es beispielsweise, wenn der polnische Ministerpräsident Frau Thatcher zu seinem Vorbild erklärt? Was bedeutet es, wenn man sich informieren kann über bestimmte Entwicklungen in Ungarn, welche Abkehr von marxistischer Politik sich lohnen könnte? Was bedeutet es eigentlich, daß sich die Sowjetunion – wie manche Perestroika-Fans das sehen – endlich auf das politisch positiv bewertete Niveau der westlich-imperialistischen Welt empor arbeitet? Was bedeutet es, wenn es in der Sowjetunion zwar mehr Demokratie geben wird, mehr demokratische Debatte, mehr ehrliche Geschichtsforschung, aber zugleich eine sichtbare materielle Schlechterstellung all derer, die den dort ausgerufenen Leistungsprinzipien nicht gewachsen sind? Was wird das bedeuten?

Stamm: Das kommt aber nicht. Das ist dummes Zeug.

Ebermann: Wenn man eine Linke in der BRD rekonstruieren oder vernetzen will, dann rate ich ganz stark dazu, eine absolute Unabhängigkeit gegenüber allen sozialistischen Vaterländern und die Freiheit sicherzustellen, dort einzelne Prozesse zu begrüßen und andere schroff zu kritisieren. Nur das kann die Linke voranbringen.

Gehrcke: Thomas, ich will nur eine kurze Replik machen. Ich finde deinen Gedanken: Daß man zusätzlich zur eigenen Organisation, Partei, Gruppe etc. das Bewußtsein entwickeln sollte, Teil der bundesrepublikanischen Linken zu sein, außerordentlich wichtig, und das bedingt Respekt voreinander, das bedingt auch Respekt vor den Genossen in der eigenen Organisation. Von daher teile ich erst einmal nicht deine Einschätzung der DKP. Es wäre völlig unsinnig, wenn wir jetzt neben einer allgemeinen Sympathie zueinander plötzlich eine neue Gemeinsamkeit entdecken würden. Man kann sagen, wir können besser miteinander umgehen und diskutieren. Wir können vernünftige Aktionen und vernünftige Debatten führen, aber es wird immer darauf beruhen, daß wir unseren Streit austragen und das ausdebattieren, das gehört dazu. Und was die Prozesse in der Sowjetunion angeht: Ich sehe in ihnen eine Chance, daß sie es uns möglich machen, uns ein schöpferisches Herangehen an den Marxismus zu erobern. Diese Chance will ich nutzen aus den inneren Bedingungen der BRD heraus und nicht, weil irgendwo das so und so gemacht wird.

zum Winkel: Wenn unsere Bereitschaft zur Diskussion und Zusammenarbeit untereinander ernst gemeint ist, dann müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß da sehr schmerzhafte Dinge ablaufen werden, wie ja das Infragestellen bisheriger Selbstverständlichkeiten, bisheriger Loyalitäten immer ein schmerzhafter Prozeß ist. Deswegen, Michael, zu deinem Vorschlag, auf die Friedens- und Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion eine Antwort der westdeutschen Friedensbewegung zu finden: Das ist ja keine neue Idee, das wird in der einen oder anderen Weise diskutiert, und es sollte mehr dabei herauskommen als ein Kulturkongreß. Wenn wir uns vornehmen, die Popularität Gorbatschows auszunutzen, um sozusagen eine Akzeptanzebene zu erreichen, wo wir dieses Medienspiel mitspielen können, ähnlich wie es Joschka Fischer in der Frage des Atomausstiegs vergeblich versucht hat, dann greift die ganze Angelegenheit zu kurz. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht für eine großartige Akzeptanz linksradikaler Politik sprechen. In diesem Sinne ist unsere politische Arbeit natürlich kein Vergnügen. Ein Vergnügen wird es nur sein, wenn eine ganze Menge schöpferischer Energien der Linken dadurch freigesetzt werden, und da sollte man sich selbst auch nicht immer unter Wert verkaufen. Es haben sich immerhin linke Qualifikationen herausgebildet aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen, und mit diesen Qualifikationen sind wir durchaus auch in der Lage, zu intervenieren.

Stamm: Hier haben wir eine scharfe Differenz. Es gab in der vergangenen Phase keine linksradikale Politik. Ich meine jetzt nicht die Phase vor 1979, sondern die grüne Phase, die für unsere Diskussion heute wichtig ist. Das war keine linksradikale Politik, sondern das war der Versuch, linksradikale Positionen mit bestimmten gesellschaftlichen Bewegungen wie der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung zu verbinden, um an bestimmten Punkten gesellschaftliche Widersprüche bewußtseinsmäßig zuzuspitzen. Es gab also immer eine Gemengelage linker Initiativen, die auf eine bestimmte Resonanz bei Leuten gestoßen sind, die andere Herkünfte hatten, die sich dann über einzelne Themen mit in die Bewegung haben ziehen lassen und die wieder zurückgegangen sind, nachdem bestimmte Themen erschöpft waren, und ich behaupte, die linksradikale Politik, die ein Projekt schmiedet, wie Thomas das gemacht hat, indem er die neue DKP-Strömung, da am besten so die linken Marxisten, alte Vertreter von BIs mit Radikalität, linke Grüne, KB, die vermeintlich riesige Gruppe der Gewerkschaftslinken, dann noch politische Autonome, indem er das alles zum Träger einer gemeinsamen Politik macht, dieses linksradikale Vorhaben kann nur in die Hose gehen. Das wird genauso falsch, wie die Bündnispolitik, die in der Vergangenheit mit bestimmten Leuten gemacht wurde, nur daß dann diesmal andere Kräfte enttäuscht werden. Dagegen, meine ich, käme es viel entscheidender darauf an, die Autonomiebegrenzungen zu sehen, die einer linken Politik bei uns heute gesetzt sind.

Erstens: Jedes linke Projekt wird eine unaufhebbare relative Abhängigkeit von der Sozialdemokratie haben, wie radikal die Träger dieses Projektes auch sind. Denn sobald es in den politischen Raum stößt und vielleicht auch in den

parlamentarischen Raum, bestehen Notwendigkeiten von der gesellschaftlichen Basis des wie auch immer gearteten Projekts her, ein, wenn auch schwieriger werdendes, Spannungsverhältnis zur Sozialdemokratie hinzukriegen. Wenn wir das nicht machen, spielt die ihren Einfluß, den sie in unserer gesellschaftlichen Basis hat, aus. Wir müssen uns diese relative Abhängigkeit von der Sozialdemokratie klar machen, um sie durch kluge Politik zu verringern. Das zweite ist die Sowjetunion-Frage: Es gibt kein linkes Projekt, das ist völlig ausgeschlossen, das an dem Problem des praktizierten Sozialismus vorbeikommt. Jedes gesellschaftliche Projekt wird verwiesen sein, ob es sich dem stellt oder nicht, auf die praktizierten Versuche. Und da meine ich, daß nicht nur die Selbstreflektion, die Aufarbeitung der Kritik, das Diskutieren über Fehler, eine aufbrechende, befreiende Wirkung ha., sondern auch das Beenden der idealistischen Vorstellungen von den vermeintlich entwickelten sozialistischen Gesellschaften. Wenn wir rüberbringen, daß die KPdSU ihre überheblichen und apologetischen Mythen auflöst und eine jenseits des Kapitalismus liegende gesellschaftliche Organisation mit ihren wirklich vorhandenen Fähigkeiten anvisiert, dann verstärken wir vielleicht die nicht-kapitalistische Solidarität mit dem sowjetischen Umbauprojekt. Zugleich wird uns deutlicher werden, daß jeder Idealismus in der Politik, jedes Abkoppeln des Wollens vom Können, im Ergebnis zur Schwächung der eigenen Position führt und so die möglichen emanzipatorischen Effekte eigenen Handelns minimiert.

zum Winkel: Ich finde es schon interessant, daß Perestroika und Glasnost eine Triebkraft bilden für dieses fraktionsübergreifende Gespräch, und interessant dabei ist, daß wir uns in der Bewertung der Sache in keiner Weise einigen können. Auf einen Punkt – und das ist vielleicht für mich heute auch das Resümee – möchte ich noch hinweisen. Es wird immer wieder als eine marxistische Argumentation dargestellt, daß man sagt: So entwickeln sich die Dinge, und daher muß ich Abschied nehmen vom Idealismus und Kompromisse eingehen, damit ich überhaupt noch politisch effektiv sein kann. Ich muß, ich muß, ich muß. Ich muß die Nuancen zwischen Willy und Brandt erkennen und optimal nutzen, ich muß die Widersprüche zwischen »Stern« und »Spiegel« vertiefen und sehen, daß meine Leute in den unterschiedlichen Talkshows linke Inhalte, soweit es dort möglich ist, transportieren können. Diese Art sich einzulassen auf das Spiel, das von der Gegenseite vorgegeben wird, die Spielregeln immer wieder zu akzeptieren, um vielleicht irgendwann einmal rauszukommen aus dieser Zwangssituation, das ist marxistisch nicht mehr zu begründen. Hier muß man auch einmal als Marxist sagen können, ich will nicht mehr. Ich will mich nicht mehr innergrünen Logiken unterordnen.

Ebermann: Zwei Fragen kann ich nicht beantworten. Die eine Frage ist, ob die Grünen eine Zukunft haben, und die zweite Frage ist, ob ich eine Zukunft innerhalb der Grünen habe. Was wir nicht diskutiert haben, ist die Frage, ob nicht auch eine nicht sehr unwahrscheinliche Möglichkeit darin besteht, daß es den Realos und der Mitte bei den Grünen sehr wohl gelingen kann, uns drastisch zu besiegen, was aber keine Garantie ist, daß sie dann politischen und wahlpolitischen Erfolg haben werden. Ich halte es für eine richtige Position, den eigenen Verbleib oder den Verbleib der eigenen Strömung in einer Partei nicht erstrangig davon abhängig zu machen, was einem außerhalb der Partei an positiven und negativen Möglichkeiten blühen würde, sondern es gibt da auch einen halsstarrigen Prinzipialismus, den ich so definieren würde: Wenn ich zu der Auffassung komme, daß ich das Profil einer politischen Partei nicht wesentlich mitprägen kann, sondern nur Instrument bin um bestimmte Kreise an diese Partei zu binden, ohne die Politik der Partei beeinflussen zu können, dann richte ich damit objektiv Schaden an. Ich kann mir deswegen vorstellen, daß in absehbarer Zeit sich herausstellen wird, ob man als linker Grüner die Partei noch mitprägen kann, und an dem Maßstab, der zugleich mein Maßstab ist – wirkt diese Partei noch desintegrierend oder reorganisiert sie Widerstands- oder Oppositionspotentiale zugunsten dieses Staates? – , an diesem Maßstab muß die Entscheidung gefällt werden, ob man in der Partei verbleibt und auch, wie man insgesamt zu der Partei steht.

Von meiner Gemütsverfassung her hat Detlef alle meine Sympathien auf seiner Seite, denn ich würde es als etwas Befreiendes ansehen, endlich mal wieder politisch die Sau rauszulassen, endlich mal wieder die sich manchmal ja auch verselbständigende Selbstbeschränkung im politischen Argumentieren überwinden zu können und in Zusammenhängen zu arbeiten, wo eine Grundradikalität, eine Grundrebellion, eine Grundablehnung bestehender Verhältnisse selbstverständlich ist.

konkret 02/89, S. 46

Gero von Randow

Tschernobyl, geschüttelt

Kamille-Tabletten zur Beruhigung von Kindern, die ihr Spielzeug wegwerfen, Bilsenkraut-Pillen zur Bekämpfung der Eifersucht bei Frauen, die »sich gerne zur Unterhaltung nackt ins Bett« legen – seit 200 Jahren verbreiten die Homöopathen mit ihren skurrilen Tinkturen auch ein gesucht reaktionäres Welt- und Menschenbild. Unsere alternativen Wissenschaftskritiker sind begeistert

Das Volk muß alles wissen ! Und dann, so heißt es in einer anonymen Schrift aus dem Restaurationsjahr 1851, dann »wird die Zeit kommen, – und sie wird bald kommen, wir sind in dem Jahrhundert, nicht der Reformen, sondern der Revolutionen! – dann aber auch wird die Zeit der politischen Wiedergeburt kommen. Denn mit der religiösen und der wissenschaftlichen geht die politische und die soziale Revolution Hand in Hand.« Eine Flugschrift radikaler Demokraten? Oder ein Zirkular der Kommunisten, denen in Köln gerade der Prozeß gemacht worden war? Denkste. Weiterlesen. »Die Basis aller Revolutionen aber ist die leibliche . « Das hat auch Robespierre nicht gewußt. Außerdem war er Franzose: »Diesen verweichlichten, lasterzerfressenen Völkern kann kein größer Unglück begegnen, als eine Revolution. Aus den Mördergruben und Unzuchthöhlen würden die Raubtiere stürzen, die Marat und Collet d'Herbois, und ihre Röcke purpurn färben im Blute der Völker.« Was wir hier lesen, ist ein Traktat, das für die Homöopathie ficht.

Konterrevolutionär, aber mit dem Gestus der Revolution, wissenschaftsfeindlich, aber mit dem Gestus der Aufklärung, so lassen sich viele Strömungen der Romantik charakterisieren, die dem konservativen Geruch einen süßlichen Hautgout verpassen, damals wie heute. Die Homöopathie ist immer dabei, weil sie eh' jede Konjunktur nutzt. In einer Propagandaschrift aus dem Jahre 1838 heißt es: »Eine Einführung der Homöopathie beim Militär könnte von mannigfachem Vortheile sein, besonders im Felde, wo die Kleinheit einer homöopathischen Feldapotheke beinahe von einem Manne getragen werden könnte.« Homöopathie ist staatstragend oder mordskritisch, je nachdem. Für sie ficht Frau Carstens oder, und damit bin ich beim Anlaß, das Umweltmagazin »Natur« (Ausgabe Januar 1989).

Der Begründer der Homöopathie, Samuel Hahnemann (1755-1843), bezeichnete sich gerne als Martin Luther der Heilkunst, die »Zeit« ordnete ihn kürzlich als Aufklärer ein. Ganz anderes erfährt die Zielgruppe der »Natur«-Redaktion: Hahnemann war natürlich ein »Wissenschaftskritiker« und »Aussteiger«, er »gehörte nämlich schon vor 200 Jahren zu den Alternativen« und »wäre heute einer der 'Ärzte gegen den Atomkrieg'«, was der Homöopathie – über einen Umweg – endlich zu ihrem Nobelpreis verholfen hätte. Hahnemann, der die Wirkung vieler Substanzen an sich selbst, seiner Frau und seinen Kindern erprobte: Wäre er heute gegen Tierversuche? Und ob! Er müßte nur ein wenig darauf achten, daß die noch heute verschriebenen Präparate der Homöopathie mit dem Artenschutz vereinbar sind – etwa die zerstoßenen Kröten, die eine Fachanleitung von 1986 gegen Krampfanfälle empfiehlt (allerdings nur bei männlichen Patienten mit »übermäßiger geschlechtlicher Erregung, die zur Onanie treibt«.)

Zurück zur »Natur«. Die Wissenschaftskritiker reden auf einmal von »moderner Naturwissenschaft«: nämlich dann, wenn diese nicht als Angeklagte, sondern als Zeugin aufgerufen wird. In »Natur« begründen Quantenphysik, Biophysik und Chaos-Theorie die Homöopathie. Die »FAZ« steuert Informatik und Systemtheorie bei, das »PM-Magazin« die Archetypenlehre C.G. Jungs. Als Kybernetik modern war, war's eben die, und viele Jahrzehnte zuvor der Mesmerismus. Auffällig oft muß die Quantenphysik herhalten und zwar mit einander ausschließenden Begründungen. Wer sich jedoch darauf einläßt, die einzelwissenschaftlichen Begründungen anzuzweifeln, der bekommt es mit einer nicht gerade homöopathischen Dosis Tobak zu tun: mit der Ganzheit.

Das Ganze ist das Wahre, das wußte auch Hahnemanns Zeitgenosse Hegel, doch kümmerten diesen sehr wohl auch die Teile, denn das Ganze galt ihm nur konkret als die Zusammenfassung des Mannigfaltigen. Im New Age wird dieses Ganze reduziert, so daß das Ganze nichts als das Ganze ist. »Ursache einer Erkrankung sind aus unserer Sicht also eben nicht irgendwelche Viren, Bakterien oder Autoimmunprozesse, sondern ein viel geheimnisvolleres, den Menschen in seiner Ganzheit erfassendes und auflösendes Prozessuales. . .«, dozierte ein Homöopath in der »Süddeutschen Zeitung.« »Für den homöopathischen Arzt ist der Mensch eine Einheit aus Geist, Seele und Körper«, zu begreifen nur mit dem »ganzheitlichen Erkenntnisprinzip« (»Natur«).

Ganzheit, das ist das neue Para-Dogma. Wir Menschen bevorzugen, was entwicklungsgeschichtlich wohl von Vorteil war, die einfachen Lösungen. Das ist zum Problem geworden. Die Welt, in die wir eingreifen, und ebenso die Systeme unseres Zusammenlebens sind derartig komplex, daß wir Mühe haben, sie zu begreifen – und Irrtümer können verheerende Folgen haben. Die Sehnsucht nach der integrierten Sicht, nach dem Stein der Weisen wächst. Es ist die Zeit der Sekten. Die Nachfrage induziert das Angebot, weshalb die Regale in der Ganzheits-Abteilung proppenvoll sind. »Natur« handelt auch damit; das Ganzheitswerben des Blatts verträgt sich sehr wohl mit Lobeshymnen auf, beispielsweise, den NRW-Umweltminister Matthiesen – Ganzheit ist die Religion, Müllverbrennung die Praxis. Früher hieß das demokratischer Sozialismus.

Also gut. Ich bin kein Mediziner. Ein homöopathischer Arzt nimmt sich rund zwei Stunden Zeit, um seinen Patienten kennenzulernen. Er verschreibt ihm keine Super-Kombi-Chemo-Bomber, sondern beispielsweise zerkleinerte Marienkäfer in Alkohol, was in vielen Fällen wohl das Beste ist. Davon abgesehen gilt strenge Diät. Niemand wird bestreiten, daß es unter Anhängern jeder Heilungslehre hervorragende Ärzte gibt, deren Patienten nach einer Behandlung gesünder sind als vorher, und das will heutzutage etwas heißen.

Der homöopathische Arzt protokolliert eine Vielzahl von Eigenschaften seines Patienten. Dann vergleicht er das Protokoll mit »Arzneimittelbildern«. Dabei handelt es sich um Listen von Symptomen, die bei gesunden Menschen aufgetreten sind, nachdem ihnen bestimmte Substanzen verabreicht wurden. Sobald er eine Übereinstimmung entdeckt, läßt der Arzt den Patienten ebendiese Substanz einnehmen (»Ähnlichkeitsprinzip«). Die Krankheitssymptome verstärken sich erst, und danach verschwinden sie. Soweit die Heilslehre. Hinzu kommt eine Arzneimittellehre. Diese besagt, daß nicht die Substanz, sondern ihr geistiges Wesen heilende Kraft habe. Dieses Wesen sei um so reiner zu erhalten, je mehr die Substanz verdünnt werde. Bei einer Verdünnung von 1:102° beispielsweise, die nur noch theoretisch ist und kein Substanzmolekül im Medium mehr übrig läßt, sei die Substanz besonders stark vergeistigt, weshalb solches Verdünnen »Potenzieren« heißt.

Fein verteilt und potenziert ist jedenfalls die reaktionäre Substanz dieser Lehre, die zu Unrecht immer wieder mit Naturheilverfahren in Verbindung gebracht wird. Ihr zufolge sind nur Symptome wahrnehmbar; Ursachen einer Krankheit und damit die Krankheit selbst bleiben naturwissenschaftlicher Erkenntnis verschlossen. Krankheit sei nichts als »ganzheitliche Störung der Lebenskraft« (»Natur«), und damit ist die klassische Paarung von Empirismus und Mystizismus ein weiteres Mal vollzogen. Das Wesen der Dinge sei nicht der Wissenschaft zugänglich, so lautet stets das Credo der Gegenaufklärung. Soweit zur Krankheit.

Ihre Heilung richtet sich nach dem Ähnlichkeitsprinzip, das einen manchmal sinnvollen Gedanken (Reiztherapie) zu einem abstrusen Dogma erhebt – wer es zuende denkt, müßte beispielsweise Atemnot mit Kohlenmonoxyd bekämpfen. Gerade dieser Dogmatismus macht den rückschrittlichen Charakter der Homöopathie aus; und wäre die heute gelehrte Medizin noch so dogmatisch – brauchten wir dann statt ihrer ein neues Absolutum? Homöopathie sei »das Prinzip des Lebens überhaupt«, so schreibt ein »Gemeinnütziger Verein zur Förderung der Homöopathie« aus München.

Diese Lehre ist zu allem Überfluß durch und durch mechanistisch. Ihre naturwissenschaftlichen Erklärungsversuche benutzen meist Prinzipien der klassischen Mechanik als Metaphern, die sie jedoch wörtlich verstehen. Wenn der Apotheker zerhackte Bienen oder Graphit »potenziert«, dann hinterläßt die verdünnte Substanz in der Lösung einen »exakten Abdruck« (»Süddeutsche Zeitung«), oder, noch waghalsiger, wird »stoffliche Materie durch Verdünnen oder Schütteln in energetische Information umgesetzt. Wasser, das heute meist als Trägersubstanz verwendet wird, ist ein ideales Medium, weil es den größten Teil unseres Körpers ausmacht und jede Zelle erreicht« (»Natur«). Das also ist Wissenschaftskritik? Mit dem Ergebnis, daß komplexe Krankheiten geheilt werden, indem wir einfach ein kleines bißchen Kupfer, Graphit, Eiter oder Operationsreste schlucken?

So offenbart sich ein Menschenbild, für das sich der vulgärste Materialist schämen müßte. Ein homöopathischer Beitrag in der »Deutschen Apotheker-Zeitung« empfiehlt Eltern, deren Kinder »widerwärtig« sind oder »gewünschtes Spielzeug sofort wieder wegwerfen« und überhaupt mit ihrer ewigen »Ungeduld« nerven, ein paar Kamille-Pillen, um die Kleinen ruhigzustellen. In Gilbert Charettes »Homöopathischer Arzneimittellehre für die Praxis«, einem Klassiker, der 1987 in der fünften Auflage erschien, erfahren wir, daß Onanie krank macht. Kindern sei in diesem Fall Platin zu verabreichen, Phosphorsäure wiederum sei »das Heilmittel der jungen Leute, die zu rasch wachsen und körperlich (Onanie) oder geistig (Studium) überanstrengt sind.« Das schon erwähnte Platin sei ansonsten ein »wertvolles Frauenmittel«, jedenfalls bei Frauen vom Platin-Typ: »Die Platin-Patientin ist die hysterische Frau mit profusen, verfrühten Regeln und überempfindlichen Geschlechtsorganen (Nymphomanie). Sie zeigt Hochmut und unmäßiges Selbstbewußtsein, behandelt andere von oben herab. Sie ist sehr launenhaft, bald fröhlich, bald traurig... der Schlaf ist kurz und unruhig, durch häufiges Aufwachen und schreckliche, unzusammenhängende oder unzüchtige Träume unterbrochen.«

Noch einer? Bilsenkraut-Tabletten helfen gegen Zuckungen und Eifersucht bei Frauen, deren Symptomen-Liste so aussieht: »Schamlosigkeit, zieht rasch alle Kleider aus, legt sich gerne zur Unterhaltung nackt ins Bett. Ausgesprochen übersteigerter Geschlechtstrieb«. Das ist von 1986 und heißt: »Aktuelle Anwendungsmöglichkeiten der Homöopathie in der ärztlichen Praxis«, »herausgegeben von Sanitätsrat Dr. Georg Wünstel unter Mitarbeit von« undsoweiter.

Die Weltgesundheitsorganisation stellte vor wenigen Jahren fest, daß die Homöopathie in den westlichen Industrienationen wieder im Kommen sei. Homöopathische Präparate machen fünf Prozent des Arzneimittelmarktes aus, und fünfzig Prozent aller Apotheken bieten sie bereits an. Die »Deutsche Apotheker-Zeitung« zog das Fazit einer Fachtagung so: »Wer möchte und – demnächst – kann auf diese Einnahmequelle verzichten? Eine Teilnehmerin brachte es auf den Punkt: 'Man muß nicht daran glauben, wenn man es verkauft! ' « . So ist das mit dem Verhältnis von Tausch- und Gebrauchswert.

»Es richtet wenigstens keinen Schaden an«, hören wir oft, übrigens sehr zum Verdruß der Homöopathen. In der Tat hat wohl noch niemand versucht, mit homöopathischen Arzneien einen Giftmord zu begehen. Dennoch gehört beispielsweise Quecksilber auf die Deponie und nicht in die Medizinflasche. Und schließlich wissen wir nicht, was uns der Homöopathie-Boom noch alles so bescheren wird. Eine böse Vorahnung beschleicht mich, wenn ich die in »Natur« angestellten Erwägungen lese, ob wir uns mit radioaktiv verseuchtem Wasser – hochpotenziert natürlich – gegen Strahlenerkrankungen schützen können. Zwar heißt es: »Chromosomenbrüche durch radioaktive Strahlung reparieren, das kann auch die Homöopathie nicht.« Indes geht der Text weiter: »Und trotzdem: irgendetwas bewegt sich doch. Wer im Stuhl eines Heilpraktikers oder eines Arztes sitzt, der mit einem Elektroakupunktur-Gerät den Energiehaushalt mißt, stellt mit Erstaunen fest, wie sich manche Werte hin 'zur Norm' einpendeln, wenn das potenzierte Tschernobyl in den Meßkreis eingeführt wird.«

Zwar ist die Erde keine Scheibe. Tatsache ist andererseits, daß sie ziemlich flach aussieht. Oder etwa nicht?

konkret 02/89, S. 49

Gunter Schmidt

Weiße Flecken

Das neueste »Kursbuch« hat sich der Seuchen angenommen und zum Thema Aids erstaunlich ignorante Texte gesammelt

Eine Unzahl unsichtbarer, unberechenbarer, potentiell todbringender Mikroorganismen sind in uns und um uns herum. Sie verändern sich mit atemberaubender Geschwindigkeit und stellen unser Immunsystem ständig vor neue Aufgaben. Aids ist nur ein Beispiel dafür: Wir unterschätzen in sträflicher Weise »die Vielzahl der Infektionskrankheiten, die unsere Zukunft bedrohen«. Wann wird das HIV »den Trick lernen, sich durch die Luft zu übertragen«, fliegen lernen? Es gibt »keine Garantie, daß der natürliche Konkurrenzstreit in der Evolution zwischen Virus und Gattung Mensch uns immer als Gewinner sehen wird«. Daß »Populationen in gigantischem Maße ausgelöscht werden... ist schließlich ein unablässiger Vorgang in der Natur«.

Dies ist die Botschaft – sympathisch undramatisch vorgetragen – des US-amerikanischen Mikrobiologen Joshua Lederberg im *Kursbuch* mit dem düsteren Titel »Die Seuche« – und der biophilosophische Grundstoff dieses Werkes.

Noch eine neue, bisher übersehene, verdrängte Gefährdung unseres Lebens. Attackiert von zerstörerischen Kleinstparasiten, umstellt von »stationären Atombomben mit unbekanntem Zündungstermin«, verbrannt von ungefilterten Ultraviolettstrahlen; jeder Sexualpartner ein potentieller HIV-Angreifer, in jeder Familie ein Inzesttäter, pornographische Fluten, die die Männer durchseuchen mit Frauenhaß und sexueller Gewalttätigkeit; in der Butter der Infarkt, im Rauch und Mitrauchen der Krebs, aus dem Bleirohr der Altbauwohnung schleichende Vergiftung; Miasmen statt Waldluft, usw.usf.

Das Vertrackte daran ist – und an der Aids-Diskussion wurde dies besonders deutlich – , daß das stimmt, im Prinzip und einerseits; und daß andererseits diese Realität, mit Phantasien und Bedeutungen besetzt, zu einer Orgie an Selbstbezogenheit und Selbstbeschäftigung führt, zur ichzentrierten, paranoiden Sicht der Welt, die die rationale Auseinandersetzung mit den realen Gefahren so erschwert. Es ist ein narzißtisch gefärbter Lustschrecken, den wir erleben: Lebendigkeit kann offenbar nur negativ als Lebensbedrohung erlebt werden; der Wert des Lebens und der Selbstwert bemessen sich offenbar daran, wie vielen Bedrohungen man ausgesetzt ist oder sich ausgesetzt fühlt, weil paradoxerweise das Gefühl der Größe den wahrgenommenen Gefahren proportional ist. Es gibt hier keine Bedrohung, keine reale Gefahr, die nicht dieser kollektiven paranoiden Verarbeitung unterliegt. Sozialbiologen entdecken schon einen Katastrophenbedarf, einen Katastrophentrieb der Menschen als Erbe aus unserer stammesgeschichtlichen Vorzeit. Diese mystische Konstruktion verschleiert einmal mehr, daß hinter dem Schwall der ungezählten Einzel-Bedrohungen und -Betroffenheiten Macht- und Klassenverhältnisse innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Staaten zu bloßen Schemen verschwimmen. Zurück bleiben hypochondrische Selbstbespiegelung (allein oder in Gruppen), Versuche individueller Lösungen und Einzelmaßnahmen, im Glücksfall die Formierung von single point movements.

Von solchen Problemen handelt das *Kursbuch* nicht. Die besonders lesenswerten Aufsätze befassen sich auch nicht direkt mit dem Komplex Aids, sondern mit der Geschichte der Infektionskrankheiten – Pest, Syphilis, Aussatz, Cholera, Tuberkulose. Gerd Göckenjan untersucht am Beispiel der Pest die »Metaphernqualität« von Seuchen für gesellschaftliche Probleme, also die Tendenz, den Infektionskrankheiten einen Sinn außerhalb der Krankheit zu geben. (Die Herausgeber des *Kursbuch* haben diesen Aufsatz wohl nicht verstanden. Sie lassen die oben zitierte Arbeit Lederbergs, die im Amerikanischen »In Time of Plague« heißt, unter dem Titel »Die Rache (!) der Kleinsten« drucken – ein Lehrstück für »Krankheit als Metapher«.)

Die primäre Bedeutung sozialer Bedingungen, der Lebensumstände, für die Verbreitung und Eindämmung von Infektionskrankheiten dokumentiert Richard J. Evans anhand der Cholera. Er fordert aufgrund seiner Befunde dazu auf, »eine Krankheit wie Aids in einem möglichst umfassenden gesellschaftlichen Kontext wahrzunehmen, statt sie auf die Dimension eines rein medizinischen Problems zurechtzustutzen, das jede nur denkbare medizinische Antwort rechtfertigt – ohne Rücksicht auf die Folgen, die sich daraus für andere Lebensbereiche ergeben.« Für die Tbc im letzten und zu Beginn dieses Jahrhunderts kommen Thomas Gorsboth und Bernd Wagner zu ganz ähnlichen Ergebnissen und belegen, daß die Entdeckung des Tuberkelbazillus durch Robert Koch im Jahre 1882 und die vergebliche Hoffnung auf die schnelle Entwicklung eines bakteriologischen Heilmittels (es vergingen noch etwa 60 Jahre bis zur Entdeckung der Antibiotika) die sozialmedizinische Einsicht blockierten, daß die allgemeine Verbesserung der Arbeits-, Wohn- und Ernährungsbedingungen« entscheidend für den Rückgang der Epidemie war.

Rolf Winau stellt die Verbreitung der Syphilis zu Beginn der Neuzeit dar und begeht dann eine grobe Vereinfachung, die wir im Zusammenhang mit Aids noch häufig erleben werden: Die Reduktion der Wirklichkeit (und des gesellschaftlichen Wandels) auf die Krankheit: Die Folge der Syphilis sei »die völlige Änderung der Sexualmoral und der Lebensgewohnheiten der Bevölkerung« gewesen – als wäre die Syphilis der einzige bewegende Faktor im 16. Jahrhundert gewesen, einer Zeit tiefen gesellschaftlichen Umbruchs. Geschichte wird entpolitisiert zur bloßen Medizingeschichte. Dennoch, diese Aufsätze über die Infektionskrankheiten sind informativ und lehrreich für die Aidsdiskussion, wenn auch

ein Hauch von Bildungsbürgertumlesebuch zum Thema »Kultur und Krankheit« darüber liegt – und das *Kursbuch* beginnt ja auch angemessen: mit einem Bericht Heines über die Cholera in Paris 1832.

Über Aids direkt handeln drei Aufsätze, von denen Rolf Rosenbrocks differenziert argumentierendes Plädoyer für eine grundsätzliche Zurückhaltung bei der Anwendung des HIV-Antikörpertests hervorsticht. Die Testermutigungspolitik der Bundesregierung sei »ein klarer Verstoß gegen die Regeln der (ärztlichen) Kunst«. Der Grundgedanke des Aufsatzes ist schon zigmal von Rosenbrock formuliert worden, aber was er sagt, ist so vernünftig und praktisch bedeutsam, daß es gar nicht oft genug gedruckt werden kann. Schade nur, daß er seine guten Argumente selbst im *Kursbuch* mit der aufgedonnert-technischen Sprache des alerten Gesundheitsprofis garnieren muß (z. B. »strukturgestützte Verhaltensbeeinflussungen«, »flächendeckende zeitstabile Benutzung von Kondomen«, »kontrafaktisch-kontraproduktive Präventionsstrategien«). Diese autoritäre Expertensprache deutet darauf hin, daß Rosenbrock in seiner Begeisterung für eine pragmatische, effiziente und liberale Gesundheitspolitik übersieht, daß diese mit seuchenpolitischen Maßnahmen eins gemeinsam hat: Auch sie ist soziale Kontrolle (wenn auch mit anderen Mitteln).

Bernhard Ruf schließlich hat sich des Themas Aids etwas grundsätzlicher angenommen. Es ist der schwächste Aufsatz des Buches. Mit dem bekannten apodiktischen Mediziner-Gestus klärt er alles – Herkunft des Virus und epidemiologische Zukunft der Krankheit – und verkündet schließlich, was er offenbar für wünschenswert hält: »Im Labor wird sich entscheiden, ob zwei Menschen eine sexuelle Dauerbeziehung eingehen können«, denn »die praktizierte Kondomsexualität wird nur von vorübergehender Bedeutung sein«. Es ist bemerkenswert, daß ein solcher Quatsch im *Kursbuch* gedruckt werden kann und unwidersprochen bleibt.

Kennzeichnend für dieses *Kursbuch* sind die weißen Flecken oder Flächen, die offenbar für irrelevant gehaltenen Themen: Analysen des gesellschaftlichen Umgangs mit Aids, die Politisierung dieser Krankheit, ihrer In-Dienst-Nahme für sexualpolitische Ziele, der Bedeutung der Krankheit für das Sexual- und Liebesleben. In diesem Sinne ist »Die Seuche« unpolitisch (wenn auch in vielen Aufsätzen durchaus gesundheitspolitisch). Diese Ignoranz ist erstaunlich und befremdend. Werden intellektuelle, aufgeklärte Leser von den Kursbuch-Herausgebern gar nicht mehr gesucht? Solchen Lesern empfehle ich, was Aids betrifft, dann doch lieber das KONKRET-Sonderheft »Operation Aids«, zwei Jahre alt, doch aktueller, facettenreicher, kritischer – und auch noch billiger.

Die Seuche. Kursbuch 94 (herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler). Kursbuch-Verlag, Berlin 1988, 195 Seiten, 10 Mark

Gunter Schmidt arbeitet in der Abteilung für Sexualforschung der Universität Hamburg

konkret 02/89, S. 50

F. W. Bernstein

Der Ingrimm oder: Die Versammlung der Maulaffen

Wie der Karikaturmacher Chlodwig Poth anläßlich eines vergleichsweise nichtigen Anlasses zu großer Form auflief und wie angesichts dessen einige kulturkritische Vorurteile überprüft werden dürfen

Torheitstadel und Modekritik gehören zu den traditionellen Pflichtübungen des Satirikers, und der Karikaturmacher zieht mit; halb zieht es ihn aber auch und reißt ihn hin, so sehr ist er oft fasziniert von der Außenseite der Szene, über deren inneren Unwert er schimpft. Schnickschnack und Larifari solch meist frivoler Gesellschaftskritik wollte schon um die Jahrhundertwende der große Karikaturforscher Eduard Fuchs verabschieden: »Wir haben heute über ernstere Lose zu streiten«. Doch die heroischen Epochen satirischer Graphik sind vergangen und der Zeichner mit aufgepflanzter notorisch spitzer Feder, lodernd vor Pathos im letzten Gefecht, ist eine komische Figur geworden. Wer es heut noch unternimmt, unbeflügelt und schwer betroffen die Großgreuel aus Politik & Wirtschaft allegorisch, symbolisch und graphisch zu bannen, der landet, wenn er nicht aufpaßt, im Rathaus Schöneberg.

Dort im Foyer, unter den pastosen lebensgroßen Ehrenbürgerölgemälden und neben irgendeiner Schau »Holzbaukunst aus Vorarlberg« kriegt er eine Ausstellung, und der definierende Bürgermeister von Berlin nimmt nicht übel, sondern ernst und schreibt ihm ein Grußwort in den Katalog: »...Karikaturisten unterscheiden sich von Cartoonisten darin, daß sie ihr Publikum nicht zum Lachen bringen wollen. Der politische Zeichner will treffen, will provozieren und zur Nachdenklichkeit anregen... er ist ein sensibler Zeitgenosse...« Diese schwere Nachrede kriegte Ende 1988 der verdiente Zeichner des Westens, Fritz Berendt, ab, und das geschieht ihm recht.

Ein früherer Berliner Regierender Bürgermeister wollte zu Zeiten einen anderen – ja was nun? Karikaturisten? Cartoonisten? Hohepriester oder Lachenmacher? – wollte zu Zeiten, sage ich, einen Zeichner zur Nachdenklichkeit anregen in einer Talkshow im Fänsän vor hundert Millionen Zuschauern. Doch Chlodwig Poth ist eigensinnig geblieben: Nein, eine »positive« Satire gebe es nicht und könne es nicht geben und er, Poth, sei nicht zuständig dafür. Herr v. Weizsäcker hat dann seinen Bekehrungsversuch aufgegeben und ist lieber Bundespräsident geworden kurz darauf. Und so kam es, daß Poth nie im Rathaus Schöneberg, dem Berliner Regierungssitz, ausgestellt war, weder als Ehrenbürger noch als sensibler Zeitgenosse.

Noch rede ich drum rum, doch schon komme ich zur Sache: zur notwendigen und oft kurzsichtigen Bösewichtigkeit und zum Einseitigsein der Karikaturmacher und mit was für Gift sie ihre Figuren imprägnieren, um sie haltbar und komisch zu machen und wie sie überhaupt in Fahrt kommen –

Poth mit Ingrimm.

INGRIMM!

Nnnnngrrrrmmmm !

Zum Vergleich: Fritz Berendt schafft es als edler Ritter und schwerer Held: »Das Unrecht«, schreibt er im Vorwort seines Katalogs »Bitte nicht drängeln«, München 1988, »Das Unrecht hat viele Gesichter, aber es tritt universal in Erscheinung, ungeachtet geografischer oder ideologischer Grenzen, es sollte daher universal und ohne einseitige Entrüstung bekämpft werden. Ich denke, daß die politische Karikatur in dieser Auseinandersetzung eine Aufgabe hat und dazu beitragen kann...«

Ohne einseitige Entrüstung?

Nnnngrrrrrrmm!

Der Ingrimm aber ähnelt der Mißgunst, doch nicht lange, denn der Mißgünstige bringt nichts zustande. Mißgunst verhindert, belästigt und langweilt meist über Gebühr. Mißgunst schränkt ein und verkrampft, Ingrimm enthemmt und bringt zum Vorschein. Ingrimm treibt den Ingrimmigen Zeichner zu wunderbaren graphischen Verunstaltungen und setzt die unentbehrlichen drei G's der Karikaturmacherei ins Werk: Graphik, Gritik und Gomik.

Zur Sache: Nicht schwere Not macht uns die größte Pein, peinlicher noch können die mittleren Katastrophen sein. Apokalypse – na und?! Aber Literaturbetrieb: ngrrrrmmmm!

Nehmen wir nur – wie Chlodwig Poth – die Buchmesse, das Frankfurter Oktoberfest, diesen Kulturbetriebsrummel. Darüber zu schimpfen, gehört dazu. Wer darüber schimpft, ebenfalls. Literaturgelichter! Der Anlaß ist nicht die große Wut wert, für den Satiriker besteht keine Niedermachpflicht sowie wenig Ätz- und Geißelzwang. Wir Insassen dieser Alphabetenanstalt wären mir kaum der Rede wert, hätte Poth uns nicht scharf umrissen flachgelegt. Der Publikumsverkehr auf der Messe ist als Beispiel kultureller Zusammenrottung jederzeit dem Schimpf und Ärger seiner Verächter – und das sind wir doch alle – preisgegeben. Schwierig aber dürfte es sein, dieses Gemenge von Händlern, Lesern und Dichtern im

Freigehege soziologisch zu sortieren. Was für Gruppen, Schichten und Klassen treiben sich da herum? Beruf? Alter? Familienstand? Einkommen? Ich mache es mir vorerst einfach: Wer drin ist, gehört dazu.

Ins Auge fällt aber, wer bei aller Liebe nicht dazu gehört und doch ständig auf der Messe zu Gange ist: Der Politiker mit seinen Leibwächtern und die Polizei. Auf Chlodwigs Blättern sind sie nicht drauf. Das Fänsän gehört dazu, ist längst Folklore.

Chlodwig Poth hat im jüngstvergangenen Jahr Buchmessenbesucherinventur gemacht und zwei Wimmelbilder vorgelegt. In einer Schwarz-Weiß-Fassung für die »FAZ« (!) hat er physiognomische Stilblüten aufs Blech gestreut – in die Pfanne gehauen? – und bei mittlerer Hitze gebacken, dann Sprechblasen drübergeschäumt: Fertig ist der Auflauf. Hier ein Ausschnitt.

Arg viel Textstreusel sinds, und die Köpfchen sind noch nicht alle ganz ausgebacken und gar. Die »FAZ« hat danach die Serie »Poths Federlese« im Lokalteil gestrichen – aber sicher aus anderen Gründen.

Er, Chlodwig Poth, kann diese Messetypen, Kulturfuzzis und -tussis längst auswendig, er hat sie drauf und kann sie in' Schnee pinkeln, und seine Routine fängt an, ihn zu ärgern – ngrrmmm! Er könnte nun weise die Finger davon lassen, aber in seinem Doppelärger hält er es wie Albert Mangelsdorf, der immer wieder versucht, vom eigenen Posaunenspiel mit unerhörten neuen Tönen sich überraschen zu lassen: ngrmmm!

Und da hat ers, und es haut hin, plötzlich gehts, er kratzt die Kurven und erschafft einen wahren Sauhaufen von Kulturteilhabern, einen nach dem andern und siehe – aber sehen Sie selbst! In der OktoberNummer der »Titanic« bringt er auf einer Doppelseite seines »Messe-Haßblatts« gezählte 107 Figuren in einem Reigen unseliger Geister unter – wir zeigen Ausschnitte:

Sie drängeln sich zu grellen Ornamenten so hundsgemein, so gottserbärmlich fies, und sind aus Strich, aus dem impertinenten wie ihn des Zeichners Ingrimm ziehen ließ

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in der Vorhölle, und in mehreren Gemeinschaftszellen wimmeln die Feuilletonleserinnen und Feuilletonleser. Sie tun keinem was zu leide, sie schaden nicht und sie verderben nicht viel, sie gehen nur sich selber auf die Nerven, und der Zeichner zeichnet sie doch.

Keiner gleicht den andern in Chlodwigs Narrenstall und als wichtigstes Accessoire tragen die 107 WindbeutelInnen Köpfchen, wie wir diese Hals-Nasen-Ohren-Schnörkel nennen wollen, denen man das Schwatzwerk von den Lippen lesen kann auch ohne Sprechblase. Und so wird Arnold Hau's Verbot übertreten: »Redet nicht alle durcheinander!« und sein Gesetz erfüllet: »So einer den Schnabel allzuweit aufreißt, so soll ihm der Älteste sagen: 'Reiß den Schnabel nicht allzuweit auf!' Fährt er jedoch fort, den Schnabel allzuweit aufzureißen, so soll man ihn gewähren lassen.«

Zum Schluß ein Hümpel Leute in entsetzlicher Zusammenrottung; eine Randgruppe ist explodiert und zween läufige Herren fegen dahin auf der Suche nach ihrem Sinn (rechts) und auf der Flucht vor dem Diskurs (links), der unter ihnen abgebrannt wird. Kümmern Sie sich nicht drum! Hören Sie: Poth hat mit ingrimmigem Strich den Tonfall der Reden aufs Blatt gepreßt und geprägt, Ihr nadelscharfer Blick, Ihr Saphirauge machen das Knistern und Schwallen und Labern und Lallen spürbar! Hören Sie?

Was ich sagen wollte: In dieser unsrer Zeit nach der Wende, wo es ernstere Lose gibt, darüber zu streiten, wo Zeichner auf Bestsellerlisten geraten und doch kein rechter Segen drauf ruht: Seyfrieds Strich ist fast zu fein und Brösel seiner doch zu dick und stumpf geworden – in dieser Zeit, sage ich, findet Chlodwig Poth aus seiner Routine heraus (was hat er uns oft für viel zu volle knödeldicke Sprechblasen vorgesetzt) zu einem höchst luziden Stil sprechender Gesichter, zu einer geglückten Form graphischer Verwahrlosung –

Nnnngrrrmmmmmmm!

Nachtrag I

Und fast hätte die »FAZ« was gemerkt! Schwester Oberin vom Feuilletonistenorden oder einer der Novizen verkündet in der Silvesterausgabe 1988 eine Frohbotschaft, denn es hat Kunst geschlagen. Ist von Poth die Rede in zierlichen Worten? »Ein dezenter Hauch vom Geist der windigen Gesellen Dubuffets weht durch die randvoll mit Figuren gefüllten Tableaus ... seine angeregten Männlein und gestreiften Weiblein ... wuselnde Versammlung bizarrer Personen....« Chlodwig, Obacht! Die Einschläge der Wattebäusche rücken näher! »...Spannung in den witzig-narrativen Kompositionen entsteht durch den rüden Graffiti-Charme der schematisierten, im schablonenhaften Gestus erstarrten Figuren ... Wo sich Mallust und Erzähllust begegnen, findet auch der Betrachter einen günstigen Fensterplatz für das ästhetische Vergnügen...«

Dein Pech, Chlodwig, – nein! Dein Glück! – , daß Du nicht Hans Karl heißt und derzeit »in der hannoverschen Galerie kö 24« ausstellst. Da dürfen die »Männlein« sogar Schwengel und Schniepel tragen (»angeregt«!), solang sie nur dezent das Maul halten.

Nachtrag II

Ein einschlägiges Zitat von Robert Gernhardt: »Lächerlichkeit tötet? Dann müßte sich der Satiriker von Leichenbergen umgeben sehen. Doch die, die er lächerlich zu machen versucht, strotzen nicht nur vor Gesundheit, sie nehmen ihm mehr und mehr die Arbeit ab, indem sie sich immer ungenierter der öffentlichen Lächerlichkeit preisgeben...«

Will Chlodwig töten? I wo! Ist Poth ein Killer in effigie? Ach was! Wozu und warum hätte er dann sei nen Opfern, die er viel rascher in homogenen Mengen und Rudeln abtun könnte, Gesichter mit auf den Weg gegeben, EinzelmännchInnen, viel zu schade zum umlegen und auch viel zu harmlos?

Chlodwig ist kein Experminator und Drachentöter. Er läßt leben und rüstet seine Meute mit handgemachten Visagen aus, er macht alle einzeln mobil und gemeinsam unausstehlich in seinem Realitätenkabinett. Und sein ingrimmiger graphischer Odem und Ihr aufmerksamer Blick bringen Leben in das Kulturpanoptikum.

Anders als in den vorherrschenden Massenkulturspektakeln, von denen nur der Wind bleiben wird, ist Poths Messekundschaft noch durchaus eigensinnig und rastlos unterwegs: grapsch ! – raff ! – GARGEL ! – Guck! – ÄRGER! – schluck! – ZACK – Wusel... Noch sind diese Widerborste und Maulaffen nicht als Publikum stillgelegt, das sein Erlebnis will und sein Ereignis kriegt. Noch machen sie selber Lärm und gehen einem auf die Nerven.

Nnnnngrrrrmm!

Zugabe:

Nun das Schwatzwerk getan, wollen wir Einkehr halten in der Turnhalle. Der Wind hat sich gelegt – Ruhe herrscht – RUHÄ! – und Stille liegt über Bock und Reck und allen Matten. Kein Cembalo der Kunstkritik klirrt, und es zieht nicht – der Geist weht anderswo und wo er will; vielleicht sogar in corpore sano. Wir schlagen auf das »Aufgabenbuch des Deutschen Turnerbundes« auf Seite einhundertundzweiundneunzig, »Wettkampfgymnastik ohne Handgerät, Schwierigkeitsstufe L 4«.

Und: »4 Schlußhüpfer vorwärts. Linkes Bein seitstellen, Ferse aufgesetzt, Blick 7, Fuß heranstellen. Gegengleich wiederholen...«

Wenn Ihnen dies zu dumm ist, dann haben Sie doch einen Gang auf die wilde Seite!

Nnngrrrrrrmm!

konkret 02/89, S. 53

Peter Hacks

Die kleinen Männer mit den Kugelköpfen

Über Evolutionäre, Reformatoren und die Aufklärbarkeit des Absolutismus

Es ist selten leicht, auf eine kurze Frage eine kurze Antwort zu geben. Neulich bringt mich meine schöne Freundin in Verlegenheit mit der Frage: Warum, wenn es doch in der Sprache das Wort Revolutionär gibt, warum dann aber gibt es keine Evolutionäre? – Nun ja, sage ich, der Gang der Dinge, man läßt ihn sich entwickeln, wie er sich entwickelt, das ist keine eigene Tätigkeit, hierfür bedarf es keines eigenen Täters. – Und wenn, sagt sie, der Gang der Dinge sich zum Schlechten entwickelt?

Ein Wort muß also her. Glücklicherweise fällt mir der Reformator ein, und ich biete ihn ihr an.

Aber dann überfallen mich die Redlichkeit und der Zweifel. Wir haben Altsprech und Neusprech, Altdenk und Neudenk; man muß zu unterscheiden wissen. Viele Wörter, erkläre ich, haben natürlich einen frischen Sinn angenommen. Bei unseren westlichen Grenznachbarn, die ja eine bestimmte Art Deutsch auch sprechen, ist Reform einfach ein anderes Wort für Verschlechterung. Hochschulreform, das bedeutet: weniger Wissen. Gesundheitsreform, das bedeutet: weniger Gesundheit. Steuerreform, das bedeutet: mehr Abgaben. Noch im Fluß, fahre ich fort, ist unser einheimischer Wortgebrauch. Die Sozialismusreform etwa. ..

Der Gorbatschow, äußert die Freundin, erinnert mich irgendwie an den Bahro. – Sicher, sage ich, Perestroika ist das russische Wort für New Age. – Ich meine, sagt die Freundin, diese kleinen Männer mit den Kugelköpfen...

Die eigentliche Streitfrage im gegenwärtigen Sozialismus ist die nach der Aufklärbarkeit des Apparats. Wir haben, was Beamte betrifft, ein sehr ungeduldiges Geschichtsbild; wir sind beispielsweise gewohnt, die Hoffnung auf die Aufklärbarkeit des Absolutismus im nachhinein als einen Wunschglauben und eine Illusion hinzustellen. Aber die gesamte europäische Zivilisation von der Renaissance bis zur Klassik entstand im Absolutismus. Wenn der aufgeklärte Absolutismus eine Illusion war, aber Michelangelo, Newton, Adam Smith, Goethe und Hegel ereigneten sich unter den Bedingungen dieser Illusion. – Evolution, sage ich demnach, ist die Arbeit, die in einer Weltetappe eingewickelten Möglichkeiten auszuwickeln, eine Arbeit, sage ich, welche eine Menge Wirklichkeitskenntnis und Phantasie erfordert.

Die Freundin verweilt nicht gern bei einem Gegenstand. Sie wechselt das Thema und erkundigt sich: Gibt es eine Krankheit, die Gehirnfäule heißt? – Den Erscheinungen nach zu folgern, offensichtlich. – Die Freundin fragt: Ob das ansteckend ist?

Da ich schon einmal beim Bestimmen von Begriffen bin: Eine Freundin, insbesondere eine schöne, ist ein Bündel von Anmutungen. Lassen Sie mich, bevor ich mich ihr ganz zuwende, den Gedanken zu Ende führen.

Meine Freundin hat recht; wir, die wir zwischen Elbe und Gelbem Meer unser Zuhause haben und für die besondere Gesetze gelten und andere als für die andern – wir brauchen den Evolutionär. Wir brauchen das Wort, und wir brauchen die Person. Die Revolution hat Grundtatsachen geschaffen, aus denen wir noch nicht ein Hundertstel des Nutzens gezogen haben, der aus ihnen zu ziehen wäre. Die sozialistische Umwälzung muß weder abermals umgewälzt noch gar rückgewälzt werden. Der Oktober war keine Wegwerfrevolution .

Wirklich, die Evolutionäre aller sozialistischen Länder sollten sich vereinigen.

Der Text erschien erstmals in der Zeitschrift »Kultur & Gesellschaft« Nr. 11/12 1988

konkret 02/89, S. 54

Christian Geissler; Oliver Tolmein

Kriegsgespräche

Romane, die den bewaffneten Kampf der RAF zum Thema haben, sind in den letzten Monaten einige geschrieben worden. Christian Geisslers »Kamalatta« ist der einzige, der sich von der RAF nicht abgrenzt, den Weg in die Illegalität nicht ausschließt – allerdings auch andere, legale Möglichkeiten der oppositionellen Arbeit gegen dieses System und die von ihm produzierten Zwangsverhältnisse thematisiert. »Ich werde schreiben, um klarzumachen, wie die verschiedenen Arten zu kämpfen zusammengehören und daß in den Klassenkämpfen die Frage nach dem bewaffneten Angriff immer mitenthalten ist«, beschrieb Christian Geissler in einem Gespräch, das für die Dezember-Ausgabe von KONKRET gedacht war, seine Arbeitsintention seit 1970.
Das zweite Gespräch fand im Januar statt, nachdem er seine Lesereise beendet und etliche Besuche bei Gefangenen aus der RAF gemacht hatte. Es soll ein Beginn sein für die von Geissler vorgeschlagene Arbeits-Korrespondenz innerhalb der Linken, zwischen den Gefangenen, den legal und illegal agierenden Gruppen, eine Auseinandersetzung über linke Strategien und Taktiken, ein Streit über Aktionen und das ihnen jeweils zugrunde liegende Politikverständnis, ein Gespräch über die sehr verschiedenartigen Erfahrungen der verschiedenen linken Fraktionen

KONKRET: Wir sitzen jetzt zum zweiten Mal zusammen und sprechen über dein Buch »Kamalatta«. Das erste Interview hast du, obwohl es uns sehr gut gefallen hat, nicht autorisiert – weil du dich selber »unerträglich labrig« fandest und Sorge hattest, die Unsicherheiten, die zum Ausdruck kamen, machten dich angreifbar. Meinst du, daß man über dein Thema, Kalamatta, den Befreiungskampf, nur in der verschlüsselten und ganz sorgfältig jedes einzelne Wort arbeitenden Kamalatta-Sprache sprechen kann?

Geissler: Ich habe sowas noch nie gemacht: Sprache, die ich gesprochen habe, zurückzunehmen. Das ist nur zu erklären mit dem Thema. Wenn wir beide, oder einer meiner Genossen und ich, über die Fragen des Kampfes sprechen würden, dann würde ich unter uns jede Frage, jeden Schmerz, jede Undeutlichkeit, jede Unsicherheit mir auch gestatten. Nur so können wir uns klar darüber werden, wo diese Punkte sind. Das in der Öffentlichkeit zu machen, also die Unsicherheit, die eigenen Ängste, damit meine ich nicht die vor den Bullen, sondern die, in der Sache etwas falsch zu machen, diese Ängste öffentlich rauszulassen, finde ich wirklich gefährlich. Bestimmte Kreise warten da nur drauf: daß sie uns in diese verletzbaren Bereiche, wenn wir sie zeigen, reintreten und so unsere Unsicherheit gegen uns und zu ihren Gunsten wenden können. Das heißt ausdrücklich nicht, daß ich prinzipiell den Menschen wünsche als einen in sich sicheren.

KONKRET: Ich finde, daß das eine gefährliche Haltung ist. Wenn wir nach außen hin versuchen, eine geschlossene Front zu zeigen, die in Wirklichkeit gar nicht geschlossen ist, wenn wir öffentlich eine Klarheit behaupten, die wir nicht haben, dann kann es geschehen, daß in einer Krisensituation das scheinbar so fest Gefügte mit großem Getöse zusammenbricht. Wäre es nicht in der aktuellen Situation, angesichts verbreiteter Stagnation und vielerorts spürbarer Ratlosigkeit besser, derartige Rücksicht nicht zu nehmen und das Risiko des offenen und damit notwendigerweise auch öffentlichen Gesprächs einzugehen, über Zerstrittenheit in unseren Reihen, über Sackgassen, in die uns die Militanz geführt hat, über die Schwierigkeit, den Weg zu finden, auf dem wir stärker werden können?

Geissler: Wenn es viele öffentlich führen, dieses Gespräch, bin ich sofort mit allen Unsicherheiten dabei. Aber du mußt dir auch klar darüber sein: Wir sprechen, wenn wir öffentlich sprechen, in feindlichem Gebiet. Und zwar feindlich in dem Sinne, daß hier Interessen gegen uns gerichtet sind, die auf die Zerstörung unseres Denkprozesses zielen. Wir befinden uns einer Front gegenüber, die uns angreifen will. Deswegen stellt sich die Frage: Was lassen wir angesichts dieser Frontverhältnisse öffentlich raus? Und da hatte ich bei unserem ersten Gespräch den Eindruck: Ich alleine, der so viel Unsicherheit öffentlich macht, bin zu verletzlich – und die Sache, um die es geht, ist dann auch zu verletzlich, wenn sie über mich unsicher raus kommt. Ich gebe dir recht, daß dabei die Gefahr besteht, daß blockiert wird, daß man aus dieser Sorge heraus dazu kommt zu sagen, wir äußern uns nur straight, und die wirklichen Probleme dann nicht nur in der Öffentlichkeit nicht, sondern auch untereinander nicht zur Sprache kommen. Ich kenne das ja noch aus der KPD, wo es hieß: »Der Klassenfeind schläft nie«, und darum wurden bestimmte Dinge nie gesagt. Deswegen jetzt so offen wie möglich – damit viele reden.

KONKRET: Du hast in den Texten, die du nach deiner »Kamalatta«-Lesereise geschrieben hast, nach deinen Gesprächen mit vielen Leuten im Knast und außerhalb des Knastes, angeregt, eine Auseinandersetzung in der radikalen Linken, zwischen den Gefangenen und denen draußen zu beginnen. Wo siehst du den Unterschied zwischen deinem Vorschlag, du nennst es eine Arbeits-Korrespondenz führen, und dem Dialog-Vorschlag von Martin Walser, Antje Vollmer und Ernst Käsemann?

Geissler: Der Dialog-Vorschlag ist eindeutig gemacht worden, um einen »Frieden« wiederherzustellen. Das ist ein sehr tückisches Unternehmen: Man benutzt die Verstummtheit, die Verschlossenheit und Isoliertheit der Gefangenen, um, wenn sie in dem Dialogkontext anfangen zu sprechen, ein Nach- und Aufgeben zu erreichen. Meine Korrespondenz-Idee geht von Genosse zu Genosse, und unsere Auseinandersetzung soll in dem Bewußtsein geführt werden, daß wir in Klassenkriegsverhältnissen leben. Es soll keine Korrespondenz werden, die das Ziel hat, dieses Kriegsverhältnis

wegzutäuschen, aufzuweichen, wegzulügen. Es sollen also keine Friedens-, sondern Kriegsgespräche werden, aus denen wir lernen, wie wir uns richtiger bewegen, richtiger verständigen können, als wir das bisher meiner Meinung nach getan haben.

KONKRET: Und die Basis, von der aus diese Korrespondenz erfolgen soll, ist »Kamalatta«?

Geissler: Ja, aber das ist kaum mehr als ein Zufall. Wir hätten das Gespräch auch unbedingt eröffnen müssen, wenn nicht gerade das Buch herausgekommen wäre. Aber »Kamalatta« ist ein guter Anlaß, weil dadurch ein gemeinsamer Bezugspunkt da ist, eine Grundlage existiert, in der die Probleme ja schon drinstecken, die viele von uns beschäftigen.

KONKRET: Das kann, in der Kontinuität des gestörten Verhältnisses vieler Linker zu Kunst und Literatur, zur , Folge haben, daß der literarische Text als relativ beliebige Stichwortsammlung für die politische Debatte herhalten muß: Das Buch wird so benutzt, wie es gerade gebraucht wird und in den Kram paßt.

Geissler: Wie es grad gebraucht wird: Das heißt ja, daß sich die Leute am Gebrauchswert des Buches orientieren, und damit bin ich einverstanden. Ich bin zwar der Überzeugung, daß »Kamalatta« literarisch wichtig ist, aber im Zusammenhang mit der Arbeits-Korrespondenz zwischen drinnen und draußen soll der politische Gebrauchswert des Buches uns zum Reden und zueinander hin ins Vertrauen bringen. Wenn es diesen Gebrauchswert hat, verzichte ich auf jede literarische Debatte. Gut, wenn einer trotzdem darauf kommt, daß unsere Inhalte auch noch Schönheit haben etwa oder Musik. Aber ich bin ganz bereit, das Buch zu einem Nutzgegenstand zu machen, beim Auslösen unserer Sprache. Denn das ist mir das Allerunheimlichste in den letzten Jahren: dies Verstummen und diese Neigung, nur noch fertige Sätze rauszulassen, Behauptungen. Das ist nicht nur eine Folge der Isolationsfolter. Das machen wir auch mit uns selbst – teilweise. Wir fürchten vielleicht auch den sprachlichen Angang aneinander, weil Sprache immer etwas Überraschendes enthält, wo einer sich auf den anderen einlassen muß, zuhören. Ich hab oft erlebt, daß in bestimmten Situationen lieber schnell zugeschlagen, als genau zugehört wird. Manchmal ist zuschlagen zwar wichtig, aber so ist das für den gesamten politischen Prozeß schädlich.

KONKRET: Was du sagst, finde ich widersprüchlich. Zum einen bist du bereit, auf die literarische Dimension des Buches zu verzichten, wenn es als Gebrauchsgegenstand für unsere politische Debatte nützlich ist, zum anderen weist du, ich meine zurecht, der Sprache eine herausragende Rolle in der Auseinandersetzung zu: Seine besondere Sprache ist ja aber gerade die neue, die andere Qualität, die »Kamalatta« zum Anlaß für diese Arbeits-Korrespondenz machen kann. Die Kritik an der Ermordung des GIs Pimental, um ein Beispiel aus deinem Buch zu nennen, hat es ja auch schon vorher gegeben – so wie du darüber schreibst, besteht vielleicht die Chance, darüber noch einmal anders, genauer, umfassender zu reden. Aber das kann, meine ich, nur funktionieren, wenn das Buch nicht einfach als Themensteinbruch benutzt wird.

Geissler: Das Wort Nützlichkeit darf nicht so kalt verstanden werden. Für mich ist Nützlichkeit etwas ganz Kostbares: Es drückt aus, daß uns in diesem Fall das Buch in den Kämpfen nützt. Wenn »Kamalatta« jetzt Sprache auslösen sollte bei anderen, dann kommt das daher, daß »Kamalatta« eine eigenartige Sprache spricht. Die Fragen, die tatsächlich schon oft gestellt worden sind, werden darin eigenartig, also in meiner Art aufgeworfen – und dabei kann rauskommen, daß jetzt andere Leute den Mut bekommen, *ihre* Sprache zu sprechen. Erst wenn jeder die eigene Sprache spricht, kann rüberkommen, was wir meinen, was wir leiden, was wir wünschen. Meine Hoffnung ist, daß die eigenartige Sprache Kamalatta, ohne daß wir sie diskutieren, wenn sie nur rüberkommt, Mut macht, die eigene Sprache in Freiburg und in Frankfurt, in Hamburg oder hier am Deich zu sprechen. So wird »Kamalatta« auch benutzt, aber Nutzen kann so ein teurer Vorgang sein – das ist nichts Armes. Es gibt auch ein armes Benutzen, aber das sind die Blöden, die nichts fragen, die nur abhaken wollen, checken, das stimmt, das stimmt – geschenkt.

Auf der Reise hatte ich ganz oft den Eindruck, daß Menschen nach der Lesung etwas zur Sprache brachten, worüber sie ganz lange geschwiegen hatten. Zum Beispiel: Eine Frau von dreißig Jahren, eine Mutter, fängt an zu fragen, wie ich das gemacht habe – einerseits die radikale Position, andererseits Kinder aufziehen.

Die Kinder, meint sie, kriegen doch Angst. Sie hat dann von ihrem Verhältnis zur politischen Arbeit und ihrem Verhältnis zu Kindern erzählt. Ich hatte den Eindruck, sie hat seit Jahren zum ersten Mal einen Widerspruch zur Sprache gebracht, der uns wichtig sein muß: Wenn »Kamalatta« das auslöst, daß wir ohne Angst vor einem Gremium oder einer Gruppe von den Dingen reden, die uns so schwer fallen – das ist toll.

KONKRE1: »Kamalatta« ist ein schön, aber auch mühselig zu lesendes Buch. Durch die eigenartige Grammatik, die konsequente Kleinschreibung, die Reime und Alliterationen werden vielschichtige, vieldeutige Bezüge hergestellt, entstehen Nuancierungen in den Charakteren und ihren Positionen – oft auch Mehrdeutigkeiten. Widerspricht das nicht deinem politischen Eintreten für Eindeutigkeit, für das Entweder – Oder?

Geissler: Wenn Eindeutigkeit ein Synonym ist für Plattheit und Flachheit, dann wollte ich diese Eindeutigkeit nie. Das Schwierige, auch bei »Kamalatta«, ist, in Vielfältigkeit eindeutig zu sein. Die Räume, in denen Klassenkampf stattfindet, sind so vielfältig, wie ich sie beschreibe: vom Familienzimmer über Betriebe und die Gänge auf dem Arbeitsamt bis zum klandestinen Versteck. Und es ist schwer, sie untereinander zugänglich zu machen. Die Sprache, von der gesagt wird, sie

sei schön, aber auch schwierig, hat was zu tun mit dem wirklich schwierigen Verhältnis, in dem ich mich um Klärung bemühe. Mir ist die Wirklichkeit, auch die Klassenwirklichkeit nicht einfach, weil das eine Menschenwirklichkeit ist, und die kann gar nicht einfach sein. Das ist eine zeitlang mißverstanden worden, bei den »revolutionären«, »straighten« Typen, als sei die Klassenwirklichkeit einfach. Sie ist es nur in einem einzigen Punkt: Der Mensch, der sein Leben haben will, muß darum kämpfen, weil es Kräfte gibt, die sein Leben nicht wollen, sondern die seine Ausbeutung wollen. Aber wir als Menschen in diesem eindeutigen Verhältnis – das ist vielschichtig, schwierig, nicht einfach. Um das zu erfassen und zu verstehen, schreibe ich mit meiner Sprache – die suche ich nicht aus einem literarischen Bemühen heraus, sondern um wahrnehmen zu können. Wenn ich eine Landschaft wahrnehme oder ein Kind, ist das nicht einfach. Schönheit ist überhaupt nicht einfach.

KONKRET: Du sagst, die Klassenwirklichkeit sei nicht einfach, es gäbe sehr unterschiedliche Arten, den politischen Kampf zu führen. Aber in der öffentlichen Auseinandersetzung über »Kamalatta« steht das Reden über den bewaffneten Kampf im Vordergrund – so, als ob du vor allem ein Buch über die RAF geschrieben hättest und als ob es eine Hierarchie des Kampfes gäbe, in der die RAF an der Spitze steht.

Geissler: Das wird so wahrgenommen, trotz des breiten Raumes, den ich der Kommunistin Nina und ihrer Arbeitslosenpolitik einräume, trotz der Bedeutung, die Proffs Ehekonflikte haben – und das nehme ich sehr ernst, was den beiden da um die Ohren fliegt. Mir kommt das manchmal so vor, als machten wir den bewaffneten Angriff zu sowas Besonderem, um ihn loszuwerden. Er ist in der Geschichte der Klassenkämpfe nie etwas so Exzeptionelles gewesen: Das oder garnichts – so war das ja nie. Aber heute heben wir das so heraus. Auch jetzt in der Diskussion um »Kamalatta«, werden die LeserInnen von nichts so berührt und beunruhigt, wie von dieser Frage – viel mehr berührt als von der Frage, wie eine Familie kaputt geht. Diese Plage der »Mühe ums Leben«, wie der dritte Abschnitt von »Kamalatta« heißt, in dem Nina so eine Rolle spielt, tritt demgegenüber relativ zurück – aber ich denke, das ist auch ein Problem der LeserInnen und nicht nur eines des Schreibers, daß ihnen das so nahe rückt.

KONKRET: Aber auch eine Figur wie die Kommunistin Nina wird von dir, zumindest zu einem wichtigen Teil, über ihren Bruder Larry, der als Guerilla-Angehöriger im Celler Hochsicherheitstrakt sitzt, definiert.

Geissler: Nina weiß, wie auch manche ihrer Genossen, jedenfalls um die Notwendigkeit, daß der Kampf ein gemeinsamer bleibt und daß wir immer eine bewaffnete kämpfende Fraktion brauchen – das ist sehr wichtig. Deswegen hält sie den Kontakt zum Bruder, deswegen besuchen Trude und Otto aber auch bei einer DDR-Reise Jakob Kargow, der im Spanischen Bürgerkrieg und im antifaschistischen Widerstand gekämpft hat, um sich dessen Erfahrungen von damals anzueignen. Der 3. Teil, die »Mühe ums Leben«, in dem sehr verschiedene Lebens- und Hoffnungs- und Arbeitsformen vorkommen, ist sehr bewußt so ausführlich geschrieben worden und nimmt gerade auch, um so einen Eindruck von Hierarchisierung zu vermeiden, weit mehr als die Hälfte des gesamtes Buches ein. Drei Viertel des Buches handeln nicht von der RAF. Ich nehme den Kampf der RAF-Genossen, anders als das sonst in der Literatur gemacht wird, allerdings ganz ernst – deswegen wird gerade das wohl auch so wahrgenommen.

KONKRET: Es gibt in »Kamalatta« eine kurze Passage, in der es um den Mord der RAF an dem US-GI Pimental geht. In deinem Text sagt die Gruppe, das sei ein Fehler gewesen. Kock, die Figur, die das Thema angesprochen hat, hält dagegen: »das ist kein fehler so eben mal eben, sondern das ist ungeheuerlichkeit, der feind«. Nach dieser Kritik, die schärfer nicht vorstellbar ist, müßte sich etwas grundsätzlich verändern – denn wenn es möglich ist, daß eine den Befreiungskampf führende Gruppe sich verhält wie der Feind, ist grundsätzlich etwas schief gelaufen – und sind auch Wiederholungen so eines katastrophalen Fehlers nicht ausgeschlossen.

Geissler: Wenn man das so sieht, daß das ein feindliches Handeln ist, muß man es aussprechen – und besser machen. Schärfstens kritisieren – aber selber etwas *machen.* Da hört unser Reden übern Tisch auf. Ich kenne keinen der Menschen, die diesen Fehler gemacht haben. Deswegen kann ich nicht mit ihnen reden. Dieses Reden ist aber wichtig, denn nur dadurch läßt sich die Wurzel für so einen mörderischen Fehler finden. Ich habe nicht einmal eine Vorstellung davon, wie der zustande kommen kann, aus meinem Kopf wäre so etwas nie gekommen, unter keinen Umständen, und ich glaube nicht, daß die extrem schwierigen illegalen Kampfverhältnisse als ausreichende Erklärung dafür dienen können. Trotzdem bestehe ich darauf, daß dieser mörderische Fehler auf unserer Seite gemacht worden ist. Es ist nicht auf der anderen Seite passiert – und die Leute, die Pimental erschossen haben, sind nicht meine Feinde deswegen.

Ich muß dazu noch was sagen: Das Erschießen von einem GI ist für mich nicht das Problem, so brutal das klingt. Jemand im Dienst der US-amerikanischen Armee steht gegen die Befreiung von Menschen – und da steht er gefährlich. Mein Problem ist die Relation – und das ist eine ganz eiskalte Mittel-Ziel-Frage: In einer Aktion der Befreiung US-amerikanische Soldaten zu töten, kann notwendig sein. Aber jemanden zu töten, um einen Ausweis zu bekommen – das drückt für mich so eine Leichtigkeit des Tötens, so eine Kälte aus. Die nenne ich feindlich. Es soll keinem Revolutionär jemals leicht werden zu töten.

KONKRET: Menschen zu töten kann immer nur das allerletzte Mittel sein – wenn sonst gar kein Weg bleibt, um eine sinnvolle und das ist immer eine problemlos zu vermittelnde, unbedingt notwendige Aktion durchzuführen. Ich finde deswegen auch Anschläge der RAF, wie die auf Ernst Zimmermann, Kurt Beckurts oder Gerold von Braunmühl falsch – zumal so eine Politik ja auch die Linke insgesamt isoliert und ihrem Ansehen schadet.

Geissler: Was willst du damit sagen?

KONKRET: Der bewaffnete Kampf, so wie die RAF ihn in der Bundesrepublik führt, findet weitgehend isoliert statt – er ist nicht eingebettet in soziale Auseinandersetzungen, er treibt dort nichts voran. Deswegen wird die Auseinandersetzung, die dringend notwendig ist und die »Kamalatta« hoffentlich zur Sprache bringen kann, eine harte, schwierige sein.

Geissler: Es wird auch eine harte und schwierige Auseinandersetzung sein, weil Leute wie wir in ihr anwesend sind als solche, die nur schreiben und nichts weiter. Das meine ich nicht als Selbstbezichtigung – aber bestimmte tägliche und nächtliche praktische Erfahrungen, die uns vereinheitlichen könnten in dem Gespräch mit denen, die diese Erfahrungen im illegalen Kampf machen, fehlen uns . Ich will nicht das Nachdenken denunzieren – aber wir müssen uns über die großen Unterschiede in den Voraussetzungen, die zum Gespräch führen, bewußt sein, es wird aufgrund dieser Unterschiedlichkeit ganz sicher erhebliche Spekulationen geben. Ich will deswegen genau zuhören, um was zu verstehen, wenn die, die solche Aktionen machen, sprechen. Ich wünsche aber auch, daß sie genauso zuhören, wenn ich aus meinen Erfahrungen als Schriftsteller, als Familienvater, als Nachbar von Arbeitern hier am Deich spreche.

KONKRET: Es ist sicherlich nicht produktiv für die politische Debatte, wenn wir vom Schreibtisch aus versuchen, als Punktrichter die Kämpfe zu bewerten: Blockadeaktion – Daumen rauf, Anschlag auf einen Wirtschaftsboß – Daumen runter. Andererseits muß ich, um Anschläge wie die auf Gerold von Braunmühl ablehnen zu können, um die Todesschüsse an der Startbahn zu kritisieren und festzustellen, daß uns das nicht weiterbringt, sondern schadet, nicht den Praxisnachweis erbringen. Unsere Kritik mit dem Verweis auf fehlende praktische Aktivität vom Tisch zu wischen, scheint mir nur eine recht bequeme Ausweichreaktion zu sein.

Geissler: Ich finde, du hast recht, wenn du sagst, daß wir uns mit dem Verweis auf unser »nur« Schreiben nicht kleinmachen lassen dürfen, weil wir eine Mitverantwortung für die Kämpfe haben – und weil wir eben auch unsere Erfahrung, zum Teil eine sehr lange politische Erfahrung haben. Und wenn ich davon ausgehe, dann ist mir der Tod, das Töten von einem Mann wie Beckurts oder Braunmühl unheimlich wegen der Beliebigkeit. Daß auf der Seite der Apparate, die weltweit so viel Blutvergießen bewirken, diejenigen, die in diesem Apparat verantwortlich sind, für dieses Unrecht sterben sollen – das ist mein Problem nicht. Aber daß die so austauschbar sind, daß es so beliebig werden kann, wie das beispielsweise bei Braunmühl ganz auffällig ist, weil er ja nun ein paar hundert Kollegen im Außenministerium hat und einen Chef, und jeder hätte ausgesucht werden können für die Hinrichtung, wie es in den Erklärungen der Gruppe heißt. Was ist dann das Eigenartige an Braunmühl, daß er getötet wurde und alle die anderen Mittäter nicht? Und da bekommt so eine Aktion, die ja ums Leben geht – und wo der Klassenkampf direkt Leben angreift, bekommt er eine besondere und erschütternde Qualität – , eine Beliebigkeit, die auf das ganze politische Handeln abfärbt. Wäre uns im Klassenkampf Beliebigkeit freigestellt, erlaubt – wonach richten wir dann unsere Schritte, was bestimmen wir dann als notwendig? Aber mit wem kann ich das richtiger besprechen als mit denen, die das getan haben?

KONKRET: Es gibt in »Kamalatta« den wunderschönen Satz: »die mystifikation des kollektivs hat zur voraussetzung die resignation gegenüber der klasse«.

Geissler: Der Akzent liegt auf »Mystifikation«.

KONKRET: Wo wird aus der Erkenntnis, daß es notwendig ist, im Kollektiv zu arbeiten, eine Mystifikation?

Geissler: Wenn ein Mensch sagt, er habe nicht gelebt, bevor er im Kollektiv war, dann setzt da die Mystifikation ein – und gleichzeitig mißhandelt so ein Mensch sein ganzes eigenes Leben zuvor, das ihn überhaupt dazu geführt hat, kollektiv kämpfen zu können. Aber diesen Satz: »Ich habe nicht gelebt, bevor ich im Kollektiv war«, gibt es.

KONKRET: Was ist für dich das Kollektiv? Sind das die, die bewaffnet kämpfen, oder ist das jede linke Organisation, oder sind das nur kleine Gruppen von Freunden?

Geissler Das kann ich nur sehr abstrakt beantworten. Kollektiv – das ist freiwillig die Vergesellschaftung der Einzelnen zu sich selbst (jeder er selbst als wir selbst). Ich weiß ja nicht, ob das überhaupt geht – aber ich liebe den Gedanken. Die Frage ist mir sehr wichtig – sie gehört zu denen, die in dieser Arbeits-Korrespondenz unbedingt diskutiert werden sollten. Und wir müssen vor allen Dingen von denen, die so kollektive Erfahrungen gemacht haben, etwas hören, worin sie den Unterschied sehen zu unseren vereinzelten Erfahrungen hier. Ich meine, da gibt es etwas zu lernen für die bevorstehenden Kämpfe. Was ist das Kollektiv selbst, wie entsteht es, was verändert sich in den Auseinandersetzungen, die dort geführt werden.

KONKRET: Du hast nach deiner Lesereise, nach deinen Besuchen in den Knästen einen Brief an Leute, die du dort getroffen hast, geschrieben und mitgeteilt, daß du dich an dein nächstes Buch setzt. Wirst du dich jetzt wieder vier Jahre

lang, wie bei »Kamalatta«, zurückziehen?

Geissler: Nein. Ich habe zwar wieder angefangen, eine Geschichte zu schreiben, aber in diesen Tagen ist ein US-amerikanischer Flottenverband unterwegs, ich sage: gegen uns, und ich sitz da, wieder einmal mit nichts in der Hand gegen diesen gewaltigen, eiskalten Angriff, und ich hab also meine Arbeit an der Erzählung unterbrochen und angefangen, ein Konzept zu schreiben, wie wir endlich dazu kommen, einen solchen Angriff, wie er jetzt in den Medien beschrieben wird, anders zu beantworten als mit leeren Händen. In Zukunft und international. Die Ohnmacht ist eine widerliche Erfahrung.

Oder ist etwa genau dieser Satz, genau dieser Schmerz der Ausgangspunkt für einen wichtigen Irrtum, für einen schrecklichen Irrtum, der Ausgangspunkt für eine Angst, die buchstäblich Schrecken erzeugt? Auch darüber denke ich nach, auch gerade aus »Kamalatta« denke ich über das nach. So geht das also immer weiter. In Widersprüchen.

Mit Christian Geissler sprach Oliver Tolmein

konkret 02/89, S. 58

Ingrid Strobl

Opfer III. Klasse

Längst ist der großbürgerliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus als Gegenstand historischer Forschung etabliert. Auch jene Juden, die, obwohl assimiliert und akademisch gebildet, dennoch verfolgt wurden, haben sich unseres Gedenkens würdig erwiesen. Noch immer aber nehmen die bundesdeutschen AntifaschistInnen das Leben und Leiden der großen Mehrheit der subproletarischen polnischen Juden aus nicht zur Kenntnis: So werden die Opfer der »Endlösung« noch einmal selektiert

Wie muß ein Opfer der »Endlösung« beschaffen sein, damit es sich unserer Trauer, unseres Gedenkens würdig erweist? Es muß möglichst gebildet, »zivilisiert«, assimiliert sein. Es hat idealerweise einen akademischen oder künstlerischen Beruf ausgeübt und in Deutschland oder zumindest Westeuropa gelebt. In jedem Fall aber muß es dem deutschen Reinheitsgebot entsprochen haben.

Das Schicksal des deutschen jüdischen Arztes, der aus seiner Klinik vertrieben und dessen Bibliothek zertrümmert wurde, erschüttert uns. Das Schicksal der deutschen jüdischen Schriftstellerin, die aus ihrer Heimat vertrieben und deren Werk verbrannt wurde, erschüttert uns. Das Schicksal des galizischen jüdischen Kleinkrämers und der Warschauer jüdischen Näherin existiert nicht einmal in unserem Bewußtsein. Sie gehören zu den abstrakten sechs Millionen, die uns einer Individuierung nicht wert erscheinen. Die Mehrheit der fast drei Millionen ermordeter polnischer Juden waren Arme, Subproletariat, »Luftmenschen«, die dem Bild von der »minderwertigen Rasse«, das der Nationalsozialismus zeichnete, auch in den Augen der heutigen AntifaschistInnen näher kommen als der assimilierte Berliner Rechtsanwalt und die jüdische Fabrikantentochter aus Breslau.

Die »Ostjuden« waren bereits in der Weimarer Republik ein ähnlicher Anlaß zu nationaler Besorgnis wie heute die »Asylantenflut«. Man zerbrach sich schon Jahre vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten den Kopf darüber, wie man des Einwandererstromes polnischer Juden im Ruhrgebiet Herr werden könne. 1938 gingen die neuen Herren daran, Deutschland von dieser »Pest« zu befreien. Die jüdischen ArbeitsimmigrantInnen, die am meisten verachteten »Ostjuden« also, waren die ersten, die aus dem Dritten Reich deportiert wurden. Es versteht sich quasi von selbst, daß niemand dagegen protestierte. Das osteuropäische Judentum wurde und wird als schmuddelig, zurückgeblieben, bestenfalls exotisch wahrgenommen. Die NS-Beamten im »Generalgouvernement« ließen sich in ihren Briefen nach Hause immer wieder über den Ekel aus, der sie beim Anblick dieses »dreckigen, verwahrlosten, arbeitsscheuen Gesindels« befiel. Sie, die auf dem Schreibtisch ihren Goethe neben den Akten zur »Sonderbehandlung« liegen hatten, kamen in der direkten Konfrontation mit der powerisierten und in den Ghettos zusätzlich verelendeten ostjüdischen Unterklasse zu der »Einsicht«, daß es sich hier tatsächlich um Ungeziefer handle, das ausgerottet werden müsse.

Ihre Sicht bestimmt auch heute noch den Blick auf die Mehrheit der ermordeten Juden. Der uneingestandene Horror vor der grauen Masse, die in die Gaskammer strömte, dieser Horror, der sich in dem Satz »Warum haben sie sich nicht gewehrt?« Luft macht, impliziert eine tiefe Verachtung. Die Verachtung der Nachkommen derer, die nicht einmal leise protestiert hatten, für die, die sich gegen eine perfekt organisierte Vernichtungsmaschinerie nicht erfolgreich zur Wehr setzen konnten.

Gegen die retrospektive Ausgrenzung des osteuropäischen Judentums aus der historischen Wahrnehmung steht – scheinbar – die in einigen »fortschrittlichen« Kreisen grassierende Schtetl-Nostalgie. Man stellt sich Bildbände über eine »Versunkene Welt« in den Bücherschrank und hört jiddische Lieder unter Chagall-Drucken. Ja, wenn der Rebbe tanzt, dann schunkelt der gute Deutsche in wehmütiger Sehnsucht mit. Der mehrfach geflickte Kaftan wird zum Folklore-Look verklärt, der Wandermusiker von der schlammigen Gasse als Fiddler auf das Dach gehoben, der Hering, das täglich Brot der Armen, zum exotischen Nahrungsmittel stilisiert. Daß Armut häßlich ist und auch häßlich macht, wird bewußt übersehen, denn das würde das romantische Bild stören.

Der gezielte Antisemitismus sowohl des zaristischen Rußlands als auch der späteren polnischen Regierungen sorgte mit einem raffinierten System von Maßnahmen dafür, daß sich ein großer Teil der polnischen Juden nicht über die Armutsgrenze erheben konnte. Abgaben, Berufs- und Ansiedlungsverbote konzentrierten die Masse der jüdischen Bevölkerung in den unterentwickelt gehaltenen Gebieten und in den Armenvierteln der großen Städte.

Das osteuropäische Judentum bildete innerhalb der allen aufgezwungenen Gemeinsamkeit antisemitischer Unterdrückung eine heterogene Gesellschaft. Es gab jüdische Kleinbauern und Viehhändler, jüdische Fabrikbesitzer (allerdings nur in den für Juden zugelassenen Branchen), jüdisches Proletariat und ein Heer von Armen, Bettlern, Wanderhändlern, »Luftmenschen«. Es existierte eine reiche jiddische Kultur und eine hochdifferenzierte religiöse Gelehrsamkeit. Wilna (das zwar zu Litauen gehörte, dessen jüdische Bevölkerung sich aber dem polnischen Judentum zugehörig fühlte) galt als das »Jerusalem der Diaspora«.

Die Kultur des osteuropäischen, speziell des polnischen Judentums, ist hierzulande fast ausschließlich in Form jüdischer Witze und einiger jiddischer Lieder bekannt. Die religiöse Kultur wird aus exakt diesem Grund ignoriert bis abgelehnt: weil sie religiös ist. Die Religion ist das Jüdischste am Juden, das, was ihn am meisten von der herrschenden Norm entfernt. Schläfenlocken, Kaftan, Scheitelt wirken peinlich und abstoßend auf den »Judenfreund«, der nur die assimilierten Nachkommen von Moses Mendelsohn für zivilisiert hält. Scheinbar fortschrittlich werden diese Ausdrucksformen zu Symptomen der Unterwerfung unter eine rigide Religion, die Orthodoxie, erklärt. Von irgendwelcher Kenntnis ostjüdischer beziehungsweise chassidischer Religiosität ist diese Sichtweise allerdings nicht belastet.

Es soll hier jedoch weder um die Kultur und Religion der polnischen Juden noch um ihre weltliche Intelligenzia gehen. Es ist hier primär die Rede von der (Nicht)Wahrnehmung *der* Opfer der »Endlösung«, die das Auge des edlen und gutwilligen deutschen Antifaschisten heute offenbar ebenso beleidigen, wie damals die Augen ihrer Mörder.

Die Armen in den Schtetl, auf dem Lande, lebten mehr schlecht als recht von Klein- bis Kleinsthandel, von Heimarbeit, Dienstleistungen, einem kargen Feld oder Kleintierhaltung. Hatten sie gar keine Arbeit, wurden sie von Verwandten oder der Gemeinde unterstützt, sie wurden zu »Schnorrern«. Die Infrastruktur der armen Schtetl war katastrophal, die polnischen Regierungsbeamten tauchten nur auf, um Abgaben einzutreiben – und Pogrome anzuzetteln.

Das jüdische Proletariat in den großen Städten arbeitete für miserable Löhne in den Fabriken, die Frauen vor allem in kleinen Schwitzbuden, in denen sie noch mehr ausgebeutet wurden als die männlichen Arbeiter. Zehnstündige Arbeitstage und Nachtarbeit waren nichts Außergewöhnliches. In den proletarischen Vierteln der Warschauer Juden lebten im Durchschnitt sieben Menschen in einem Raum. Auch hier wurde die Infrastruktur bewußt vernachlässigt, dafür war die polizeiliche Überwachung umso intensiver. Warschau galt spätestens seit der Revolution von 1905 als Pulverfaß, und der Zündfunke wurde – völlig zurecht – in den jüdischen Arbeitervierteln vermutet.

Über all diesen Menschen, vor allem aber der ländlichen jüdischen Bevölkerung, hing die permanente Bedrohung durch Pogrome. Zum materiellen Elend kam die unausgesetzte Angst vor den Schlächtereien, die die reaktionären polnischen Regimes der 20er und 30er Jahre immer wieder veranstalteten, die Tradition der zaristischen Judenpogrome bruchlos fortsetzend.

Das Leben der Menschen wird von ihrer gesellschaftlichen Situation geprägt. Wer von Armut, Schufterei und Todesangst niedergedrückt lebt, wird nicht zur hehren Lichtgestalt. Armut und Angst läutern nicht, sie erzeugen neben Stolz und Auflehnung auch Unterwerfung und Verrohung. In jedem Fall aber nehmen Kleider, die nicht oft genug gewechselt werden können, den Geruch von Kohlsuppe und Hering an, sie verschwitzen in den stickigen Nähstuben und werden klamm in feuchten, überfüllten Wohnräumen. Gesichter können unter solchen Bedingungen grau werden, Haare dünn und strähnig, Rücken gebeugt. Kinder, die auf der Straße spielen müssen, werden schmutzig. Unterernährte Körper sehen nicht aus wie von Leonardo gemalt.

Viele dieser Menschen haben trotz ihrer scheinbar hoffnungslosen Situation nicht aufgegeben, um ihre Würde zu kämpfen. Sie entwickelten ihre Menschlichkeit und ihre geistigen Bedürfnisse in der Religiosität, oder sie erhoben sich gegen eine Gesellschaft, die sie zu einem menschenunwürdigen Dasein zwang. Das jüdische Proletariat stellte im Vorkriegspolen die Avantgarde der revolutionären Kräfte. 1897 war von jüdischen Mitgliedern der russischen Sozialdemokratie der Bund gegründet worden, der sich später von der Partei trennte, da die Bolschewiki sich gegen die Autonomie der jüdischen Organisation innerhalb der Sozialdemokratie stellten. In Polen spielte der Bund seit 1918 eine zunehmend bedeutendere Rolle als Vertreter der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter und als Selbstverteidigungsorganisation gegen die Pogrome der 20er und 30er Jahre. 1938 ging der Bund aus den letzten Wahlen vor der deutschen Okkupation als stärkste Partei unter den Juden hervor. Die Kommunistische Partei Polens bestand zu einem großen Teil aus jüdischen Mitgliedern, die sich – nach der Auflösung der Partei durch Stalin – in den Ghettos des von den Deutschen besetzten Landes reorganisierten und neben den Linkszionisten zu einer der treibenden Kräfte des Widerstandes wurden.

Dieser Widerstand mußte sich unter den schwierigsten und aussichtslosesten Bedingungen formieren, mit denen wohl je eine Untergrundorganisation konfrontiert war. Nach ihrer Ghettoisierung waren die Juden vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Sie erhielten, außer von den selbst nur schwach ausgerüsteten und vehement verfolgten Untergrund-Kommunisten, keinerlei Unterstützung. Der offizielle polnische Widerstand (die »Heimatarmee«) weigerte sich nicht nur, den aufständischen Juden zu helfen, er nahm zum Teil selbst an ihrer Verfolgung teil.

Dennoch bildeten sich in fast allen Ghettos Widerstandsorganisationen und formierten sich allein in West- und Zentralpolen (dem »Generalgouvernement«) 28 jüdische Partisaneneinheiten. Der bewaffnete Kampf der ZOB, des Warschauer Ghettountergrundes, weitete sich im Ghettoaufstand zum Volkswiderstand aus, an dem fast alle GhettobewohnerInnen teilnahmen. Und Warschau war bei weitem nicht das einzige Ghetto, das sich bewaffnet gegen die Deutschen erhob. Über diesen Widerstand ist hier so gut wie nichts bekannt. Er wurde ja auch nicht von deutschen Aristokraten wie den »Männern des 20. Juli« geleistet oder von den ordentlich organisierten deutschen Arbeitern.

Es wäre jedoch realitätsfern und einfach historisch falsch, zu behaupten, alle polnischen Juden hätten sich gewehrt. Sie wären dazu auch gar nicht in der Lage gewesen. Zum einen bemühten sich die Deutschen mit einem ganzen Arsenal von Tricks, die GhettobewohnerInnen über das wahre Ziel der Transporte in die Vernichtungslager zu täuschen. Sie verbreiteten in ausgefeilten Desinformationskampagnen, daß es sich lediglich um eine Umsiedlung in Arbeitslager handle. Zum anderen hatten viele ganz einfach nicht mehr die Kraft, sich aufzulehnen.

Von den gut 500.000 Menschen, die in das Warschauer Ghetto gezwängt worden waren, starben allein innerhalb des ersten Jahres 100.000. Nicht in den Gaskammern, sondern im Ghetto selbst, an Hunger, Kälte, Krankheiten und Erschöpfung. Es waren in erster Linie die »alten« Armen, also die, die schon vor der Zwangsumsiedlung in das Ghetto arm gewesen waren, und die Flüchtlinge aus anderen Städten. Die völlig entkräfteten Menschen, die im Ghetto überlebten, wurden schließlich in Viehwaggons gepfercht und ohne Wasser und Nahrung in die Vernichtungslager gekarrt. Dort angekommen, fielen beim Öffnen der Waggons zuerst die Leichen derer heraus, die auf der Fahrt erstickt waren. Die anderen wurden sofort nach der Selektion in die Gaskammern getrieben, bevor sie sich noch bewußt machen konnten, was mit ihnen geschah.

Hinter dem Desinteresse gegenüber dem verarmten osteuropäischen Judentum, dem kompletten Übersehen der Mehrheit der Opfer, steht Ekel. Der Ekel vor den elendsten der Opfer, vor denen, die von der herrschenden Norm am radikalsten abwichen, vor denen, die dem Feindbild des Gegners nahe kamen, jedenfalls näher als die assimilierten deutschen Juden. Nicht die Norm wird hinterfragt, nicht das Feindbild. Es wird nicht gefragt, warum es rechtens sein soll, Menschen, denen man ihre Armut, ihre Angst, ihre Misere ansah, zu verachten und gar zu vernichten. Stattdessen wird das Bild der Opfer verdrängt oder schöngemalt. (Es sei hier – sicherheitshalber – betont, daß auch der verelendetste Betteljude nicht aussah wie eine Stürmer-Karikatur. Aber er entsprach auch nicht der gängigen Opferikone des eleganten, weltmännischen jüdischen Intellektuellen aus Berlin-Charlottenburg.)

Der Ekel der Endlöser vor ihren Opfern in Polen hat sich auf ihre Nachkommen übertragen, und daß die sich dieses Erbes nicht bewußt sind, ändert nichts an der skandalösen Tatsache. Die vollkommene Ausgrenzung der polnischen Juden als konkrete Menschen aus der historischen Auseinandersetzung bundesdeutscher AntifaschistInnen von liberal bis links ist eine Tatsache. Überprüfbar an der gängigen Literatur, der journalistischen Bearbeitung des Themas »Endlösung«, seiner filmischen, dokumentarischen, politischen Aufarbeitung. Die Mehrheit der Vernichteten taucht als Skelette auf Fotos auf, als abstrakte Zahlen in Texten, kaum je aber als reale Personen oder Gruppen mit zu erforschenden und beschreibbaren Lebensbedingungen, Lebensformen, Lebensläufen, kulturellen, religiösen und politischen Ausdrucksformen.

Für diese Abstrahierung konkreter Menschen zu Zahlenmaterial gibt es eine Reihe von Gründen. In der Linken fällt vor allem ein erstaunlicher Verzicht auf das methodische Instrumentarium des historischen Materialismus auf, der das Übersehen der »häßlichen« Opfer aufgrund ihrer »Häßlichkeit« erst möglich macht. Dazu kommt die alte Verachtung der deutschen Linken für das Subproletariat, ihr Hang zum Facharbeiter mit gültigem Bibliotheksausweis.

Dem ganzen Phänomen liegt die bruchlose Übernahme der herrschenden Norm, zumindest in diesem Bereich, zugrunde. Diese Norm wurde nicht von den Nationalsozialisten erfunden. Sie wurde von der bürgerlichen Gesellschaft entwickelt zum Zwecke ihrer Erhaltung und Legitimierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Sozialpolitik hat den bürgerlichen »Normalitäts«-Begriff lediglich weiterentwickelt und zugespitzt, indem sie ihn an dem Arier mit unbelastetem Erbgut und angepaßtem Sozialverhalten festmachte – und zu einer Frage auf Leben und Tod verschärfte.

Wer von dieser Norm nach Ansicht der Rassentheoretiker am massivsten abwich, die Juden, wurde zu Ungeziefer erklärt und ausgerottet. Als schlimmstes und minderwertigstes Ungeziefer galten die »dreckigen Kaftanjuden«. Auch ihre besondere »Minderwertigkeit« war keine Erfindung der Nationalsozialisten. Sie war, allerdings ohne die in der NS-Politik dazugehörige Vernichtungspraxis, bereits Ausdruck bürgerlicher Normvorstellungen, seit die deutschen Juden zur Assimilation zugelassen waren. Indem der bürgerliche Normkodex und die darin implizite Ästhetik nicht radikal hinterfragt und abgelehnt werden, wirken hierarchisierende, selektierende Wertvorstellungen auch bei denen nach, die sich als GegnerInnen nationalsozialistischer Rassenideologie begreifen. Man schlägt sich daher nicht auf die Seite der »dreckigen Kaftanjuden«, sondern betont weinerlich, wie assimiliert und »zivilisiert« doch »in Wirklichkeit« *die* ermordeten Juden gewesen seien. So wird nicht um die getrauert, derer gedacht, die von einer bürgerlichen antisemitischen Gesellschaft wie Unkraut behandelt und bewußt im »Dreck« gehalten wurden, sondern um die Rosen im Garten, die »zu Unrecht« ausgerissen wurden.

So werden die Opfer der »Endlösung« noch einmal selektiert. An der Rampe der Erinnerung dürfen die quasi »arischen« Juden an das Licht treten, während die allzu »jüdischen« Juden in den dunklen Keller verbannt werden.

* Der Scheitel ist die Perücke, die strenggläubige verheiratete Jüdinnen tragen

konkret 02/89, S. 64

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

In Hamburg wurde Ende des vergangenen Jahres zufällig am Tag der Reichspogromnacht die Abschiebung von mehreren Roma- und Sinti-Familien zurück nach Jugoslawien verfügt. Eines der reichsten Länder der Erde kann sich 21 Angehörige eines der ältesten und ehrwürdigsten Völker Europas nicht leisten. Wie Juden erlebten Zigeuner seinerzeit Deutsche am eigenen Leib. Und wieder sind es Deutsche, die Zigeuner vertreiben. Hereingebeten stattdessen in die Republik 200.000 Deutschstämmige aus der Sowjetunion und Polen. Was zeichnet sie gegenüber Zigeunern aus?

Indessen sorgt sich der Ende des Jahres vorgelegte Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums zum Ausländerrecht, daß die Bundesrepublik zu einer »multinationalen und multikulturellen Gesellschaft« verkomme. Der linksliberale »Stern« dagegen fordert (Nr. 50/88) »Ausländer rein!«. Und der mir sonst nicht selten liebwerte MdB Duve schwärmt in demselben Blatt (Nr. 49/88) von seiner »multireligiösen und multikulturellen Heimatstadt Hamburg.«

Jeder hat so seinen Taxifahrer zum Zitieren. Meiner ist diesmal Römer; und auf meine Frage, worin denn US-amerikanische Touristen von deutschen sich unterscheiden, antwortet er: »Eigentlich gar nicht. Außer daß wenn Sie erlauben die deutschen geiziger sind.«

»Typisch deutsch?«, fragt mich eine italienische Freundin zurück, »typisch deutsch, das ist, daß ihr dauernd griechisch, spanisch, französisch, portugiesisch und italienisch essen gehen müßt.«

Indessen sorgt sich der Bundesinnenminister um die Bewahrung des »eigenen nationalen Charakters«. Während Freimut Duve den Ist-Zustand dagegenhält, als sei der bereits das unabwendbar gute Bestehende: »Deutsche bevölkern... Mallorca. Spanier und Portugiesen arbeiten in Hamburg und Düsseldorf. . . Im europäischen Verbund werden die Deutschen multikulturell sein. Oder sie werden nicht sein.«

Und dabei tun beide so, als gäbe es sie überhaupt noch, die nationale deutsche Eigen-Art, außer vielleicht hier und da nördlich der Eider oder südlich des Mains, und auch da nur dank touristischer Nachfrage. Tatsächlich ist sie längst ein Phantom. Das aber möchte der eine, Spranger, bewahrt wissen. Während der andere, Duve, erwartet, daß es sich gefälligst in das vermeintlich Unabänderliche des europäischen Binnenmarktes und seines multinationalen Medienspektakels schicke.

Vor Jahren, auf einer Veranstaltung der ARD zum 1. Mai kündigte der Moderator einen Bühnengast so an: »Direkt nach Stuttgart geflogen und in die Hanns-Martin-Schleyer-Halle gedüst, aus Dallas: Afton Cooper, alias Audrey Landers mit dem Lied vom 'Heideröslein'«. Schöner hat keiner je gesagt, was inzwischen wirklich deutsche Sache ist. Und von diesem Dreck möchtest Du, lieber Duve, daß in Zukunft noch mehr Fremde überfremdet werden, wenn denn die herrschende Kultur die Kultur der Herrschenden ist? Es kann dein Ernst nicht sein.

»Gerechtigkeit«, schrieb einmal der Ceylon-Reisende Peter Bichsel, »wäre so etwas wie, wenn ich ebensowenig nach Ceylon reisen könnte wie die Ceylonesen zu uns, und wenn dafür die Ceylonesen ein anständiges Leben in ihrem eigenen Land fristen könnten . «

Und eine bessere Gerechtigkeit vielleicht noch, könnten sie zu uns reisen wie wir zu ihnen und danach selbstbewußt in ihre eigene Kultur zurückkehren, statt hängenbleiben zu müssen bei uns als Müllmänner, Zimmermädchen und Putzfrauen, damit der Kapitalismus wenigstens in *einem* Land funktioniert.

Ich stelle mir vor, es ginge so und also mit rechten Dingen zu: Eine Bundesrepublik, die über ihren Einfluß auf dem Weltmarkt nicht länger an eben den Voraussetzungen mitwirkt, die die Menschen zur Flucht hierher zwingt; die stattdessen den sozialen Befreiungsbewegungen siegen hilft. Und nun wir: Aufmerksam, respektvoll und auf Gastfreundschaft hoffend nicht minder neugierigen, respektheischenden und Gastfreundschaft gewährenden Fremden begegnend in all dem Reichtum und der Vielfalt ihrer eigenen heimischen Kulturen. Wenn denn einem Dichter noch einmal das Selbstverständliche zu träumen erlaubt ist... Wo ein Sozialdemokrat plötzlich alles vergessen zu haben scheint, was er doch über Imperialismus zu sagen wüßte; und uns die Kultur der USA auch noch als multinationales Vorbild hinstellen möchte, so wie sie eben, als die Monokultur der Zukunft, den ganzen Globus über den Schnabel nimmt...

*

Da hat man vor Jahren sich an einer Ehrenrettung eines Verwandten mütterlicherseits, des norddeutschen Bestseller-Autors Gorch Fock, versucht. Daß es in »Seefahrt ist not« Spuren eines beseelten kleinen Talents gäbe; das Wort »revolutionäres Idyll« war gefallen... Aber der Mann selbst? Zu vergessen trotz der lichten Momente, in denen ihm seine kleine Fischer-Welt noch einmal im sinnenden Auge aufging, als schon die Deutsche Werft sich breit auf die Gräber und Weiden seiner Kindheit gesetzt hatte.

Und nun fischt mir Freund Paul Kulms auch noch aus einem Antiquariat: Gorch Fock: »Ein Schiff! Ein Schwert! Ein Segel! Kriegs- und Bordbuch des Dichters«. 1934.

Hier kleben die Fliegen an einem wie die Juden.

Kaiser, die Blätter fallen!

Und...und...und... Kurz: Ein Orgiastiker des Chauvinismus, des Militarismus, des Rassismus.

Nein dennoch, bei aller zugestandenen Dialektik von Kunst und Politik, Person und Werk.

Hamburg wird's nicht kratzen. Da heißt eine der wichtigsten Straßen der City weiter Gorch-Fock-Wall, eine kleinere Gorch-Fock-Straße, Gorch-Fock-Schule eine Lehranstalt in HH 55; und das Segelschulschiff der Bundesmarine heißt schon mal sowieso so. Und natürlich gibt es in Uhlenhorst auch einen Hans-Henny-Jahnn-Weg...

*

Ich habe mich schon immer mal gefragt, warum Männer, wenn sie sich einen runterholen, 'Wichser' sind, während Frauen, wenn sie dasselbe tun, den verwunschenen Garten ihres Leibes erkunden. Aber vielleicht gibt mir mal jemand eine Antwort darauf.

*

Hermann, ein Durchreisender, kehrt auf einer Wanderung südlich des Obermains in ein Gasthaus ein, macht einen Preis für eine Übernachtung aus (Siebenmarkfünfzig), ißt (ein Schaschlik), trinkt (»Bohnenkaffee«), hat Teil an kleinen Scharmützeln zwischen Gästen, gewinnt die flüchtige Zuneigung einer Katze, verschläft die Julinacht draußen im Gras und zieht anderntags weiter, nicht ohne daß ihm vorher noch eine weitere unerhörte Begebenheit zustößt; welche, wird nicht verraten; dazu ist sie zu kostbar.

»Maria Schnee« von Eckhard Henscheid. Sein wundersamstes, innigstes und radikalstes Buch, wie ich finde. Und eines der schönsten, die ich las seit, als Junge, Fouqués »Undine«.

Eine »Idylle« nennt es Henscheid. Und es muß schon einer mächtig querköpfig und rebellisch sein, eben ein Henscheid, damit ihm eine Idylle *heute* gelingt. Idylle macht aus, daß sie unendlich Umstände macht um kleine Dinge und Affären in einer engumgrenzten Welt. Und darauf verstand sich der Autor schon in seinen Anti-Romanen: Unendliche Verwicklungen beim Um-Geld-Anpumpen, beim Wechselgeld-Herausgeben auch hier nun wieder. Endlose hirnrissige Debatten von Alkoholisierten, auf die Stelzen des Konjunktivs gestellt.

Neu ist, daß Henscheid in »Maria Schnee« seine Leut' nicht länger abfackelt, wie wir es von ihm gewohnt sind. Von Obstlern und Obergärigem weiche Birnen zwar auch diesmal zur Genüge; aber mehr denn bisher läßt er 'sein'. Liebend verweilt sein Blick auf Menschen und Mobiliar. Und weil er unendlich lange verweilt, wird das von Haus aus Angebiederte, vermeintlich Vertraute so, in Zeitlupe, wie es erzählt ist, uns fremd; und alles scheint auf einmal wie neu. Scheint. Und ist schön: Ein Mann ruft nachts von einer Brücke nach Enten. Eine Bisamratte schwimmt ein Flüßchen hinauf. »Eine dicke graue Fleischfliege ließ sich auf den Rand von Hermanns Sprudelgras nieder, spazierte ein wenig rundum auf und ab und schlief auf der Kante ein.« Unerhörte Begebenheiten am laufenden Band, die die banale Erwartung, es könne sich doch noch eine Story entwickeln, ständig enttäuschen; bis man ganz süchtig wird nach immer mehr davon. Und so, indem Spannendes im landläufigen Sinn nicht passiert, passiert das Kleinste atemberaubend.

Unerhörte Begebenheiten: Denn »Maria Schnee« ist nicht nur eine Idylle im strengen Sinn, es ist auch eine (fast) klassische Novelle; sie hat sogar einen Falken: Eine rotbraune Katze als Leitmotiv, Symbol nun nicht für Freiheit, sondern für... nun denn, was symbolisiert halt eine Katze? Richtig.

Katze und Kirchlein □ einmal werden sie miteinander verglichen □ sind Herz des Idylls, das eine kleine Verklärung erfährt in einer Sommernacht voller zarter amüsierter Anspielungen auf Kollegen, die schon 'all dor' waren: Mahler mit seinem »linden Duft«, Schumann/Eichendorff mit den sacht wogenden Kornähren und dem schon unermeßlich lange toten Großvater, der Lenau des »Postillons« (»gelind«) und mit seinen »zwei schwarzen Rössern« auf der Weide Mörike.

»Maria Schnee«: eine Huldigung, mal garstig, mal verwunschen, an die letzte bisher erst halbwegs kolonialisierte Region der Republik: Oberfranken/Oberpfalz □ und auch insofern ein Pilotenstück. Henscheid hat ihren Schrein geöffnet. Halten wir uns mit ihm daran, und lassen wir uns das Kostbare fremd sein und bleiben, statt es heimzusuchen.

konkret 02/89, S. 66

Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Musikplaudertasche

Schlußendlich hat jetzt das Fernsehen im Fernsehen eine Schiene gefunden, auch noch neue E-Musik-Platten fernsehgerecht für interessierte Fernseher vorzustellen – es geschieht dies im Expreßzug einer ZDF-Halbstundensendung, in welcher ein sicherlich Wahnsinniger namens Friedrich Müller in 30 Minuten schätzungsweise 80 Schallplatten/Kassetten bespricht = allzeit schnurgrad lobt; und dies offenbar mit seiner eigenen Stimme, diese aber verfügt über einen Sound, über ein Aber-fesch-sama-Timbre wie der Graf von Luxemburg als Wim Thoelke und über einen kritischen Impetus (»Domingo als Cavaradossi«) wie Peter Alexander als der ältere Stuckenschmidt – und daß dieses inzwischen bestens angekommene schwerst saudumme Affentheater (»Ach ja, die großen goldenen CD-Videos kosten auch was«) ganz im Sinne der Krausschen »Wortspielhölle« tatsächlich den Sendungstitel »Erstklassisch!« führt, kann schon fast nicht mehr wahr sein; ist es aber.

&

Weit, sehr eng ist es gekommen mit seiner weiland allzeit hochgehaltenen Rebellik und Subversion: Der Jazz, heute vertreten durch den schwarzen kalifornischen Sänger Bobby McFerrin und dessen neue sog. Überraschungs-Bestseller-LP »Don't Worry, Be Happy«, macht sich gegen die individuell-punktuelle und überindividuell-historische Unbill des Daseins stark für ein und durch ein Programm nebst Lebensgefühl, dessen Skala von der proklamierten Unbeschwertheit bis zur realen Wurschtigkeit reicht: so emphatisch, daß selbst die beruflich assoziierte Herstellerbranche die »Dürftigkeit« bis hin zum »völligen Quatsch« ausplaudert.

Und in Deutschland ist für den gassenhauerischen Ohrwurm Polen ganz besonders offen. Wie das? Nun, es wird halt so sein, daß ein Volk als Entlastung von seiner derzeit beliebtesten Lektüre – Belletristik von Allende, Biografik von Gräfin Marion – etwas Entspannung braucht. Doch, auch und sogar mitten im Klassenkampf.

&

Ich selber verstehe ja zu wenig davon; aber mein Pop-Jazz-Gewährsmann Botho S. Dammer schwört mir, daß die derzeit allüberall als Apotheose von Postmoderne gefeierte »Spillane«-Schallplatte des New Yorker Komponisten John Zorn sich in ihrer stilesoterischen und fetzensynthetischen Pathetik genau so anhört wie ein durch Fernbedienung rasch wechselndes Fernsehen sich ansieht; gelobt aber werde, wo jede Entwicklung mangele, der im Grunde alte Aberglaube an die Dignität des Einfalls als solcher, welche der Chimäre von der Redundanz der Hegelschen Kategorie der Vermittlung zum Verwechseln und zum Verzweifeln ähnlich sehe, »kurz, diese Platte geht mir auf den Geist« (Dammer).

Und diese seine Meinung solle ich hier ungeschönt weitergeben. Was ich hiermit tue.

&

Unter den Komponisten der erste wohl war Mendelssohn, der programmatisch aussprach, daß Musik eindeutiger, präziser sei als alle Worte (Brief vom 15.10.1842). Karl Philipp Moritz und Jean Paul äußerten schon etwas früher Komplementäres über die Töne, jeweils im Roman: »Ja, alles was ihr nennt, das fehlet mir« (Hesperus). Der Musikologe Carl Dahlhaus (Die Idee der absoluten Musik, 1978) leitet daraus ab: »Die romantische Musikästhetik ist aus dem dichterischen Unsagbarkeits-Topos hervorgegangen: Musik drückt aus, was Worte nicht einmal zu stammeln vermögen. Es sind die Romane, der Moritzsche 'Andreas Hartknopf' und der Jean Paulsche 'Hesperus', in denen sich die Vorgeschichte der romantischen Musikästhetik abzeichnet. Die Entdeckung, daß die Musik, und zwar als gegenstands- und begriffslose Instrumentalmusik, eine Sprache 'über' der Sprache sei, ereignet sich, paradox genug, 'in' der Sprache: in der Dichtung.«

So paradox, wie Dahlhaus meint, ist das nun aber auch wieder nicht. Denn für irgendwas muß ja die Sprache auch gut sein, und sei's dafür, auszudrücken, wie neidisch sie sei, daß sie nicht vermöge, was Töne spielend können; welchen Gedanken allerdings, ein kleiner Triumph, Töne nun wirklich und nachweislich nicht bewerkstelligen; nein, den grämlichen Neid, den packen sie ebenso wenig wie überhaupt den abstrahierenden Vergleich

Und zweitens war Mendelssohn ab ovo ein hochverschwärmter Jean-Paul-Leser. Und komponierte dann eben entsprechend.

&

»Dem, der sich dem Eindruck einer Symphonie ganz hingibt, ist, als sähe er alle möglichen Vorgänge des Lebens und der Welt an sich vorüberziehen: dennoch kann er, wenn er sich besinnt, keine Ähnlichkeit angeben zwischen jenem Tonspiel und den Dingen, die ihm vorschwebten.«

Das wird a) an dem offenbar integralen, aber letztlich unbrauchbaren Begriff der »Ähnlichkeit« liegen, an dem Schopenhauer (Die Welt als Wille und Vorstellung) sich wundernd scheiterte; und b) konnte er noch nicht mit mir rechnen. Mir, der ich die Übersetzung ins Visuelle sogar apriorisch zu antizipieren in der Lage bin. 1957 hörte ich Tschaikowskis populäres Capriccio Italien op. 45 zum ersten Mal und ersah dabei hinter den gleichsam gläsernen Einleitungsfanfaren und den kleinen zärtlichen orchestralen Tastereien sehr genau jene oberitalienische Landschaft zwischen Bozen und Verona, die ich realiter erstmals 1963 erfuhr: Die frühmorgendliche, noch neblichte und kühle und doch schon erheiterte Tal- und Vorgebirgsformation des Trentino, des Eintritts in den Süden von der nordischen Brenner-Pforte her; die sanften Alpenausläufer samt den merkwürdig manieristischen Felsbauten der Gardasee-Region; die ersten Pinien- und Zypressen im und überm Dunst der weich schwingenden Hügel. Doch, all das hat Tschaikowski, ehe seine Musik leider recht lärmig und schwallig wird, so atmosphärisch dicht, so imaginäre Augenbilder zeugend, so durchaus – –

Hm. Nein. Stimmt nicht. Grade lese ich auf der Plattenhülle nach, daß der Russe ja vielmehr Florenz und die Toscana vor Augen hatte. Tja. So kann man sich täuschen. Ich meine natürlich: Tschaikowski.

&

Aber im Ernst: Schopenhauers Schein-Paradox bleibt ein Thema. Wird beispielsweise im Kopfsatz von Bruckners Neunter wirklich ein Mittel-, das Riesengebirge »geschildert«, wie es zwei der derzeit marktansässigen Editionen in Form des bekannten C.D. Friedrich-Gemäldes als synästhetische Vorgabe suggerieren? Hören Sie nicht auch eher, wie ich, ein Hochgebirge, sich visuell spiegelnd in den typischen Oktaven-Kluften der Partitur?

Klar wird die Sache erst wieder mit Richard Strauss' »Alpensinfonie«. Unselig scheinen da die Musik, ihr Titel und das Platten-Foto selbander in sich selbst. Sogar der Berg birgt keine Rätsel. Gemeint ist expressis verbis die Zugspitze. Richtig, genau so – hör nur gut hin – pflegt die zu lärmen.

&

Musik disqualifiziert sich im Großen durch ihre erschreckende Ähnlichkeit mit dem Kleinen. Man muß schon Tschaikowskis (»frühe«) Sinfonien 1, 2 und 3 hören, um ganz zu ermessen, was auch die (»späten«) Sinfonien 4, 5 und 6 für ein ausgeschamter Quatsch sind.

&

Und Gott erschuf den Menschen mit genau 10 Fingern, der Mensch aber machte in der Folge davon ein Prélude in B-dur op. 23 ,2 von Rachmaninow, das, gehämmert von Swjatoslaw Richter, sich anhört, als donnerten hier mindestens 40 wildgewordene Finger gleichzeitig auf die Tasten ein – und Gott hörte, daß es nicht gut war, und also beraubte er im 1. Weltkrieg den Pianisten Paul Wittgenstein fünf seiner Finger, und siehe, das daraus entspringende Klavierkonzert für die linke Hand von Ravel hörte sich schon wieder sehr viel dezenter an – aber geschmacklos wollten wir hier in dieser Kolumne ja eigentlich nur ausnahmsweise werden.

&

»Lange lebe der Zar Boris Feodorovic! Gepriesen seist du, unser Zar Boris! Heil der Sonne, der strahlend hellen am Himmel, Heil, Heil! Heil dem Zaren, Heil Boris, Heil dem Herrscher Rußlands, Heil ihm! Gepriesen seist du, gepriesen seist du, unser Zar Boris! Unser Zar Boris! Gepriesen seist du! Unser Zar Boris! Gepriesen seist du! Jauchzet, freut euch Volk! Jauchzet, singet und jubelt laut! Jauchzet, all ihr Gläub'gen laut! Preiset alle unsern Zaren Boris! Lang lebe der Zar Boris Feodorovic! Dem Zaren Heil! Heil dem Herrscher Rußlands, Heil dem Zaren! Heil und Preis dem Zaren, Heil ihm! Heil ihm! Heil ihm! Heil ihm!« (Mussorgsky, Boris Godunow, 1. Akt).

Ja, damals verstand man eben noch zu preisen. Und heute? Ach was: »Keine Sau will mehr rühmen, jedes noch so dumme Schwein möchte berühmt werden« (Gernhardt, Glück Glanz Ruhm, 1983).

&

Weihnachten verblieb 1988 erstmals ohne Pflicht-Opernbeitrag des ARD-ZDF-Fernsehens. Der Überbau stürzt endlich ein – der Schleier fällt. Denn: »Fernsehen ist die schönste Oper!« (Michael Weißmüller, Welterlöser, 8011 Pöring/Oberbayern).

&

Wenn man wüßte, was Schubert speziell gegen das erahnte Ende seines kurzen Lebens hin bewogen hat, speziell die anrührenden, »schönen«, liegend-monotonen, eben unnachahmlich schubertischen Themen sehr häufig in extensiv virtuosenmäßige, in ihrer artistischen Aufwendigkeit annähernd sinnlose und dabei doch auch reichlich schulmäßige Fortführungen gleichsam zu verwässern, zu dementieren, zu nivellieren – so in den »Ihr Blümlein alle«-Variationen, so im Mittelteil des ewigschönen Trio Notturno, so im leitthematischen 2. Satz des Streichquartetts »Der Tod und das Mädchen«; und wie es dann kommt, daß diese aufs erste Hören hin störende Kunstfertigkeits-Demonstration über ihr demonstrativ Wurschtiges und Lärmiges hinaus die Farbe eines abermals besonders Rührenden annimmt: Dann wäre man

erkenntnistheoretisch auch schon wieder – keinen Schritt weiter; denn auch dem späten Mozart sind zwar ähnliche Gesten betonter Wurschtigkeit eigen, dies aber im reziproken Rahmen einer fortschreitenden Schlichtheit der Notation, einer zunehmend raffinierten Lakonie.

Was tun? Hans J. Fröhlichs Schubert-Buch von 1978, dem behutsamen Glauben an eine Korrespondenz von Werk und Lebensgefühl anhängend, faßt zusammen: »Schuberts Dilemma: er kann nicht leben, aber er will auch nicht sterben« (S. 303).

Sofern da keine Verwechslung mit Kafka vorliegt: Das läßt sich hören.

&

Zu Bruckners Leichenbegängnis schlich heimlich sein öffentlicher Antipode und zuweilen offener Verächter Brahms, um im Hintergrund zu weinen. Wissend, daß es zuende ging, weinte Brahms auch am Morgen seines Sterbetags. Ich aber, weil wir schon mal dabei sind, weine anläßlich von Brahms' Horn-Trio in Es-Dur op. 40, im Adagio mesto in es-moll; das, wie ich jetzt erst beim Weinen nachlese, die im Entstehungsjahr (1865) verstorbene Mutter beweint, in einem harmonisch tiefst mysteriösen Dreigespräch, welches das wunderbare Zentralthema des Satzes in die Schauer eines Jenseitigen und zugleich überirdisch Lieblichen und Wonnigen aufweicht und entrückt; weine wie ein Schloßhund, ach was, wie ein alter nasser Sack in seiner letzten bitterlichsten Stunde: »O Tod, wie wohl tust du« (op. 121, 3) – herrlich!

konkret 02/89, S. 68

Christoph Krämer

Glatt bewältigt

Es gibt kein Richtiges im falsch Gestalteten: Das neue Jüdische Museum in Frankfurt stellt die jüdische Geschichte aus wie eine Modeboutique ihre Pullover – in glitzernder Pracht und formaler Geschwätzigkeit

Wann immer ich in Frankfurt bin, muß ich über den Eisernen Steg ge_ hen, von einer Mainseite zur anderen. Für mich ist er Beckmanns Eiserner Steg. Lange bevor ich das erste Mal in Frankfurt war, kannte ich diese Eisenkonstruktion von seinen Bildern und Grafiken und hielt sie für seine Erfindung. Daß es diese Fußgängerbrücke wirklich gibt, überraschte mich, auch wenn der Schnitt, mit dem sie durch den Main und die gegenüberliegende Häuserreihe fährt, realiter viel weniger gewalttätig ausfällt als auf den Bildern.

Ein anderes Motiv Max Beckmanns, die alte Synagoge, habe ich nie für eine Erfindung gehalten. Ich habe mich auch nie bemüht sie aufzusuchen. Daß sie noch einen Platz im Stadtbild Frankfurts haben könnte, hielt ich für ausgeschlossen. Erst als die Baulücke, die sie hinterlassen hat (ihre Steine wurden nach der Reichspogromnacht in einer Friedhofseinzäunung vermauert), mit einem der historistischen Neubauten – diesmal für die Stadtwerke – verkittet werden sollte, habe ich mich bei einem Besuch in Frankfurt zum Börneplatz begeben. Dem voran gingen die Proteste der gleichen Leute, die sich schon erfolglos gegen die Startbahn West gestellt hatten. Bevor die Baugrube mit Beton zugeschüttet wurde, hatte sie Zeugnisse des alten jüdischen Viertels enthüllt, und es lag allzu nahe, an dieser Stelle und für diesen Ort den Bau eines jüdischen Museums zu fordern. Dieses jüdische Museum hat Frankfurt nun bekommen. Es liegt allerdings gegenüber der feinen Seite des Museumsufers und ist untergebracht im ehemaligen Rothschild Palais, einem jener wenigen Frankfurter Bürgerhäuser, die den Krieg überdauert haben.

Eröffnet im Herbst 1988, just die Gedenkfeiern begleitend, die von jetzt an mit wachsendem Recht jedes Jahr über die nun folgende Dekade angesetzt werden können, scheint das Museum mehr einem Schlußstein denn einer Grundsteinlegung zu ähneln. Wenn ich sage, mich interessiert hier weniger der Inhalt des Ausgestellten denn das Erscheinungsbild dieses Gebäudes, handelt es sich nicht um Zynismus des Besserwissers, sondern um eine dem Gegenstand angemessene Aufnahme und eine Reaktion auf diese Art der Gestaltung von Gesamtkunstwerken, zu der museale Bemühungen – zumal unter Frankfurter Verhältnissen – heute auflaufen.

Sprechen wir also von den Bodenbelägen, den Säulen und Fahrstuhltüren, dem Design der Schrifttafeln und den Präsentationsweisen der Ausstellungsgegenstände. Der Abwendung von didaktischen Modellen, ja deren offene Ablehnung wird allüberall mit Inszenierung und Gestaltung geantwortet. Sich eine Ausstellung zu erarbeiten, Bezüge her- und auszustellen fällt unter das Verdikt, daß rationales Verstehenwollen der Komplexität ästhetischer Gegenstände nicht gerecht werden kann. So entsteht ein quasi tautologisches Präsentationsgebaren, bei dem ästhetische Gestaltung die Ästhetik der Gegenstände zum Sprechen bringen soll. Wenn wir von Fußbodenbelägen reden, dann sprechen wir nicht von der Nebensache, sondern den Intentionen. Wie überhaupt die Erscheinungsform immer mehr das Eigentliche, das Politische zu werden droht. (Nicht das Buch, das Bild etc. wird zum Ereignis, sonder der Film dazu, der Jahrestag zu dem es erscheint, macht es erst dazu).

Die Fußbodenbeläge: Glas, polierter Granit, Marmor und Eichenbohlen, die grau versiegelt sind, stoßen aufeinander, wechseln sich ab als feinsinnige und edle Kommentare, die im Schlendern aufgenommen werden. Reden wir auch von den Schrifttafeln aus gebürstetem Aluminium, die die zahlreichen Stationen jüdischen Lebens und Leidens bezeichnen. Richtig oder falsch, was sagen die Sätze, was erläutern die Texte, was bezeugen die Dokumente, wie lebten und was erlebten die Menschen, was meinen die Macher? Statt Antworten theatralische Effekte, die Verweilen und Begreifen zu altmodischen Verhaltensweisen werden lassen. So wenig die Regale und Spiegel der Boutiquen mit den dort erhältlichen Pullovern etwas zu tun haben – oder doch, indem sie den Stil des Pulloverträgers symbolisieren

so zweitrangig wird das Dargestellte im Verhältnis zu seiner Inszenierung und läßt mehr Schlüsse über die Käufer und Flaneure zu als über den Nutzen und Gebrauchswert des Ausgestellten.

Es fehlt nicht an Fakten. Über die Tastplätze der Computer kann man die Pages aufblättern und nachlesen, wie viele Angehörige die jüdische Gemeinde vor und nach der Shoah hatte. Meist sind die Bildschirme eingelassen in unbehandelte, rostige Stahlplattenobjekte nach Art des Richard Serra, der nicht nur vor seiner kunstgewerblichen Ausschlachtung hier, sondern auch der Vorangehenden in den oben erwähnten Kaufstellen zur Befriedigung des gehobenen Bedarfs geschützt werden sollte.

Überhaupt die Bildende Kunst und das Kunstwollen der Architekten. Wo sie Räume bereitstellen sollen, gestalten sie, wo sie Räume gestalten, ringen sie um Ausdruck und interpretieren, was sie eigentlich beherbergen sollen. Weil sie den funktionalen Aufgaben nicht genügen, begnügen sie sich nicht mit ihnen und machen das *»Mehr«.* Jede Säule endet in einem anderen spiegelnden Kapitell, das postmodern zu nennen schon eine Beleidigung der Moderne darstellt. Wenn die Moderne etwas einigte, dann der Wunsch, hinter Fassaden zu schauen und zu etwas vorzustoßen, was man das Eigentliche

nennen kann. Die Kubisten wollten nicht mehr den Raum imitieren, sondern in ihn eindringen, seine Simultaneität erfahrbar machen, die Expressionisten die existenziellen Gefühle darstellen, statt über sie zu erzählen, und die Konstruktivisten die Strukturen aufdecken, die unter der Oberfläche wirken. Das mag bis heute zu fahlem Spezialistentum ausgedünnt sein, aber der Ausgangspunkt, auf den Kern einer Sache zu zielen, sich dem Reiz von Ornament und Fassade zu entziehen, statt zu beeindrucken, Einsichten zu gewähren, unter dieses Programm einen Schlußstrich zu ziehen, heißt nicht, die Zeichen der Zeit zu erkennen, sondern Zeichen für eine andere Zeit zu setzen. Solche Zeichen setzt auch die Geschwätzigkeit der Formen im jüdischen Museum.

Sie müssen es gemerkt haben. Nachdem man ihnen durch Pracht und Eleganz gefolgt ist – kaum nötig zu fragen, ob denn der Schabbat in allen jüdischen Familien so luxuriös gefeiert werden konnte, wie dargestellt – schicken uns die Gestalter in ein schwarzes Kabinett in dem eine endlose Tonbildschau die Shoah darzustellen unternimmt. Mit roh, gleichwohl aus feinsten Hölzern gezimmertem Mobiliar ausgestaltet, von scharf gestanzten Metallzäunen eingegrenzt, versinkt das Grauen im Dunkelraum. Wer je die Rauminszenierung von Jochen Gerz' Dachauprojekt erfahren hat, weiß nicht nur von der Anleihe beim künstlerischen Vorbild, sondern erkennt das Richtig oder Falsch, das Ehrliche und das Verlogene in der Abnutzung, die das Kunstobjekt auf seinem Weg ins Kunstgewerbe genommen hat.

In seinen Tagebüchern hat Paul Klee davon gesprochen, daß, wer banale Themen gestalten will, die höchste Form zu finden hat. Das Banalste der jüdischen Geschichte, der fast vollständige Genozid, kann durch Kunstgewerbe dieser Art nicht erfaßt, geschweige denn begriffen werden.

Das Museumscafe bewegt sich auf dem hohen ortsüblichen Niveau der anderen Frankfurter Institute. Ich habe um die Ecke einen Kaffee im Stehen getrunken.

konkret 02/89, S. 70

Dietrich Kuhlbrodt

3.346m Film

Der neue Film der polnischen Regisseurin Agnieszka Holland, »Der Priestermord«, ist ein mediales Produkt der frühen Reagan-Ära: Perverse Kommunisten killen keuschen Pater

Tatort: die Weichsel bei Wloclawek. Tatzeit: 19. Oktober 1984, nachts. Opfer: Pater Popieluszko, der nach dem Verbot von Solidarnosc in der Pfarrkirche St. Stanislaw Kostka die populären »Messen für das Vaterland« zelebrierte. Täter: kommunistische Bullen. Tatwaffe: ein Holzknüppel.

Tatort: das Kino. Tatzeit: 1989. Opfer: Pater Popieluszko, postum Popstar des Westens. Täter: die antikommunistische Regisseurin Agnieszka Holland. Tatwaffe: 3.346 m Film »Der Priestermord«.

Der Film fabuliert die historische Story neu zusammen. Pater Alec (Christopher Lambert) heißt jetzt der Nationalheld, vor dem die Massen auf die Knie gehen. Er ist jung und schön, aber der kommunistischen Geheimpolizei ein Ärgernis. Die Bullen, allesamt perverse Psychopathen, versuchen ihn mit allerlei Tricks in den Knast zu bringen. Ein schwarzer BH wird ins Bett geschmuggelt, auch eine automatische Schnellfeuerwaffe. Vergeblich. Christopher Lambert bleibt keusch und macht die allen Fans bekannte gute Miene zum bösen Spiel. Schlimmer noch: Die Geheimpolizei wird von ganz oben (General Jaruzelski) gebremst.

Das kann jedoch Hauptkommissar Stefans (Ed Harris') Verfolgungswillen nichts anhaben, besonders da ihm die beruflichen Mißerfolge auf die sexuelle Potenz geschlagen sind und seine Ehefrau infolgedessen leidet. Er tut sich mit dem schwulen Bullen Felix (Tim Roth) und dem anderweitig abartigen Igor (Timothy Spall) zusammen und formiert ein kommunistisches Under-Cover-Trio, das im Auftrag einer ebenso kommunistischen Geheimloge – der Agentenführer ist Oberst und Psychopath zugleich (Joss Ackland) – den Christopher Lambert entführt und totschlägt. Wie der Teufel rast Hauptkommissar Stefan danach nach Hause, reißt der Ehefrau die Bettdecke weg, schlingt sich ihre Beine um die Schultern und fickt sie mit aller Kraft. In sechs Sekunden sind beide fertig. Es geht wieder! ! Laute Schreie belegen den wechselseitigen Orgasmus. Leider muß Stefan aber aus Gründen der Staatsräson ins Gefängnis. Und so hat der Film denn doch kein happy end.

Informationen hält Regisseurin Agnieszka Holland in diesem Zweistundenfilm für unnötig. Obwohl sie mit Wissen vollgepropft ist. Denn bis Ende 1981, bis zum Verbot von Solidarnosc, lebte und arbeitete sie in Warschau (acht Filme). Und 1961, erzählt sie, wurde ihr Vater von der politischen Polizei ermordet (»Meine erste politische Erfahrung«). – Im Film aber gibt es nichts zu erklären und zu begreifen. Gut und böse sind von vornherein verteilt und damit basta. Christopher Lambert zeigt sein immer gleiches hübsches Gesicht. Er muß nicht spielen, kann es vielleicht auch nicht. Wenn er ermordet wird, wird nicht der Pater Popieluszko ermordet, sondern der derzeit zumindest in Frankreich beliebteste Filmschauspieler. Und mit ihm unser Tarzan (Greystoke – Die Legende von Tarzan, Herr der Affen, 1983), unser anarchischer Punker (Subway, 1985), unser 400jähriger Unsterblicher (Highlander, 1986), unser toller Mafioso (Der Sizilianer, 1987). – Wenn wir etwas wissen, dann wissen wir, daß in diesem Film ein Pop-Held der westlichen Zivilisation den Märtyrertod stirbt, und zwar im Ostblock. Und alle ästhetischen Mittel des Films bezwecken das Eine: an die Instinkte zu appellieren, um das schlechthin Böse da drüben im Osten zu lokalisieren.

»Der Priestermord« ist ein mediales Produkt der frühen Reagan-Ära, die ihre Politik als Kreuzzug gegen den Sitz des Bösen zu verkleiden gedachte. Agnieszka Hollands neuer Film erscheint daher gleich beim Start merkwürdig veraltet. Andererseits macht er sich von politischen Entwicklungen unabhängig, weil es ihm weder um Politik noch um Entwicklungen geht. Grade weil er den historischen Fall des Solidarnosc-Priesters zum Inhalt hat, und grade weil die Regisseurin es besser wissen müßte, lohnt es sich, die Strategie der Entpolitisierung und der Verteufelung des Gegners in diesem Film zu untersuchen.

Bevor es überhaupt richtig losgeht, tremoliert Joan Baez im off bereits etwas vom »Crime of Cain«, womit Bulle Stefan von vornherein sein Zeichen weg hat. Kain hier, Abel da, und alle warten, daß sich die Stigmata zeigen. Kain: Das ist die Minderheit. Sie hockt in winkligen engen Räumen zusammen, säuft und spielt. Dagegen Abel: Kirchenschiffe, Plätze, das Firmament, und Priester Alec verteilt Autogramme – in aller Öffentlichkeit, ein Bad in der Mehrheit.

Oder die Masken. Ungeschminkte, heroische Porträts im Lager des Guten. Markante Gesichter von betenden Bäuerinnen (wieder trällert Joan Baez; diesmal was vom »Golden Eagle«) und immer wieder Lamberts reines offenes Gesicht, fast schon ein Dauer-Poster. – Daneben die Fratzen der Untermenschen und Perversen. Die zuckenden Grimassen verraten das Böse, das in ihnen herrscht und heraus will. Die Schminke verdeckt nicht, sie denunziert. Die Homosexuellen sind das Böse, sie haben dem polnischen Volk den Krieg erklärt. Denn der schwule Bulle, der hinter den hübschen Jungs von Solidarnosc her ist, schlägt den friedfertigen und daher manifest masochistischen Abel-Priester auf eindeutig wollüstige und daher einwandfrei sadistische Weise tot. Die Maske zeigts: bluttriefend hebt er die Lefzen vom Opfer, die Lippen sind überrot und wüst geschminkt, eine Transvestitenparodie. Und grinsen tut er auch noch.

Immer und immer wieder führt der Film das Gute aus der Welt des Guten vor. Selbst das Product Placing wird zum ästhetischen Mittel für den guten Zweck. Eigentlich ist es ebenso kokett wie aufdringlich, wenn die Zigarettenschachtel in die Großaufnahme kommt und dann genüßlich die Marke enthüllt wird, die bislang verdeckt war. Ja, es ist Marlboro, (noch) entbehrt in der Welt des Bösen. Und dann wird eben das auch noch im Dialog gesagt. Marlboro! Kennen wir! Freudiges Wiedersehen! – Das Vertraute ist das Gute. Den Star, die Gesichter im Film: kennen wir. Und die Priesterkirche, die Landschaften... Man braucht nicht zu wissen, wo der Film gedreht wurde. Die Drehorte signalisieren Bekanntes, Heimatliches. Saint-Esprit, die Heiliggeist-Kirche im 12. Arrondissement, nahe dem Bois de Vincennes, ersetzt die Warschauer St. Stanislaw-Kostka-Kirche. Die Landschaften des Jura, die Städte Lyon, Villeurbanne, Le Havre, Lille erscheinen in diesem Film auf sehr bemerkenswerte Art vom polnischen Ambiente gereinigt. Fremd dagegen muten die Innenräume der bösen perversen Minderheit an; die Toilette, in die sich der schwule Vampyr-Bulle mit einem Verschwörer einschließt, ist eindeutig nicht auf dem neuesten Stand der Hygiene-Technik.

Der Film ist so angelegt, daß man mit Freuden wiedererkennt, was vertraut ist. Denn das gewährt Zuflucht vor dem, was Angst macht. Und diese Angst schürt der Film mit einigem Raffinement. Weil die Bösen uns auf höchst unpolitische Art nahekommen. Zum Beispiel verletzten sie ein so schützenswertes Gut wie die Tierliebe. Denn was tut der kommunistische Bulle? Er klemmt den Kopf eines besonders zutraulichen und putzigen Hundes in die Seitenscheibe seines Autos ein und jagt mit aufheulendem Motor davon. Auch das Tier heult und jault; bösartig dreht der Böse die Scheibe höher und höher, bis wir ein letztes Wimmern hören. (Doch gemach, auch hier wird das Gute siegen).

Nun könnte es eventuell so sein, daß die Bullen in Polen wie anderswo grade deswegen allen Freiheitsbestrebungen so gefährlich und abträglich sind, weil sie effektiv, technokratisch-professionell, ganz vernünftig, nämlich wohlüberlegten Dienstanweisungen folgend im Namen des Normalen, des Rechts und des Volkes knüppeln und dabei auch mal jemanden totschlagen. Im Namen des Kommunismus, ja, das klingt recht deutlich an in diesem Film, soll das aber eben nicht normal sein – in diesem Film. Drum entzieht er sich weislich einer Diskussion, die dann auch im Reich des Guten zu führen wäre, läßt Abel, den Priester nach Rom reisen, wo ihn »der Hl. Vater freudig erwartet« (Filmtext), während die Polizisten als Prototypen aller sexuell und geistig Gestörten agieren. Arme Irre! Phantasy-Horror! Satansbrut. Sollen sie einem leidtun? Aber nein, der Film bemitleidet sich selbst, die »Ave Marias«, die ein ums andere Mal erklingen, gelten der Mehrheit aller Normalen.

konkret 02/89, S. 72

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats - Verbrannte Gaumen

Napalm Death: From EnslavementTo Obliteration (Earache / Rough Trade)

Ürrh! Ürrh Ürrh! Ürrh Ürrrh! Ürrrrh Ürrrh Ürrrh Ürrh ! Hnhnhnnhhürrrh! U! U! Uh Uh! Ürrrrh! Uh! Ürh! Ürh! Ürh! Gu Gu Gu! Ürrh Ahgagagagagagagaga Ürrh Uf Uff Uga Uha ! Uhh Uhh ! Ahgahha!

Bitte das nächste Stück: Afagfagafg Oorrhorrhhroorrh Katarrrh katarrh katarrh RRRRRHHHHHHH !

Und schon wieder vorbei, und das nächste, etwas langsamer: Brübrbrüürbrübrübrü rrrrrrhrrrrrhrrrrh, Ürrrh ürrh ürrh ÜRRH! ÜRRH! ÜRRH ! ÜRRH!

Über die Onomatopoeia habe ich lange nachgedacht, und ich glaube, ich habe die passenden gefunden für Song 2-4 von der ersten Seite der neuen Napalm-Death-LP, es handelt sich um »Lucid Fairytale«, »Private Death« und »Impressions«. Was sich wie kurzes Kläffen gewürgter Kampfhunde anhört oder letztes, letales Kotzen in das große kosmische Toilettenbecken, an dem wir alle eines Tages vorbei müssen, sind in Wirklichkeit (und mit Wirklichkeit meine ich hier die schriftliche Wirklichkeit der auf der Innenhülle abgedruckten Wörter) Texte. Jeder, der sich diese Platte anhört, wird mir bestätigen, daß sie sich ohne jede handelsübliche Übertreibung oder Journalistenpoesie, ohne jedes Altmännerunverständnis anhört wie diese oben beschriebenen Laute, dennoch sind es Poeme von großer Dichte und Intensität, die von Einsamkeit, existentiellen Nöten und Kommunikationsverlust handeln, sich gegen Kapitalismus, Entfremdung, Machismo, Schwanz-Rock, Domestizierung authentischer Aggression und Käuflichkeit von Gefühlen sowie eine Menge anderer Übel richten, nicht einmal unbearbeitet-vollständigkeitswahnsinnig runtergerasselt wie bei früherer Punk-Rock-Erwähnpoesie, sondern durchaus ausgearbeitet, an selbst erfahrenen Beispielen dargelegt, und schließlich auf die einzig mögliche Art beim heutigen ethischen wie ästhetischen Stand der Dinge in England, nämlich so, vorgetragen: Ürrrh! Ürrhühü ! Ürrrhü Ürrh! (unglaublich tief:) RRü RRüp RRü RRürrh! Uh Uh Agga agga agga agga agga Ürrh! Ürrh ! Ürrh!

Einer der Begriffe, die für die Musik , von der Napalm Death nur ein ziemlich auffälliger, gar nicht unbedingt der beste, aber dafür auch distributorisch am leichtesten zugänglicher Vertreter ist, kursieren, ist Speedcore. Heutzutage, wo in den meisten Diskotheken die DJs mit bereits auf Hülle und Label gedruckten exakten Geschwindigkeitsangaben arbeiten, sogenannten BpM-Zahlen (Beats per Minute), hat man allgemein genaue, quantifizierbare Begriffe von der Geschwindigkeit der Musik, die den alten italienischen nicht nur an Genauigkeit überlegen sind, sondern auch Bereiche mit abdecken können, die es früher nicht gab und für die auch in der Luftfahrt neue Einheiten wie Mach erfunden werden mußten (hört man sich heute Platten aus egal welcher Epoche an, die man früher als schnell empfunden hat, stellt man immer wieder fest, wie langsam sie geworden sind, die einzige Konstante in der Geschichte der Pop-Musik ist ihre ständige Beschleunigung). Ein Tanzstück gilt bei 120 BpM als enorm schnell, bei 144 BpM dürfte die absolute Obergrenze für Tanzbarkeit im herkömmlichen Sinne liegen, sehr schneller Hardcore-Punk der 80er Jahre lag nach meinen Schätzungen / Messungen bei circa 140-180 BpM, Napalm Death liegen bei 20 von 22 Stücken sehr oft über 180 BpM, gelegentlich jedoch über 240 BpM (mehr als vier Beats pro Sekunde, und zwar keine elektronischen, sondern handgespielte).

Was sich hier wie bloße Leistungsschau, sportliche Errungenschaft liest, ist in Wahrheit der härteste, empörteste, radikalste und trotzdem noch nachvollziehbare Angriff auf das Lied als sinnfällige Einheit aus Text und Gesang, als Autoren und Repräsentanten konstituierende Kunstform (ohne seine Tradition zu verlassen oder von der eigenen Erfahrungswelt her, die heutzutage nunmal fast immer in Text und Musik zerfällt, überhaupt verlassen zu können), ist der erfolgreich durchgeführte Versuch, dem Gefühl (und der Idee) der absolut empfundenen Entfremdung und ebenso empfundenen Ohnmacht eine absolute Energie abzuringen (also der lauteste, verzweifeltste Versuch, die Idee des Rock'n'Roll noch einmal zu testen), aber halt: Noch immer sind dabei schöne Songs entstanden, wenn dergleichen teuflische Angriffe geritten wurden (die Songform ist widerstandsfähig und unter Beschuß wird sie am stärksten, aber auch zum verläßlichsten Freund), und so unglaublich es für jeden klingen wird, der die Eingangszeilen dieses Artikels vertrauensvoll gelesen oder sich auch nur die Platte angehört hat, unter all diesem unversöhnlich dumpfen, doch gleichzeitig rasende Gegrummel eines verbrannten Gaumens wohnen Arrangements und Melodien, auch bei schwindelerregenden 240 BpM werden Absprachen eingehalten.

Nicht aus Bewunderung der Virtuosität lobe ich das, oder, wie schon gesagt, aus Achtung vor sportlichen Hochleistungen, die mir in der Musik spätestens seit den großen Jahren des Jazzrock ganz fremd geworden ist, sondern weil ich es so umwerfend finde, daß mitten in der unvorstellbar antisten Anti-Musiken, die nicht wenige Kritiker als das nun mehr doch endgültige Ende der Musik bezeichnet haben, dann doch wieder so eine niedliche Organisation niedlicher Details sich beobachten läßt, gerade in kleinen Geräuschdetails (auch wenn das natürlich genau meiner Idee von Lärmmusik der letzten 20 Jahre entspricht: man verfeinert genau da, wo es sich nicht üblicherweise eitel spreizt, in zur Schau gestellter Instrumentalbeherrschung oder Arrangementpikanterien, sondern im Aufbau / Arrangement von Schutt), die noch immer das erste Indiz für gut gedachte und gemachte Pop-Musik waren, bis einem die Tränen kommen.

»Apathie verbreitet sich/ im Gleichklang mit Geschlechtskrankheit/ eine Geißel, die peinigt/ die Viehmärkte der Jugend / ohne Bewußtsein, nur promisk /ohne Respekt für sich selbst/ beim Verkaufen ihrer Körper / Alle Gefühle tot!« So und ähnlich lautet die Diagnose, der Lee Dorrian seinen ausgemergelten, ausgebleichten, rosafarbenen, schönen, ausgehungerten Körper leiht, schlechte Haut, wie er hat auch der nicht minder dünne Gitarrist Bill Steer, beide sehen aus wie Junkies, aber sie sind keine. Sie sind einerseits arm und haben nicht genug zu essen, zum anderen aber sind sie Vegetarier, wie die meisten englischen Hardcore- und Speedcore-Bands, Drummer Mick Harris kommt mit seinen Tattoos und seiner aufgeblühten Akne wenigstens noch dem klassischen Metal-Tier nahe, auch wenn er für diesen Typ jeden obligatorischen Ansatz von Bierwampe vermissen läßt, lediglich Bassist Shane Embury scheint den noch bis vor kurzem für harte Musiker obligatorischen Getränken zuzusprechen, er ist fett wie noch die halbe letzte Generation.

Hardcore war ursprünglich der Name für die härtere, schnellere und offenere politische Punk-Version, die seit den frühen 80ern aus den USA kommt, als im Mutterland des Punk-Rock dieser längst am Ende war, in der von Konzernen weniger kontrollierten, unabhängigeren und regional aufgesplitteten US-Szene gediehen im Laufe der 80er Dutzende von Folge-Genres. Hardcore vermischte sich mit allem bis hin zu den Free-Jazz- und Hendrix-Einflüssen, denen die Ex-Mitglieder der bekanntesten, amerikanischen Hardcore-Band Black Flag heute mit diversen Bands auf ihrem eigenen SST-Label frönen. Am häufigsten aber war die Verbindung HC-Heavy Metal, wodurch sich viele neue Mischformen aus der alten Harte-Männer, – die-keinen-Respekt-vor-Frauen-und-anderen-Monstern-haben-Haltung des Schwermetall und der moralisch-rigiden, fest auf dem Boden des anarchistischen oder linksradikalen Bewußtseins stehenden HC ergaben, der Drogen und Alkohol ablehnt, und von ein paar rechtsradikalen Spinnern abgesehen, den internationalen Grundkonsens der Autonomen aller Länder trägt.

Doch die Heimat dieser Bewegung war eben immer die USA, erst in den letzten ein bis zwei Jahren reagieren englische Musiker der allerjüngsten Jahrgänge auf die vorhandenen Mischformen, mit einer durch weitere, dem in der Regel nur Massenmorde und Horrorfilme verhandelnden Speedmetal entlehnte Beschleunigungs- und Zuspitzungstechniken angereicherte Musik, die schon mal Speedcore oder Grindcore oder wie auch immer genannt wird, und die mit dem für ältere Menschen Paradox umgeht, das unversöhnlichste Anti-Establishment Vegetariertum auszudrücken, das je ein tier- und menschenfreundlicher Anarchist je irgendwo formuliert hat, und sich gleichzeitig für die möglichst blutigsten, was rede ich, bizarrsten, Tanz-Der-Teufel-II-mäßigsten Lieblingsfilme von Buprü-Chef Stefen zu begeistern. Ich erzähle das, weil ich hier wieder cooles Bewußtsein sehe, das vieles versteht und weiß, was ältere Linke nicht mehr auf der Rechnung haben oder glauben können, daß das wahr ist, und was doch deren natürlicher Verbündeter unter den Unterzwanzigjährigen ist, die wahre Jugendorganisation. Da eine diskursive Auseinandersetzung nicht sehr wahrscheinlich, absehbar oder gar wünschenswert ist, könnte es von Nutzen sein, sich diese oder andere Platten anzuhören, den Bewußtsein- und generationenübergreifenden Sound halb- bis eineinhalbminütiger Einheiten, in denen es dann wieder heißt: Ürrh ürrrh ürrh uhguhuughuughuughu brrzzüürrh ürrh katarrh katarrh katarrh! !

Konkret 02/89, S. 74

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Grinsend geht die Sozialdemokratie zugrunde

In jedem anständigen deutschen Spießerhaushalt schreit der Vati, wenn er die Mutti mit dem »Gastarbeiter« erwischt hat: Hure du, dich schlitz ich auf! In Hannover ist die Stimme 77, die dem Schröder die Stange zum Sturze Albrechts zu halten geschworen hatte, zu dem auf Bude gegangen. Was macht der Schröder, nachdem dies rausgekommen? Er hält sein Pokerpuddingface in die Kameras und grinst sein Pensum herunter. Draußen im Lande sitzen die zivilisierten Stämme Niedersachsens tapfer vor dem Bildschirm und warten auf den seelischen Ausbruch ihres Hoffnungsträgers. Einen wild die Augen Rollenden wollen sie erleben, einen gegen Verrat und Untreue Tobenden, auf einen den Schmerz des Betrogenen Hinausschreienden sind sie ganz heiß. Was aber liefert ihnen dieser knitterfrei sprechende Anzug? Ein sozialdemokratisch gefaßtes Gesichtstheater, daß es die Erika auf der Lüneburger Heide graust. Keine vor Zorn geborstenen Adern, kein Schaum vor rasendem Munde, nicht der Hauch menschlichen Exzesses. Vom gefönten Scheitel bis zu den gewienerten Schuhn ist der Mann ein Contenance-Geschöpf aus dem Bilderbuch des Scheintoten. Und dann tritt, alles zeigt das Fernsehen gottseidank, das gnadenlose, einer aus der Fraktionsherde herfür und drückt dem Manne eine Damenspende in den Arm: 66 rote Rosen. Weil sie doch 66 treue Sozialdemokraten sind, und jede Rose bedeutet einen treuen Sozialdemokraten. Aber keine Rose verwelkt augenblicks, weil eine Rose ist eine Rose ist eine Rose, und es ist ihr wurscht. Und der Gehörnte steht da mit seinen 66 roten Rosen. Und grinst und grinst und grinst. Und der Klassenfeind lacht. Und lacht. Und lacht.

Es gibt viele Anekdoten über den jüngst aus dem Amt geschiedenen Literaturpapst Marcel Reich-Ranicki. Die hier scheint die hübscheste. Außerdem ist sie wahr, denn jemand aus der scene, dessen Sache Literatenlatein gewiß nicht ist, verbürgt sich dafür. Es war zur Hochzeit der Mutlangen-Blockade. Da sagte Walter Jens zu seiner Frau Inge: Ruf doch bitte Marcel an, ich finde, er sollte morgen mitkommen, wir brauchen jeden Namen. Aber du weißt doch, sagte Frau Jens zu ihrem Mann, der macht da nicht mit, der lacht doch über so was. Na dann müssen wir ihn eben ködern, dir fällt schon was ein. Inge Jens überlegte nicht lange. Dann rief sie Reich-Ranicki an: Hallo Marcel, hätten Sie nicht Lust, morgen zu einer Thomas-Mann-Sitzung zu kommen? Abärr gärrnä, gnädige Frau, sagte Reich-Ranicki, gärrnä! Wie er nun am nächsten Tag mit dem Josephsroman unterm Arm bei Jensens klingelte und ihm geöffnet wurde, da wollte er gleich ins Bibliothekszimmer, wo er Publikum witterte. Doch da hakte ihn Inge Jens unter: Kommen Sie, Marcel, Walter wartet schon im Wagen, die Thomas-Mann-Sitzung ist heut auswärts, bei guten Freunden. Und ab gings. Unterwegs nickte Reich-Ranicki ein. Er wachte wieder auf, als Walter Jens auf offnem Felde hinter Backnang drei ältre Herren einsteigen hieß. Ah, Sie inträssieren sich auch für Thomas Mann, wollte Reich-Ranicki gleich loslegen. Die drei Tippelbrüder, mit einer Luftmatratze im Gepäck der eine, mit Sitzkissen unterm Arm die beiden andern, schauten sich ä la 'wiebitte?' an. Inge Jens rettete die Situation. Darf ich Sie mit den Herren bekanntmachen, Marcel, also das ist Herr Niemöller, und das ist Herr Gollwitzer, und das ist Herr Jungk... Sagt mir nichts, sagte Reich-Ranicki. Es waren noch etwa achtzig Autominuten bis nach Mutlangen. Und da redete nur einer und zwar über Thomas Mann. Wie sie nun in Mutlangen ankamen, fragte Reich-Ranicki, was denn die ganzen Raketen bei einer Thomas-Mann-Sitzung zu suchen hätten, erfahrungsgemäß lenke sowas doch nur ab von Literatur. Da lachten sie alle, und Inge Jens sagte: Marcel, ich glaube, es ist Zeit, Ihnen reinen Wein einzuschenken. Das hier ist gar keine Thomas-Mann-Sitzung, sondern eine Raketen-Sitzung. Reich-Ranicki stutzte, ja wurde sogar eine Schrecksekunde lang wütend (das ist doch Kindärrei, gnädige Frrrau). Aber er wäre ja nicht der Reich-Ranicki, hätte er sich den Josephs-Roman nicht schlagfertig unter den Arsch geschoben und zur großen Erheiterung der rundum gegen die Raketen auf Kissen und Luftmatratzen Sitzenden ausgerufen: Und es ist doch eine Thomas-Mann-Sitzung!

konkret 02/89, S. 78

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Es ist da, zum Jahreswechsel, etwas geschehen, das in der Geschichte der Bildungsbürgerpresse kein Vorbild findet: Auf der Seite 53 der Wochenzeitung »Die Zeit« vom 30. Dezember erschien unter der Überschrift »Gerichtstag der Gartenzwerge – Der ideelle Gesamtleitartikel: Phänomen oder Phantom« der Beitrag eines Pseudonymus namens »B. A. Nause«, in dem der Versuch unternommen wurde, »nach jenem Gedanken- und Sprachmuster der Größe zu fahnden, das hinter den Hervorbringungen der Autoren waltet, die in der 'Zeit' auf der ersten Seite schreiben; wir suchen nach dem ideellen Gesamtleitartikler. Im folgenden Text bemühen wir uns, die zerstreuten Zeugnisse seines Wirkens zusammenzufügen. Wir folgen dabei der in solchen Fällen üblichen Methode: Zitate werden aus dem Zusammenhang gerissen und in einen neuen, wie wir hoffen, erhellenden Kontext gerückt«, nämlich so:

Zwischen Füssen und Flensburg, zwischen Trier und Treysa halten die Bürger den Atem an. Quo usque tandem? Wie lange noch bleiben die Taktiker des Tages sicher in ihrer Macht und in ihren Machenschaften? Hoffen auf Helmut Kohl ? Der Kanzler fummelt statt zu führen. Und die Parteien? Sie spreizen sich im Spagat vor der bitteren Wahrheit, machen es sich in einer Mischung aus Trotz und Trost im provinziellen Anachronismus bequem oder führen Machtkämpfe im Schlaraffenland. Windige Staatskanzlisten und mediokre Katasterbeamte hantieren an der Büchse der Pandora. Das Parteiensystem ächzt immer mehr unter dem Joch der Lagertheorie. . .

Wie komisch! Die besten fünfzehn Jahre meines Lebens habe ich dafür gegeben, ein ungläubiges Publikum zu der Raison zu bringen, daß der Chefredakteur seiner geliebten Wochenzeitung, der Kommentator bürgerlichen Glücks und Unglücks, weniger ein begnadeter Stilist als ein Blödmann ist – und nun hat es einer gemerkt. Ein »B. A. Nause« hat den ganzen Mut zusammengenommen, den es erfordert, mich in der Zeitung, die Theo leitet, zu plagiieren. 52 Seiten hinter dessen Betrachtungen zur Jahreswende:

Mitten im Gezeitenwechsel/ Die Heutigen dürfen ihr Rendezvous mit dem Schicksal nicht verpassen

Dreierlei hat den Umschwung letztlich bewirkt: ideologische Erschöpfung, imperiale Überdehnung, wirtschaftliche Überforderung... Der Tidenhub der Geschichte, wenn er sich denn vollendet, wird die weltpolitischen Gewichte noch weiter verschieben. Hinweg, zum einen, vom sowjetisch-amerikanischen Duopol... Es liegt bei dieser gegenwärtigen Generation, eine neue Seite aufzuschlagen, ein neues Kapitel zu beginnen und es mit neuen Themen vollzuschreiben. Die Generation der Heutigen darf dieses Rendezvous nicht verpassen. Die alte Epoche ist zu Ende; jetzt müssen wir der neuen ins Dasein helfen. Aus den Bildern des Jahres 1988 könnte die Signatur einer neuen Zeit werden.

Mit dem Vollschreiben hat die Generation der Heutigen schon begonnen, wobei sich die Signatur der neuen Zeit daran erkennen läßt, daß feige Fuzzis, die früher unter vollem Namen dem Gewichte vom Duopol wegschiebenden Tidenhub akklamiert und vor dessen Produzenten gekuscht haben, heute im Gezeitenwechsel von 1988 zu 1989 ein pseudonymes Hähä wagen. Solcher neuen Epoche soll ich ins Dasein helfen? Nichts da: Ich bin für die hygienische Indikation.

Sonst hört das niemals auf:

Italienische Volksfeste enden gewöhnlich mit der Tarantella, rasendem Tanz, Drehschwindel bis zur Erschöpfung, bis zum Frieden nach dem Fest; Beschleunigung, Drehschwindel, Erschöpfung gibt dieses Jahr am Ende. Doch mit einem Fest hatte es gewiß nichts gemein. Es war ein Jahr der Zeichen, des Aufstands der Elemente, der Revolte der Natur, vom Ozonloch bis zum Beben der Erde, von der Dürre bis zur Sintflut. Die Natur revoltiert gegen die Industriegesellschaft, und die Industriegesellschaft rächt sich an der Dritten Welt mittels der Natur. Aber die Zeichendeuter haben demissionieren müssen. Auch die Betroffenen, die ihre Sensibilität immer den andern zumuten, sterben aus. Jetzt sind schon Minister betroffen, und damit alle.

Ein Protokoll aus Ochsenzoll, von einem Oberpostrat, der glaubt, er sei Napoleon im Habermas? Voilà, un ziemlich unübersichtlicher homme:

Wenn es das Jahr der Katastrophe ist, dann ist es genausogut auch das Jahr der Vernunft. Denn was bleibt den Menschen, die mühelos alle ihre selbstgeschaffenen Verhältnisse bis zum apokalyptischen Punkt verlängern können, als ihr eigenes Denken. Klassenanalyse, Widerspruch von Kapital und Arbeit, alles dahin. Da die gegenständliche Seite der menschlichen Verhältnisse revoltiert, wer kann da noch von Revolution reden? Die Wirklichkeit ist so, wie sich Klein-Fritzchen, als es noch in K-Gruppen die Massen agitierte, die Wirklichkeit vorstellte. Atomstaat, Stamokap, industriell-militärischer Komplex plus Endzeit. Sofort? Auf zum letzten Gefecht? Nein, der Kampf ging weiter, irgendwohin. Die Linke ist zur wichtigsten konservativen Kraft geworden und hat sich auf das florierende Second-hand-Geschäft von Ideologien geworfen. Auch das ist verdienstvoll. Denn wahrscheinlich haben wir nicht mehr die Zeit für die Hegelsche Dialektik der

Weltgeschichte, derzufolge sich die Tragödien in der Farce wiederholen bis zur nächsten Tragödie. Deswegen ist der Ausverkauf gut, er macht den Kopf frei und die Ohren offen für die leise Stimme der Vernunft.

Also, wie war das?: Weil die Erde mit Dürre und Beben Revolution macht und die Wirklichkeit so ist, wie das linke Klein-Fritzchen sie sich vorgestellt hat, floriert der Ausverkauf von Ideologien im konservativen Secondhand-Geschäft... Seit ich dies Werk von Klaus Hartung, des ideellen Gesamtleitartiklers von der »TAZ«, gelesen habe, weiß ich, was Doktor Henscheid meint, wenn er »Hirnschwurbel« attestiert: Der Patient dreht und schwindelt einen Aufstand der Elemente herbei, aus dessen Chaos nur noch die leise Stimme der Vernunft heraushilft. Und was sagt sie? Sie sagt: Seid nett zueinander.

Wer nun hofft, dergleichen bleibe ihm bei der Lektüre eines Blattes wie der »Volkszeitung« erspart, wird von einem Edgar Gärtner fürstlich, ja fürsterzbischöflich belohnt:

Daß die Erdbebenkatastrophe in Armenien sich nur wenige Stunden nach der programmatischen Rede ereignete, in der Gorbatschow vor der UNO- Vollversammlung die Grundlinien einer auf dem politischen Dialog und der solidarischen Zusammenarbeit gegründeten neuen Weltordnung skizzierte, kann als ein Wink des Schicksals verstanden werden.

Und was wollte uns das Schicksal damit sagen? Daß es die Schnauze voll hat von der Skizzierung der Grundlinien einer auf dem politischen Dialog und der leisen Stimme der Vernunft gegründeten neuen Weltordnung? Nicht mal das, leider.

Der Sommer-Gärtner Hartung der »Süddeutschen Zeitung« heißt Hans Heigert und ist durchaus kongenial:

Die Lust auf Reisen und der geistige Gewinn daraus hat...

Nun ja, eigentlich haben, aber wir sind bloß im Leitartikel – und wo käme man da hin?

... hat große literarische Werke, historische Dokumente, außerordentliche Kenntnisse hervorgebracht. Man braucht nicht bloß bei Goethe nachzuschlagen,

um zu sehen, daß die außerordentlichen Erkenntnisse, die der Heigert auf Reisen gewonnen hat, nicht ausreichen, die Ansicht, man müsse nicht bei Goethe nachschlagen, weil es noch viele andere Beispiele gebe, so zu Papier zu bringen, daß der Leser nicht gezwungen wird, erst bei Goethe, dann aber auch bei den andern nachzuschlagen. Andererseits weiß man natürlich nicht, welcher Reise Heigert den geistigen Gewinn verdankt, brauchen nicht ohne zu zu gebrauchen. Lassen wir ihn also fahren.